Deutschtum im Ausland

Zeitschrift des Deutschen Ausland-Instituts Stuttgart

Jahrgang 21 | Mai 1938 | Heft 5

Den deutschen Studenten

im Großdeutschen Reich, im Sudetenland und in den übrigen Außengebieten unseres Volkes ist dieses Heft gewidmet; es will an einer bedeutsamen Wende gesamtdeutscher Geschichte zugleich Rückschau halten und Richtung weisen für die Auslandsarbeit und den volksdeutschen Einsatz deutschen Studententums.

Es ist nicht das erste Mal, daß unsere Zeitschrift der studentischen Arbeit am Deutschtum im Ausland ihre Spalten öffnet; denn der Verfasser dieses Geleitworts hat als Schriftleiter und volksdeutscher Sachbearbeiter gerade diesem Zweige studentischer Betätigung stets sein besonderes Augenmerk zugewandt. Daher kennt er auch die Hemmnisse und Schwächen studentischer Grenz- und Auslandsarbeit vor 1933 und weiß die besondere Bedeutung ihrer einheitlichen Ausrichtung für die Zukunft zu werten.

Die heutige Führung der Deutschen Studentenschaft ist in der harten Schule des völkischen Kampfes der letzten Jahre gestählt worden. Ihre Haltung ist daher bewußt kämpferisch, völkisch und gesamtdeutsch, und der gleiche Geist soll auch den zukünftigen Außeneinsatz deutscher Studenten durchpulsen und wird dadurch das Planlose, Uneinheitliche und oft Spielerische vergangener Tage endgültig zu überwinden trachten.

Möge der Wille und die Haltung, die auf den nachfolgenden Blättern zum Ausdruck kommen, unseren studentischen Kameradschaften den Weg weisen zu Taten, die das deutsche Ansehen draußen mehren und die Kräfte des Außendeutschtums stärken!

Hermann Rüdiger.

Student und Ausland

Deutsche Studenten haben zu allen Zeiten ihren Blick über die staatlichen Grenzen hinweg auf die Vorgänge im Ausland gerichtet. Das war gerade in früheren Zeiten notwendig, weil oftmals der Besuch ausländischer Universitäten dringlich oder wünschenswert war. Aber sie betrachteten nicht nur unter diesem Gesichtspunkt der internationalen Wissenschaft das Ausland. Schon früh sahen deutsche Studenten das jenseits der Grenze lebende deutsche Volkstum und fühlten sich ihm verbunden. Aus diesem Wissen und aus dieser Erkenntnis heraus stellte sich das deutsche Studententum seine Aufgaben, deren Erfüllung allerdings immer von den Zeitumständen und den Kräften der Studenten selbst abhängig war. Aber dieses Bewußtsein einer gesamtdeutschen Aufgabe ging auch in schlechten Zeiten ebensowenig verloren wie die Erkenntnis von der Notwendigkeit, mit fremdvölkischen Studenten Beziehungen aufzunehmen. Das zeigt am deutlichsten die Nachkriegszeit, in der die studentischen Verbände sich der Außenarbeit annahmen. Wir können heute lediglich feststellen, daß die Verbände vom besten Willen beseelt waren. Ihre Arbeit aber litt unter dem Mangel einer einheitlichen Führung. Auch hierbei machte sich die Aufteilung des deutschen Studententums in Interessengruppen störend bemerkbar, wobei vor allem die konfessionellen Verbände ihr besonderes Ziel verfolgten. Wenn es trotzdem den Verbänden, vor allem den Waffenstudenten — unter ihnen möchte ich nur die Deutsche Burschenschaft und den VDSt nennen — gelungen ist, im Saargebiet bereits vor 1933 eine anerkennenswerte und manchmal vorbildliche Arbeit zu leisten, so zeigt das deutlich, welche Kräfte im deutschen Studententum vorhanden waren.

Der Nationalsozialistische Studentenbund konnte sich in den Jahren des Kampfes um die Führung in der Hochschule nicht mit dieser Arbeit befassen. Auch als 1931 die Führung gewonnen war, mußten alle zur Verfügung stehenden Kräfte für den Aufbau eingesetzt werden. Außerdem hätte sich der NSDStB in jenen Jahren doch nur mit Teilaufgaben befassen können. Immerhin waren 1933 die Vorbereitungen getroffen, um zunächst einmal die von den Verbänden geleistete Außenarbeit in einen einheitlicheren Rahmen zu bringen. Daraus ergab sich im Laufe der Zeit die Uebernahme dieser Arbeit durch die Deutsche Studentenschaft. Unter Einbau der von den Verbänden geleisteten Außenarbeit und der in ihnen steckenden Kräfte wurde nun im Außenamt der Deutschen Studentenschaft eine Planung durchgeführt, aus der sich klar die Aufgabenstellung ergab:

1. Die Erziehungsaufgabe der Studentenschaft unter Führung des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes auf diesem Teilgebiet durch Bereitstellung der Kräfte und Bearbeitung des Materials zu unterstützen;
2. aus dieser Erziehung und aus dem praktischen Einsatz diesseits und jenseits der Grenzen die notwendigen Nachwuchskräfte zur Verfügung zu stellen und
3. die in dem studentischen Rahmen gestellten Aufgaben nun auch sicher und verantwortungsbewußt zu lösen.

Es muß festgestellt werden, daß die Erkenntnis dieser Aufgaben allein noch nicht zum Ziele führte. Einmal fehlte es doch noch an genügend zuverlässigen Kräften, denn gerade die nationalsozialistischen Studenten mußten sich erst einarbeiten. Zum anderen aber erkannte man rasch, daß zur Erfüllung dieser Aufgaben ein in sich gefestigtes und nach bestimmten Grundsätzen ausgerichtetes Studententum notwendige Voraussetzung ist.

So blieb es zunächst bei der Lösung von Teilaufgaben. Die beiden ersten Aufgaben wurden überhaupt nicht erfüllt, ja man dachte garnicht daran, an ihre Lösung heranzugehen. Die dritte Aufgabe allerdings, das muß festgehalten werden, wurde in einem Umfange und mit einer Sicherheit durchgeführt, die der studentischen Außenarbeit als solcher die Anerkennung von allen Seiten einbrachte. Manche Fehler wurden noch gemacht. Sie waren im Vergleich zu den Ergebnissen positiver Art geringfügig und wurden im Laufe der Zeit auch abgestellt.

Wenn man aber auch in den ersten Jahren nach 1933 die Außenarbeit nur um ihrer selbst willen durchführte, so hat sie neben der rein praktischen Bedeutung für uns heute noch einen weiteren Wert gehabt. Sie sicherte die Arbeitskräfte und die Verbindungen über die Grenzen, so daß in dem Zeitpunkt, als das deutsche Studententum vor eineinhalb Jahren wieder unter eine einheitliche Führung gestellt wurde, an eine planvolle Außenarbeit herangegangen werden konnte.

Wir können heute nach harter und anstrengender Arbeit in diesen 18 Monaten mit Genugtuung feststellen, daß aus der studentischen Außenarbeit Erfolge entstanden sind, die unter Einsatz aller verfügbaren Kräfte nach einem einheitlichen Plan tatsächlich erkämpft wurden. Wichtig aber ist, daß diese Arbeit neben den anderen Aufgaben, die das deutsche Studententum zu lösen hatte, durchgeführt wurde. Welche Erfolge erzielt wurden, mag allein aus der Tatsache hervorgehen, daß die Deutsche Studentenschaft in der ganzen Welt ein großes Ansehen genießt. Auf dieses Ansehen stützt sich ein Vertrauen, das von den Studenten jenseits der Grenzen auf das Reich überhaupt übertragen wird. Das wirkte sich gerade in den letzten Wochen dahin aus, daß von keiner Seite die bestehenden Verbindungen zur Deutschen Studentenschaft abgebrochen, ja daß darüber hinaus noch zustimmende Glückwunschschreiben zur Bildung des Großdeutschen Reichs übersandt wurden.

Vor allem aber zeigen uns die österreichischen Kameraden, daß wir mit Recht stolz auf unsere Arbeit sein dürfen.

Heute können wir an die Erfüllung der weiteren Aufgaben gehen. Ich habe schon einmal betont, daß die studentische Außenarbeit nicht Selbstzweck sein kann und sein darf. Sie wird aus der großen Schau heraus geleistet, die wir aus unserer gesamten Aufgabenstellung gewonnen haben. So hat sich die studentische Außenarbeit nach dem für die Deutsche Studentenschaft aufgestellten Arbeitsplan auszurichten, der letztlich darauf hinausläuft, mit Hilfe der nationalsozialistischen Studenten die nationalsozialistische Hochschule zu schaffen.

Ich bin mir dessen bewußt, daß gerade die studentische Außenarbeit besondere Schwierigkeiten zu überwinden hat. Deshalb begrüße ich jede Hilfe, die ihr von dritter Seite geleistet wird. Dazu gehört das Deutsche Ausland-Institut in Stuttgart, das über die durch seine einzelnen Abteilungen für unsere Außenarbeit gegebene Unterstützung nunmehr auch seine Zeitschrift zur Verfügung gestellt hat. Diese Nummer soll einmal dazu dienen, um über den studentischen Kreis hinaus in die von der Deutschen Studentenschaft geleisteten und zu leistenden Außenarbeit einen Einblick zu geben, der sich verständlicherweise auf Teilgebiete beschränken muß. Zum anderen aber soll den Studenten die Möglichkeit gegeben werden, sich über gewisse Teilgebiete zu unterrichten. So wird auch an dieser Stelle an der Durchführung der uns gestellten Aufgaben gearbeitet. Dafür sage ich dem Deutschen Ausland-Institut an dieser Stelle meinen Dank.

SS-Oberführer Dr. Gustav Adolf Scheel, Reichsstudentenführer, M.d.R.

Der völkische Gedanke in der Deutschen Studentenschaft

SA.-Obersturmbannführer Dipl.-Ing. Hans Nothdurft,
Außenamtsleiter der RSF.

Wenn man nach den Ideen fragt, die das deutsche Studententum in seiner Geschichte am stärksten ergriffen haben, so ist es der völkische Gedanke, der die großen Erscheinungen der studentischen Vergangenheit geprägt hat. Wer sich heute mit den Gedanken der Deutschen Burschenschaft nach dem Freiheitskrieg vertraut macht, wird etwa in den Reden des Wartburgfestes den deutschen Volksgedanken in einer überraschenden Klarheit ausgesprochen finden. Die Bedeutung der Burschenschaft nicht nur für das geistige, sondern auch für das politische Leben Deutschlands, ihre Auswirkungen bis über das Jahr 1848 hinaus, sind bekannt.

Auch die zweite Gruppe, die das deutsche Studententum in seiner Gesamtheit erfassen wollte, die Vereine deutscher Studenten, hatte auf ihre Fahne den völkischen Gedanken geschrieben. Wenn es ihnen auch damals nicht gelang, die gesamte Studentenschaft längere Zeit zu erfassen, so stellt ihre Arbeit einen der wertvollsten Anteile des Studententums im damaligen völkischen Leben dar.

Erst nach dem Krieg 1919 wurde die alte Sehnsucht nach einer geschlossenen Erfassung des deutschen Studententums durch die Gründung der Deutschen Studentenschaft erfüllt. Sie beschränkte sich nicht auf das Reichsgebiet; zu ihr gehörte außer der Danziger Studentenschaft der Kreis VIII Österreich und der Kreis IX Sudetenland. Wenn auch schon vor dem Kriege die Verbindung und gegenseitige Beeinflussung der deutschen Studentenverbände des alten Österreich und des Reiches für die studentische Entwicklung bedeutsam waren, so kam erst mit dem Aufbau der Gesamtorganisation dieser Einfluß zur vollen Wirksamkeit. Es mag daran erinnert sein, daß die Einheit der deutschen Studentenschaft auch mit behördlichen Mitteln nicht zu sprengen war, als der Rassenstandpunkt der deutschen Studenten Österreichs und des Sudetenlandes der preußischen Regierung mißfiel; die Studentenschaften Preußens lehnten — mit alleiniger Ausnahme der Theologischen Akademie Braunsberg — eine Trennung von ihren österreichischen Kameraden ab und verzichteten lieber auf die staatliche Anerkennung. Im Jahr 1933 wurde die schon 2 Jahre unter nationalsozialistischer Führung stehende Deutsche Studentenschaft insgesamt wieder anerkannt. Der Herbst dieses Jahres brachte aber das behördliche Verbot der Deutschen Studentenschaft in der Tschechoslowakei und in Österreich. Sofort nach dem Sturz der Regierung Schuschnigg erklärte der Führer des illegalen nationalsozialistischen Studentenbundes und der illegalen Deutschen Studentenschaft Österreichs die Wiedererrichtung des Kreises VIII der Deutschen Studentenschaft.

Dieser kurze Überblick soll zeigen, daß die volksdeutsche Arbeit der Deutschen Studentenschaft nicht in erster Linie eine Arbeit nach außen hin darstellt, sondern eine Arbeit innerhalb der großen Organisation des gesamten deutschen Studententums. Im Reich gehören ihr ja nicht nur die Studenten deutscher Staatsangehörigkeit, sondern alle deutschen Studenten an, was in ihrer Verfassung niedergelegt ist. Selbstverständlich übernimmt der volksdeutsche Student durch seine Zugehörigkeit zur Deutschen Studentenschaft keine Pflichten, die den Gesetzen seines

Heimatstaates widersprechen. Was aber keinem Gesetz widerspricht und was sich die Deutsche Studentenschaft zur Aufgabe gemacht hat, ist die Herstellung und dauernde Festigung der Verbundenheit der kulturellen und weltanschaulichen Einheit des deutschen Volkes auf dem studentischen Gebiet.

Wie man allgemein bei der studentischen Arbeit niemals die Durchführung sachlicher Aufgaben trennen kann von der Erziehung durch diese selbständige Durchführung, durch die Selbstverwaltung, so ist also der wichtigste Teil der volksdeutschen Arbeit die Erziehung jedes deutschen Studenten zum volksdeutschen Bewußtsein, das ja eine der Vorbedingungen für eine feste nationalsozialistische Weltanschauung darstellt.

In den Kameradschaften des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes, die die ersten bis dritten Semester zu einer Erziehungsgemeinschaft zusammenschließen, soll nicht in erster Linie eine wissensmäßige Schulung über volksdeutsche Fragen durchgeführt werden — das gehört selbstverständlich zum Erziehungsplan — sondern es soll vor allem die Einheit des deutschen Volkes den jungen Studenten durch das Erleben klargemacht werden. Deshalb haben die Kameradschaften auch die Aufgabe, volksdeutsche Kameraden als Gäste mit zu umfassen und so auch die persönliche Verbindung für das spätere Leben zwischen Deutschen diesseits und jenseits der Grenzen zu knüpfen. Der Landdienst führt die Kameraden an die Grenze, Fahrten und Lager machen sie mit volksdeutschen Gebieten vertraut. Es sei an dieser Stelle weiter darauf hingewiesen, daß im Einvernehmen mit den zuständigen studentischen Stellen die materiellen Hilfsmaßnahmen wie Stipendien von verschiedenen Stellen, vor allem dem Reichsstudentenwerk, wahrgenommen werden. Ein Eingehen auf Einzelheiten der praktischen Arbeit würde den Rahmen dieses Aufsatzes überschreiten.

Es ist verständlich, daß der völkische Aufbau der Deutschen Studentenschaft zu internationalen Diskussionen über diese Fragen geführt hat. In Erinnerung sind die Jahre dauernden Verhandlungen und Auseinandersetzungen mit dem Internationalen Studentenverband (C.J.E.). Bei den Versuchen, zu einer Zusammenarbeit zu kommen, zeigte sich, daß der völkische Aufbau der Studentenschaft dem staatlichen Prinzip dieser Organisation vollkommen entgegengesetzt war.

Bei den Verhandlungen in Budapest 1929 — wo ein Vertreter einer regierungstreuen Gegengruppe der Deutschen Studentenschaft in den Rücken fiel — und in Brüssel 1930 wurde eine Lösung nicht gefunden. Es gelang allerdings Anfang 1937 ein Arbeitsverhältnis zu schaffen, das seine Grundlage in der grundsätzlichen Anerkennung des völkischen Aufbaues der Deutschen Studentenschaft durch die C.J.E. hatte.

Das völkische Bewußtsein bestimmt die Grundhaltung der studentischen Außenarbeit. Hieraus ergeben sich alle Planungen und Arbeiten, die letztlich immer wieder auf dasselbe Ziel vorstoßen, mögen sie auch in manchen Fällen zunächst mehr instinktiv begonnen worden sein.

Aus dieser klaren und eindeutigen Haltung heraus aber vermögen deutsche Studenten eine internationale Studentenarbeit aufzubauen, die überall dort Anerkennung finden mußte, wo eine bestimmte Ausrichtung auf der anderen Seite vorhanden war. Damit war die Möglichkeit gegeben, auf Grund einer offenen Aussprache den gegenseitigen Standpunkt kennenzulernen. Das Verständnis aber gab die erste Möglichkeit zur Verständigung, die sich wiederum über den Rahmen internationaler Studentenvereinigungen heraus in zweiseitigen Abkommen und einem Fahrten- und Lageraustausch kundtat.

Wir können heute nach den weltgeschichtlichen Ereignissen auf die Tatsache verweisen, daß die Frage des Anschlusses im letzten deutsch-französischen Studentenlager (Januar 38) besprochen und von den Franzosen anerkannt wurde. Es ist verständlich, daß nach solcher Vorbereitung die künftige Zusammenarbeit auf der Ebene des gegenseitigen Vertrauens fruchtbar sein muß. Das beweisen auch die zahlreichen Glückwünsche und Einladungen, die ausländische Studentenschaften an den Reichsstudentenführer anläßlich der Wiedervereinigung mit Österreich übersandt haben.

Die Wege, die zu allen Zeiten von den Studenten beschritten wurden, um den völkischen Gedanken zu verwirklichen, mögen durchaus verschiedener Natur gewesen sein. Die Schwierigkeiten waren zu allen Zeiten groß und erschienen dem Vorsichtigen und Bedächtigen unüberwindbar. Immer wieder ist deutsche Jugend zum Angriff vorgegangen. Das Symbol ist nicht umsonst Langemark, wo Studenten und Arbeiter im Glauben an ihr Reich und für ihr Volk sich dem Tod entgegenstellten. Der Friedhof zu Langemark wurde den deutschen Studenten zu treuen Händen übergeben.

Es ist uns klar und bewußt geworden, daß gerade die unter dem völkischen Gedanken stehende studentische Außenarbeit zum Aufbau einer nationalsozialistischen Hochschule maßgeblichen Anteil haben wird. Aus ihr erwachsen jene Kräfte, die aus eigenem Erleben die Aufgaben ermessen und durchführen können, die uns unter der Last eines Erbes aus liberalistischer Zeit schwierig erscheinen. So ist es nicht verwunderlich, daß gerade die Volkswissenschaft unter den Studenten bereite Kräfte vorgefunden hat. Die Früchte dieser Arbeit gaben auch in ihren bisher vorliegenden Teilergebnissen berechtigten Anlaß zu den größten Hoffnungen. Es ist ebenso verständlich, daß diese Arbeit nicht ohne Hilfe von Dozenten durchführbar ist. Die in diesem Falle angewandte Methode erscheint uns heute gegenüber jenen romantischen Sing- und Tanzfahrten und einer ins Caritative ausgearteten Betreuungsmethode als ein großer Fortschritt. Und doch wird hier nicht die letzte Erkenntnis sein. In ständiger Arbeit wird das deutsche Studententum neue Wege finden und ebnen und immer dort an erster Stelle stehen.

In einer derartigen Außenarbeit sehen wir aber nicht etwa die Vertretung organisatorischer Prinzipien, sondern wir stellen dem staatlichen Liberalismus der vergangenen Zeit den völkischen Gedanken einer neuen Zeit entgegen, den Gedanken, der allein dazu berufen sein kann, ein vernünftiges Zusammenleben der Völker zu erreichen.

Weg und Ziel bevölkerungsbiologisch-hygienischer volksdeutscher Dorfuntersuchungen

Von Prof. Dr. Karl L. Pesch, Köln.

Die Erforschung der gesundheitlich-hygienischen sowie der bevölkerungsbiologischen Lage der Volksdeutschen ist letzten Endes nichts anderes als ein Sonderkapitel der Wissenschaft „Raumforschung". Ob eine solche Raumforschung innerhalb oder außerhalb der deutschen Grenzpfähle durchgeführt wird, ist für Methodik und Ziel dieser Arbeit unwesentlich. Selbstverständlich darf bei einer solchen Arbeit über dem zu erforschenden Raum nicht der Mensch, der in diesem Raume

lebt, vergessen werden. Während früher soziologische, volkswirtschaftliche, geographische, geologische sowie volkskundliche Gesichtspunkte Richtung und Umfang der Raumforschung wesentlich bestimmten, sind es heute rassenhygienisch-bevölkerungsbiologische Fragen, die im Vordergrund des Interesses stehen. Es ist ja nicht der Raum, der den Menschen prägt, sondern der Mensch schafft und formt sich „seinen" Raum, in dem er lebt; wir müssen also erst einmal den Menschen, d. h. die Bevölkerung eines bestimmten Gebietes, eines Dorfes erfassen, ihr Wachsen, Blühen und Gedeihen, bevor wir uns mit den anderen Raumfragen, d. h. mit dem dörflichen „Milieu" beschäftigen. Letzten Endes sind es ja die Fragen der Wechselwirkung von Erbe und Umwelt, die bei einer solchen Forschung immer wieder gestellt und beantwortet werden müssen. Daß an dieser umfassenderen Art der Raumforschung die deutsche Studentenschaft aller Fakultäten stärksten Anteil hat und daß hierbei über der Erforschung der innerdeutschen Verhältnisse gerade das Deutschtum jenseits der Grenzen nicht vergessen wird, ist wärmstens zu begrüßen. Können wir doch auf Grund der relativ einfachen soziologischen und wohl auch biologischen Struktur deutscher Volksgruppen Probleme lösen, die bei den in jeglicher Hinsicht recht verwickelten und unübersichtlichen innerdeutschen Verhältnissen gar nicht mehr entwirrt und geklärt werden können, von dem praktischen Nutzen, der dem gesamten Deutschtum aus solcher Arbeit erwächst, ganz zu schweigen.

Das wissenschaftliche und praktische Ergebnis einer solchen volksdeutschen Dorfforschung wird in seinem Umfang und auch in seinem Erfolg durch recht mannigfache Faktoren bestimmt. Umfang der die Arbeit durchführenden Studentengruppe, ihre Zusammensetzung, ihre Einsatzbereitschaft, die ja immer wieder verschiedenen örtlichen Verhältnisse und, was besonders wichtig ist, die Vorbereitung der ganzen Arbeit sowie die Aufarbeitung des an Ort und Stelle gewonnenen Materials nach Rückkehr der Studentengruppe in die Heimatuniversität werden für den Erfolg der aufgewandten Mühe letzten Endes entscheidend sein.

Zweck meiner Ausführungen soll es nun sein, ganz kurz, gewissermaßen in Stichworten zu zeigen, welche Vorbereitungen zu treffen sind, was an Ort und Stelle geleistet werden muß, welche Arbeiten der betreffenden Gruppe nach der Rückkehr noch warten, um zu einem möglichst optimalen Erfolg zu kommen. Daß hierbei ausschließlich hygienische, gesundheitliche und bevölkerungsbiologische Fragen besprochen werden, ist verständlich; dies soll aber nicht heißen, daß andere wissenschaftliche Untersuchungen unwichtig sind und deshalb keine Berücksichtigung finden sollen. Nur sei nochmals gesagt, daß im Vordergrund des Interesses nicht der Raum, sondern der Mensch stehen muß, und daß deswegen die Erfassung der Bevölkerung nach der statischen und dynamischen, nach der qualitativen und quantitativen Seite hin wichtiger ist, als die Erfassung der Umwelt, des Bodens, der Wirtschaft usw.

Wenn in Zukunft von einzelnen Universitäten Dorfuntersuchungen durchgeführt werden, so ist unbedingt zu fordern, daß diese Arbeiten absolut einheitlich und gleichmäßig gestaltet werden, um einen Vergleich der gewonnenen Ergebnisse zu ermöglichen. Es muß deshalb, selbst auf die Gefahr einer gewissen Schematisierung hin, eine ganz gleichmäßige und straffe Planung aller studentischen Dorfuntersuchungen erstrebt und auch durchgeführt werden. Man darf wohl annehmen, daß die auf Veranlassung der Sparte „Medizin" der Reichsstudentenführung z. Zt. in Arbeit befindlichen und wohl in Kürze fertiggestellten „Arbeitspläne für Dorfuntersuchungen" auch für die Erfassung außendeutscher Bevölkerungsgruppen (wenn auch mit gewissen Änderungen und Einschränkungen) geeignet sein werden. Daß

dann über diesen fest gefügten und recht weiten Rahmen hinaus Sonderwünsche nicht gehemmt werden sollen (die sich aus der besonderen Zusammensetzung der einzelnen Studentengruppe und aus den wissenschaftlichen Bestrebungen des die Gruppe betreuenden wissenschaftlichen Leiters immer wieder ergeben werden) ist klar, doch dürfen solche Sonderwünsche die Gesamtarbeit der eingesetzten Gruppe nicht wesentlich beschränken und, was wohl das Wichtigste ist, die Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit der gewonnenen wissenschaftlichen Befunde nicht in Frage stellen.

Vorbereitungen. Bei der Auswahl der Studentengruppe muß das zu erreichende Arbeitsziel entscheidend sein. Eine einseitige, rein medizinische Gruppe ist genau so unerwünscht, wie eine Studentengruppe ohne Mediziner. Je mehr Fakultäten in einer Gruppe vertreten sind, um so eher wird es möglich sein, bei Dorfuntersuchungen all die vielen und mannigfachen Gesichtspunkte zu berücksichtigen, die bei einer solchen Raumforschung nun einmal wesentlich sind. Bei dem recht erheblichen Umfang der zu leistenden Arbeit wird die Zahl der Fahrtteilnehmer nicht zu klein gewählt werden dürfen, sicher nicht unter 10, am zweckmäßigsten zwischen 15 und 20 Köpfen. Ein in klinisch-ärztlichen Fragen erfahrener älterer Assistent oder Oberarzt wird dabei niemals entbehrt werden können (daß er dabei zuerst einmal „Kamerad" sein muß, ist selbstverständlich). Studentinnen der Medizin aus den späteren klinischen Semestern werden bei den Untersuchungen der weiblichen Dorfbewohner sowie der Kinder sehr gute Dienste leisten können. Auch bei der Auswahl des zu untersuchenden Ortes ist die Größe der Studentengruppe zu berücksichtigen. Dörfer mit einer Einwohnerzahl von 3—500 Köpfen haben sich mir als durchaus geeignet erwiesen. Ist das Dorf zu klein, so spielt bei den erarbeiteten wissenschaftlichen Ergebnissen der „Fehler der kleinen Zahl" gar zu leicht eine unerwünschte Rolle, ist der Ort zu groß, so ist er in seiner soziologischen Struktur meist schon recht unübersichtlich, die zu leistende Arbeit kann wegen ihres Umfanges nicht mehr bewältigt werden und, was sicher nicht unwesentlich ist, der für den gesamten Erfolg so wichtige Kontakt zwischen Studentengruppe und Einwohnerschaft läßt sich nur sehr schwer oder überhaupt nicht herstellen. Einen recht wesentlichen Teil der Vorbereitungen stellt auch die Ausbildung der Gruppenteilnehmer dar, die hinsichtlich besonderer klinisch-diagnostischer Fragen (Erkennung bestimmter Krankheiten, die an Ort und Stelle eine Rolle spielen) in den Universitätskliniken, hinsichtlich des allgemeinen Einsatzes der Gruppe entweder in Form eines Kurzlagers oder aber durch eine Dorfuntersuchung in der Nähe der Heimatuniversität (Dauer etwa 14 Tage) durchzuführen ist.

Weiter dürfte es sich empfehlen, einen Kameraden schon einige Wochen vor Beginn der Fahrt in den gewählten Ort zu schicken, um dort durch Besprechungen mit Arzt, Bürgermeister, Lehrer, Pfarrer die örtlichen Verhältnisse schon so weitgehend zu klären, daß nicht unerwartete Tatsachen und Ereignisse Arbeit und Erfolg der eingesetzten Gruppe mehr oder weniger in Frage stellen oder ganz zunichte machen. Dann hat es sich als notwendig erwiesen, die in dem Ort vorhandenen bevölkerungsstatistischen Unterlagen (Kirchenbücher usw.) vorher genauestens auf ihre Vollständigkeit und sonstige Beschaffenheit (in welcher Sprache sind sie z. B. abgefaßt?) zu prüfen und sie, wenn möglich durch die vorgeschickten Kameraden oder durch örtliche Hilfskräfte (Lehrer) schon aufzuarbeiten (verzetteln). Daß man auch auf schriftlichem Wege, durch Anfragen bei den örtlichen Behörden, beim Ortsarzt sowie bei den sonstigen Organisationen manches klären und manche Schwierigkeiten von vorneherein ausräumen kann, sei noch bemerkt.

Die Arbeit an Ort und Stelle.

Bei bevölkerungsbiologischen Dorfuntersuchungen muß zunächst einmal die Frage beantwortet werden, in welcher Art und Weise eine solche Arbeit an Ort und Stelle am zweckmäßigsten, einfachsten und erfolgreichsten durchgeführt wird. Auf Grund meiner eigenen Erfahrungen möchte ich dringend davon abraten, irgendwo im Ort, etwa im Schulhaus oder in einem leerstehenden Bauernhaus eine Untersuchungsstelle einzurichten, da dann immer nur einige wenige Dorfbewohner, die vielleicht gerade krank sind, den Weg zu dieser Untersuchungsstelle finden; die so gewonnenen Ergebnisse sind wissenschaftlich unbrauchbar, da sie eine absolut einseitige Auslese der Dorfbewohnerschaft darstellen. Es bleibt also gar nichts anderes übrig, als die Untersuchungen in der Weise durchzuführen, daß die in 2 oder 3 kleinere Gruppen aufgeteilte Mannschaft von Haus zu Haus zieht, um so bei den einzelnen Familien alle gesundheitlichen, hygienischen, bevölkerungsstatistischen und rassischen Untersuchungen gleichzeitig durchzuführen. Nur auf diesem Wege wird es möglich sein, die Gesamteinwohnerschaft des Dorfes zu erfassen, die Gefahr einer einseitigen Auslese zu vermeiden und einen wirklich brauchbaren Querschnitt durch die bevölkerungsbiologische und hygienische Lage des Ortes zu gewinnen. Diese Methode der von Haus zu Haus wandernden Untersuchergruppen (deren Eintreffen am Tage vorher der betreffenden Familie angekündigt werden muß) hat auch noch manche anderen Vorteile: es können gleichzeitig wesentliche Einblicke in Wohnweise und Ernährungsart sowie in volkskundliche Verhältnisse gewonnen werden; auch die so wichtige Fühlungnahme zwischen Studentengruppe und Einwohnerschaft wird auf diesem Wege sicher am besten und ehesten zustande kommen.

A. Bevölkerungsstatistische Erhebungen. Hier müssen aus Kirchenbüchern, Standesamtsregistern, aus der Ortsgeschichte usw. folgende Zahlenreihen gewonnen werden: Einwohnerzahlen in den einzelnen Jahren, Zahl der Eheschließungen, Zahl der Geburten, Zahl der Todesfälle. Aus Geburten und Todesfällen errechnet sich dann der Geburtenüberschuß. Wichtig ist weiter der Altersaufbau der lebenden Bevölkerung, die Feststellung der ehelichen und unehelichen Geburten, die Zahl der Unverheirateten, sowie besonders die eheliche Fruchtbarkeit in den einzelnen Ehen, wobei selbstverständlich nur die biologisch abgeschlossenen Ehen zu berücksichtigen sind. Auch die Ursachen für eine bestehende Kinderlosigkeit wären durch Befragen der Ärzte, der Hebammen bzw. durch Nachfrage in diesen Ehen selbst soweit wie möglich zu klären. Ferner wäre das Heiratsalter für Männer und Frauen getrennt zu ermitteln.

Bei all diesen bevölkerungsstatistischen Erhebungen muß unbedingt die Zeit von 2 Generationen berücksichtigt werden (etwa 80 Jahre); sollte dies aus irgendwelchen Gründen nicht möglich sein, so müßte man sich mit der Zeit nach der Jahrhundertwende begnügen, die ja für einen Vergleich mit der bevölkerungspolitischen Entwicklung Deutschlands besonders wesentlich ist.

B. Erbpathologische Erhebungen: Alle studentischen Untersuchungen über das Vorkommen von Erbkrankheiten (wie Schwachsinn, Jugendirresein, Taubstummheit usw.) in einem bestimmten Bevölkerungskreis sind nur mit Vorsicht zu bewerten, da die Grenze zwischen gesund und krank nicht immer ganz scharf ist und außerdem die Unterscheidung zwischen exogen und endogen bedingten Störungen im Einzelfall recht schwierig sein kann. Es käme also höchstens darauf an, die Zahl der Erkrankungen dieser Art ganz allgemein zu ermitteln und dabei die Frage, ob

es sich hierbei wirklich um Erbkrankheiten handelt, offen zu lassen. Besondere Beachtung wäre allerdings dem gehäuften Vorkommen einer bestimmten Krankheit in dieser oder jener Sippe oder in einem ganzen Ort zu schenken und hierbei besonders die ursächliche Bedeutung der Inzucht zu berücksichtigen.

C. Untersuchungen über die rassische Gliederung des Ortes: Es sei betont, daß es niemals die Aufgabe eines studentischen Einsatzes sein kann, spezielle wissenschaftlich-anthropologische Fragen zu beantworten, sondern es kommt allein darauf an, einen Überblick über die rassische Zusammensetzung (rassischen Querschnitt) eines Dorfes zu gewinnen. Von den zahlreichen anthropologischen Maßen brauchen deshalb nur die wichtigsten genommen zu werden (Größe, Haarfarbe, Augenfarbe, Hautfarbe, Nasenform, Form des Hinterhauptes, Schädelindex, Gesichtsindex). Darüber hinaus wäre die Erfassung der Konstitution sowie der Blutgruppenzugehörigkeit erwünscht aber nicht unbedingt notwendig. Weitere anthropologische Maße zu nehmen würde die Arbeitskraft der Studentengruppe während der kurzen Zeit ihres Dorfaufenthalts zu sehr in Anspruch nehmen und dabei nicht zu wesentlichen neuen Erkenntnissen führen. Auch die Frage der relativen Erbgleichheit der Dorfbewohner untereinander und der daraus sich ergebenden mehr oder weniger weitgehenden körperlichen (und auch geistig-seelischen) Ähnlichkeit wäre zu berücksichtigen. Neben diesen objektiven rassischen Feststellungen ist eine subjektive Bestimmung der rassischen Zugehörigkeit der einzelnen Ortsbewohner unentbehrlich; diese müßte dann später durch den Vergleich mit den objektiven Maßen ihre Bestätigung finden. Ergänzt werden diese objektiven und subjektiven rassischen Erhebungen durch photographische Aufnahmen, (2 Leicaaufnahmen von vorne und von der Seite) an die man selbstverständlich nicht die strengen Anforderungen stellen darf, die man an solche Aufnahmen in anthropologischen Instituten zu stellen gewohnt ist. Es kommt, um das nochmals zu sagen, bei diesen rassischen Erhebungen also nicht so sehr darauf an, möglichst rassische Vertreter dieser oder jener Rasse in dem untersuchten Dorf herauszustellen (die etwa der nordischen Rasse angehören), sondern es ist eine viel wichtigere Aufgabe, die typischen Vertreter der betreffenden Ortsbevölkerung anthropologisch zu erfassen und sie durch objektive Messungen, subjektive Bestimmungen sowie durch photographische Aufnahmen wiederzugeben. Natürlich können neben diesen typischen Vertretern der Dorfbevölkerung auch einzelne relativ rassereine Vertreter dieser oder jener Rasse angeführt und im Bilde festgehalten werden; es muß dabei immer nur betont werden, daß es sich hierbei um Ausnahmen handelt, nicht um Repräsentanten des rassischen Dorfquerschnitts.

D. Der Gesundheitszustand der Bevölkerung. Er kann bestimmt werden aus den Eintragungen der Todesursachen in den Kirchenbüchern, aus den Angaben des Ortsarztes, vielleicht auch der Hebamme, aus der Befragung der einzelnen Familien über früher vorgekommene Erkrankungen und Todesfälle, sowie aus dem momentanen, durch ärztliche Untersuchungen (durch die von Haus zu Haus ziehenden Untersuchergruppen) zu ermittelnden Gesundheitszustand der z. Zt. im Ort lebenden Bevölkerung. Bei all diesen Ermittlungen muß man sich aber immer wieder vor Augen halten, daß nur eine relative Genauigkeit der erhobenen Befunde nach der qualitativen und quantitativen Seite hin zu erreichen ist und daß auch bei intensivster und sorgfältigster Arbeit aus den örtlichen Gegebenheiten und Schwierigkeiten heraus manches ungeklärt bleiben muß. Auf folgende Krankheiten wäre besonders zu achten:

1. Tuberkulose: Da Röntgenuntersuchungen nur selten durchführbar sein werden und da durch die ärztlichen Untersuchungen seitens der Gruppe nur die schwereren Tbc.-Formen erfaßt werden können, sei hier neben der Moroschen Tuberkulinprobe die in der letzten Zeit für eine orientierende Tbc.-Diagnose empfohlene Chediak-Blutprobe angeführt, die sich bei umfangreichen Betriebsuntersuchungen im Gau Köln-Aachen bestens bewährt hat; bei vorsichtiger Deutung ihrer Ergebnisse dürfte sie auch für Dorfuntersuchungen durchaus brauchbar sein.

2. Syphilis: Auch hier wird die Chediakprobe auf Syphilis, die technisch recht einfach ist, sicher sehr brauchbar sein. Auf sonstige Zeichen dieser Erkrankung, besonders aber auf die Symptome der angeborenen Syphilis wäre zu achten.

3. Englische Krankheit: Das klinische Bild der Rachitis, über das sich die medizinischen Teilnehmer der Gruppe vor Antritt der Fahrt in der Universitäts-Kinderklinik genauestens zu unterrichten hätten, ist relativ leicht zu erkennen; hierbei wären Beziehungen zur Ernährungsart, zur chemischen Zusammensetzung des Trinkwassers zu berücksichtigen.

4. Alkoholismus: Alkoholkonsum, Alkoholmißbrauch sowie Beziehungen zwischen elterlichem Alkoholismus und körperlichen und geistigen Störungen der Kinder wären die wesentlichsten hier zu erhebenden Befunde.

5. Zahnfäule: Exakte Erhebungen über die Zahl der cariösen Zähne, über rachitische Zahnveränderungen, über Mundpflege und Gebißversorgung sind durchaus erwünscht, jedoch nur durchführbar, wenn ein Zahnmediziner der Gruppe angehört. Allgemein gehaltene Angaben wie: „Zähne schlecht", „Zähne gut" sind für wissenschaftliche Erhebungen wertlos.

6. Säuglingssterblichkeit: Die Eintragungen in den Kirchenbüchern über Umfang und Ursachen der Säuglingssterblichkeit müssen, da diese Eintragungen vom ärztlichen Gesichtspunkt aus betrachtet meist recht ungenau sind, durch Befragung in den einzelnen Familien nach der medizinisch-klinischen Seite hin ergänzt und gesichert werden.

Als wesentlich für den Gesundheitszustand der Bevölkerung ist weiter zu ermitteln: Art und Umfang der ärztlichen Versorgung (Entfernung des Ortes vom nächsten Arzt, Kosten der ärztlichen Versorgung usw.), Tätigkeit der Hebammen, sowie Arbeit von Kurpfuschern. Auch volksmedizinischen Fragen sollte in diesem Zusammenhang Aufmerksamkeit geschenkt werden.

E. Ortshygiene: Selbstverständlich müssen neben bevölkerungsbiologisch-rassischen und gesundheitlichen Fragen auch die hygienischen Verhältnisse des zu untersuchenden Dorfes Beachtung finden, da sie uns recht häufig erst die mannigfachen Ursachen für das Vorkommen bestimmter Krankheiten sowie für die Verminderung der Zahl sowie der Leistungsfähigkeit der Ortseinwohner erkennen lassen. An erster Stelle steht hier die Frage der Ernährung, wobei es im Rahmen einer so kurzfristigen studentischen Untersuchung niemals möglich sein wird, eine exakte quantitative Kalorienbilanz zu erarbeiten, sondern es wird hier allein darauf ankommen, der qualitativen Seite der Ernährung Beachtung zu schenken. Inwieweit Nahrungsmittel von außerhalb bezogen werden oder ob die Ortseinwohner mehr oder weniger Selbstversorger sind, welche Nahrungsbestandteile die wichtigsten Eiweiß-, Kohlenhydrat- oder Fettspender sind, in welcher Form die lebenswichtigen Vitamine zugeführt werden, Art und Zubereitung der Mahlzeiten, Anpassung an die Ernährungsverhältnisse des Gastlandes oder der alten Heimat, klimatische Bedingtheit der Nahrungszusammensetzung, das sind die wesent-

lichsten Fragen, die im Rahmen einer solchen Dorfuntersuchung Berücksichtigung finden müssen. Auch auf besondere Ernährungsschäden (Rachitis, Zahnschäden, Jodmangel) wäre zu achten. Ein weiteres wesentliches Kapitel ist die Wasserversorgung des betreffenden Ortes; einfache chemische Proben, wie sie auch im Kriege für die Wasserbeurteilung üblich sind, können an Ort und Stelle durch Chemiker oder Mediziner leicht durchgeführt werden und geben ein gutes und ausreichendes Bild von der Qualität des betreffenden Wassers. Bei der Beurteilung der Wohnungshygiene muß auf Wohnungsgröße, Zahl der Räume, Stärke der Wohnungsbelegung, Heizung, Beleuchtung sowie auf Lüftungsmöglichkeiten geachtet werden. Letzten Endes darf auch die Frage der Abfallbeseitigung, die wiederum in engster Beziehung zur Wasserversorgung steht, nicht vergessen werden.

Bei all diesen bevölkerungsbiologisch-hygienischen Dorfuntersuchungen darf es aber nicht darauf ankommen, wissenschaftliche Erkenntnisse zu sammeln und einen Überblick über die bevölkerungsbiologische Entwicklung und die gesundheitliche Lage des betreffenden Ortes zu gewinnen, sondern es ist unbedingt notwendig, daß die betr. Studentengruppe versucht, soweit sie es vermag, der Ortseinwohnerschaft durch Rat und Tat zu helfen. Alle studentische Arbeit soll ja nicht Selbstzweck sein, sondern nur Mittel zum Zweck: Dienst am deutschen Volke. Durch Vorträge über allgemeine Hygiene, über Säuglingspflege, über Geschlechtskrankheiten, besonders aber über rassenhygienische Fragen wird man manches Gute und Nützliche erreichen können. Auch wird es hier und da wohl möglich sein, aus den gewonnenen Erkenntnissen über bestehende gesundheitliche Schäden durch geeignete Ratschläge diese oder jene Mängel zu beseitigen. Nicht vergessen sei hier aber auch die ärztliche Tätigkeit des die Gruppe begleitenden Klinikers, dessen diagnostische und therapeutische Fähigkeiten, wie uns eigene Erfahrungen gelehrt haben, immer wieder gerne und mit Erfolg in Anspruch genommen werden. Man wird sich also bei Beginn der Reise mit Medikamenten und Instrumenten auf diese auch für das Ansehen der deutschen ärztlichen Wissenschaft im Ausland äußerst wichtige Arbeit einzurichten haben.

Nach Rückkehr der Studentengruppe zur Heimatuniversität wird die sorgfältige Verarbeitung des gewonnenen Materials durchzuführen sein. Die mitgebrachten bevölkerungsstatistischen Unterlagen sind zu ordnen und zu Zahlenreihen und Kurven zu vereinigen. Handelt es sich um einen kleineren Ort, so wird es, um den „Fehler der kleinen Zahl" zu vermeiden, notwendig sein, die gewonnenen Zahlen zu 5 oder 10 Jahresgruppen zusammenzufassen. Selbstverständlich ist auch die Aufstellung der Ahnentafeln und Sippschaftstafeln notwendig, falls dies nicht schon an Ort und Stelle geschehen ist. An Hand dieser Unterlagen wird auch die Inzuchtfrage (Ahnenverlust usw.) zu klären sein. Abwanderung und Zuwanderung wäre aus der Befragung der Ortseinwohner sowie aus den verkarteten bevölkerungsstatistischen Unterlagen (Wer wurde in dem Ort geboren, ohne dort zu sterben? Wer ist in dem Ort gestorben, ohne dort geboren zu sein? Woher stammen die in den Ort Eingeheirateten?) in Umfang und geographischer Verteilung genauestens zu erfassen.

Weiterhin wäre die ermittelte eheliche Fruchtbarkeit sowie der Geburtenüberschuß in den einzelnen Jahren und Generationen in Beziehung zu setzen zu wirtschaftlichen Faktoren (Mißernte), zur Landaufteilung, zum Erbrecht, zu Änderungen in der politischen Lage, sowie zu Rasse und Konfession. Die so gewonnenen Ergebnisse müssen dann noch durch einen Vergleich mit anderen Orten der gleichen Volksgruppe, mit anderen Volksgruppen im gleichen Lande oder in andern Ländern sowie mit

der deutschen bevölkerungsbiologischen Lage in der gleichen Zeitspanne ausgewertet werden.

Auf rassenbiologischem Gebiete ist neben der Feststellung der rassischen Struktur des Ortes besonders auf Mischehen zu achten; auch das gewonnene erbpathologische Material ist zu ordnen und soweit wie möglich auszuwerten.

Welches ist nun der Sinn und das Ziel all dieser umfangreichen bevölkerungsbiologischen, gesundheitlichen und allgemeinhygienischen Erhebungen bei solchen Dorfuntersuchungen? Die große praktische Bedeutung, ja die unbedingte Notwendigkeit all dieser mühseligen Feststellungen und Arbeiten wird uns erst klar, wenn wir uns daran erinnern, daß in erster Linie biologische Ursachen für Änderungen in der Struktur einer Bevölkerungsgruppe und damit auch für den Vorgang der Entdeutschung einer Dorfgemeinschaft und letzten Endes für Bestehen oder Vergehen des Deutschtums überhaupt verantwortlich zu machen sind. Verminderung der ehelichen Fruchtbarkeit, Zunahme der sich vererbenden Krankheiten (vielleicht begünstigt durch Inzucht), Verminderung des deutschen Blutes durch Abwanderung, Einströmen blutsfremder Elemente durch Zuwanderung, Zunahme der rassischen Mischehen, Wachsen all der Krankheiten und Volksseuchen, die sich aus der Ungunst des Klimas, aus falscher Ernährung, aus hygienisch unvernünftiger Lebensart erklären, bestimmen Aufstieg und Abstieg jeder Volksgruppe. Ziel der Studentenarbeit muß es also sein, durch eingehende, wissenschaftlich exakte bevölkerungsbiologisch-hygienische Dorfuntersuchungen, wie sie in dieser Arbeit in kurzen Zügen geschildert sind, die völkische Lage und die Entwicklung dieser Bevölkerungsgruppen zu erforschen, um so über die biologischen Gefahren Klarheit zu schaffen, die diesen Gruppen als wesentlichem Teil der deutschen Volksgemeinschaft drohen. Aus diesen Erkenntnissen heraus werden sich dann auch die Mittel und Wege ergeben, die es uns möglich machen, alle dem Deutschtum im Ausland drohenden Gefahren zu bannen.

Das deutsche Studententum der Ostmark in den fünf Verbotsjahren 1933–1938

Von Legionssturmbannführer Helmut Triska, Abteilungsleiter der RSF.

Seit kurzem ist es wieder möglich, öffentlich über die letzten fünf Kampf- und Entwicklungsjahre des deutschen Studententums der Ostmark zu schreiben. Wenn auch seine Grundelemente: Freistudenten, wehrhafte Korporationen und katholisch-konfessionelle Verbände dieselben sind wie im Altreich, so hat die harte Kampfzeit, die „illegale Zeit", doch wesentlich andere Entwicklungen gebracht, als es im Altreich der Fall war. Um es vorweg zu nehmen: am Tage des Anschlusses haben sich die wehrhaften Verbände selbst freiwillig aufgelöst und der C. V. mußte augenblicklich wegen nachweisbarer Staats- und Volksfeindlichkeit behördlich verboten werden. (In Innsbruck fand man in den C. V.-erHäusern ganze Waffenarsenale, die zum Einsatz gegen das eigene Volk bestimmt waren!)

Allein durch diese wenigen Sätze ist Stoff für lange Erörterungen angedeutet. Dafür ist aber nicht die Zeit. Wir wollen uns daher auf eine knappe Schilderung der äußeren und inneren Entwicklung des deutschen Studententums der Ostmark, seinen Kampf um die Durchsetzung des Nationalsozialismus und seine dafür geleisteten Opfer beschränken.

Die äußere Entwicklung.

Zu Beginn unserer Erörterung — im Jahre 1931 — sind Österreichs hohe Schulen im Kreis 8 der „Deutschen Studentenschaft" so wie im Reich organisiert. (Bis zum Jahre 1933 war die DSt gesamtdeutsch organisiert, der Kreis 8, Deutsch-Österreich, und Kreis 9, Sudetenland, waren einfache Mitglieder desselben.) Damals schon war der NSDStB der ausschlaggebende Faktor an den Hochschulen. An den kleineren Hochschulen besaß er in den „Kammern" zweidrittel- bis 90-prozentige Mehrheit. An der Wiener Universität, die damals noch 12 000 Hörer aufzuweisen hatte, standen 14 Vertretern des NSDStB und 11 Vertretern der wehrhaften Korporationen 13 Vertreter der katholisch-konfessionellen Verbände gegenüber.

Die studentischen Wahlen in die Kammern der DSt waren die ersten großen Erfolge der NSDAP in Österreich!

Der Siegeszug des Nationalsozialismus in Österreich wurde durch den Studentenbund eingeleitet: die erste öffentliche Körperschaft des Staates wurde von ihm erobert.

Mit den wehrhaften Korporationen wurde ein Abkommen geschlossen, wonach diese sich der hochschulpolitischen Führung des NSDStB unterstellten. Damit wurde ein Zustand auf den Hochschulen geschaffen, der die ganzen schweren Jahre bis zum Anschluß gehalten wurde: die Hochschulen sind der stärkste Hort des Nationalsozialismus, einer Mehrheit von zwei Drittel und darüber steht eine kleine C.V.-er-Clique entgegen.

In diese Entwicklung platzt, Tage vor dem Verbot der NSDAP am 19. Juni 1933, das Verbot des NSDStB, gleichzeitig mit der Auflösung der Kampfformationen der Bewegung, der SA und SS. Vorher schon ist es zum Auszug des C.V. aus der Deutschen Studentenschaft gekommen. Schließlich erfolgte in der Stille der Sommerferien die Auflösung der DSt. Am 30. August 1933 hört damit der Kreis 8 der DSt auf zu bestehen. Die legale Entwicklung auf der Hochschule wird unterbrochen.

Aber wieder schreitet der Studentenbund der Bewegung voran: *im Juli 1933 hält er in Kärnten das erste illegale Lager der Bewegung in Österreich ab.* Das Lager dauert einen Monat und ist dadurch getarnt, daß seine Teilnehmer als Angehörige einer Korporation geführt werden. Die Tarnung war eine Glanzleistung. Deshalb muß eine heitere Szene erwähnt werden: neben dem Blockhaus in Reifnitz am Wörthersee, in dem das Lager abgehalten wurde, befand sich ein Bad. Schuschnigg, damals Unterrichtsminister, hielt sich in Reifnitz zur Erholung auf und badete täglich neben uns. Eines Tages — es gibt noch ein Bild davon — saß der Führer des NS.-Soldatenbundes, der mit anderen aus dem Bundesheer entfernten Kameraden im Lager Gast war, neben Schuschnigg am Sprungbrett. Man kann sagen, daß Schuschnigg nicht geahnt hatte, daß er sich völlig in unsere Gewalt gegeben hatte. — Das aber nur nebenbei.

Von der Hochschule ist der Name DSt verschwunden. Die Regierung setzt zur Fortführung der Ämter der DSt eine „Sachwalterschaft" ein. Es fällt somit der Begriff der Hochschulautonomie, der Selbstverwaltung; es wird in Hinkunft vom Ministerium her „regiert", die einzige ständische Einrichtung vom Christlichen

Ständestaat zerschlagen. Bis auf wenige Posten, die getarnte Nationalsozialisten weiterführen, kommt die C.V.-er-Clique an die führenden Stellen.

Die „nationale Hörerschaft", oder „stark betont nationale Hörerschaft", wie sich die Nationalsozialisten „legal" nennen, hat die Sachwalterschaft nie anerkannt und mit ihr nie offiziell gearbeitet. Freilich wurde auch von unserer Seite aus mit der Sachwalterschaft verhandelt, doch niemand konnte sich klarer darüber sein als die Studentenführung, daß es kein Stehenbleiben auf halbem Weg geben kann. Deshalb blieben die Verhandlungen immer ergebnislos.

Was sich nun auf den Hochschulen ereignet, sind die „illegalen Äußerungen" des Studentenbundes. Sie haben eine in sich geschlossene Studentenschaft zur Voraussetzung. Betrachten wir die innere Entwicklung des nationalsozialistischen Studententums Österreichs.

Die Korporationen gliedern sich freiwillig weiter in den NSDStB ein, wie es im hochschulpolitischen Abkommen vorgesehen war. Zum Schluß war es so, daß die einzelnen Korporationen das Schulungs- und Erziehungsprogramm des NSDStB bei sich durchführten und sich in ihrer Gesamtheit im „Waffenring" in allen Belangen dem Studentenbund unterstellten. Der „Waffenring" wurde wie eine selbständige Hochschulgruppe geführt. Um den Zusammenhalt des ganzen Studentenbundes zu festigen, wurde eine Ehrenordnung vom Landesstudentenführer erlassen. Er hatte sie vorher dem Reichsstudentenführer vorgelegt und dessen Zustimmung erhalten. So war der Zusammenhang auch mit der Ehrenordnung des gesamten deutschen Studententums gegeben.

Die Zahl der Freistudenten, die meist aus der Hitlerjugend kamen und gesondert in Kameradschaften nach Hochschulen und Fakultäten organisiert waren, hielt dem Aktivenstand der Korporationen immer zumindest die Waage.

Zum gliederungsmäßigen Aufbau des Studentenbundes kommt noch ein Umstand, der zu beachten ist: alle Studentenbündler wurden verpflichtet, in der SA oder SS Dienst zu tun. Meist geschah dies in zwei bestimmten SA-Standarten, die in ihrem eigenen Dienstbetrieb auf den Dienst des Studentenbundes Rücksicht nehmen konnten. So aufgebaut, zeigte der NSDStB ein kämpferisches Gesicht, das den Erfordernissen entsprach und ihn zu Aktionen, wie in der Zeit von 1933 bis Juli 1934, befähigte. (In dieser Zeit waren die bekannten Tränengas-, Papierböller-, Stinkgas- und Nebeltopfaktionen. Sie wurden an allen österreichischen Hochschulen in Wien, Graz und Innsbruck und Leoben zum gleichen festgesetzten Zeitpunkt durchgeführt, ohne daß je die Zentrale bekannt wurde oder die wirklichen Täter verhaftet werden konnten.)

Der Studentenbund Österreichs war jederzeit in der Lage, sich mit Gewalt der Gewalt entgegenzustellen. Das mußten selbst die starken Polizeitruppen auf den Hochschulen wahrnehmen.

Einem inneren Feind mußte sich der NSDStB ebenfalls gewachsen zeigen. Die Lehre und das Wirken Professor Spanns, Dr. Walter Heinrichs und der Söhne Spanns konnten ihn nicht unberührt lassen. Wenn in anderen Gliederungen ein Machtwort genügen kann und mag, so ist es eine Eigenart studentischer Organisationen, daß geistige Kämpfe ausgekämpft werden müssen. Der Kampf wegen und um Spann wurde im Studentenbund Österreichs ausgekämpft. — Als Ergebnis ist eine geistige und personelle Reinheit und Klarheit entstanden, die ihren Niederschlag in Schulungsbriefen gefunden haben. (Zeitweise wurden diese Schulungsbriefe für die gesamte Partei verwendet.) Die Leistungen des Studentenbundes auf weltanschaulichem Gebiet waren so fruchtbringend, daß

nach Überwindung der Krise, die die Auseinandersetzung wegen Spann gebracht hat, fast auf allen Dienststellen der Partei und der legalen Verbände, welche mit Schulung und Erziehung zu tun hatten, Männer standen, die aus der Entwicklung des Studentenbundes ihre klare Schau schöpften.

Einerseits stand der NSDStB im scharfen Tageskampf, andererseits erkämpfte er sich weltanschauliche Klarheit. Daneben aber mußte er in den fünf langen Jahren der illegalen Zeit besorgt sein, das Tempo des Reiches mitzumachen. Dazu halfen ihm die Büchereinkäufe im Reich.

So in sich gefestigt stand der Studentenbund der Ostmark in fünfjährigem Kampf.

Selbstverständlich war der Einsatz jedes einzelnen Studenten zu jeder Zeit. Überall, und nicht zuletzt im Juli-Aufstand 1934, waren Studenten hervorragend beteiligt. Im Juli-Aufstand marschierten zwei geschlossene studentische Sommerlager, bewaffneten sich und standen im Kampf gegen das Bundesheer!

Vier studentische Groß-Kundgebungen, die weit über den studentischen Rahmen hinausgingen, müssen hervorgehoben werden:

1. Als Protest, daß in Wien-Simmering auf Nationalsozialisten geschossen wurde, wurden alle österreichischen Hochschulen geschlossen! Das zu einer Zeit noch, bevor der Nationalsozialismus an der Macht war! (Gleichzeitig eine einzige Kundgebung des Einverständnisses von Professoren- und Studentenschaft.)

2. Die Tschechenkundgebung 1935 zur Zeit des Insignienstreites an der ältesten deutschen Universität Prag!

Die Tschechen nahmen die Insignien der deutschen Universität an sich und wie ein Mann protestierte das deutsche Studententum der Ostmark des Reiches und lenkte das Augenmerk des eigenen Volkes und der ganzen Welt auf die Vorgänge in Prag. Diese Kundgebung wurde die größte nationale Kundgebung Wiens in diesem Jahr. Einen halben Tag lang tobten die Demonstrationen in ganz Wien; die jüdisch-tschechischen Pressezentralen wurden gestürmt und die Polizei war machtlos, weil überrumpelt; die Regierung befürchtete das schlimmste; noch ist kein Jahr nach dem Juli-Aufstand 1934 vergangen und wieder sind unübersehbare Massen in Bewegung. Alles, was Zeit hatte, hatte sich nämlich dem Zug der Studenten in die innere Stadt angeschlossen. Überall, sogar vor dem Bundeskanzleramt, erscholl das Deutschland- und Horst-Wessel-Lied. Über 500 Studenten wurden festgenommen, doch nach kurzer Zeit wieder freigelassen, weil man entweder nicht die richtigen gefaßt hatte, oder ihnen nichts nachweisen konnte.

3. Die dritte große Massendemonstration dauerte eine volle Woche lang und richtete sich gegen die Verlängerung und Verteuerung des Medizinstudiums. Das war im November 1937. Die gesamte europäische Presse berichtete davon.

Als die Änderung des Medizinstudiums bekannt wurde, organisierte der illegale Studentenbund zuerst bei den Medizinern, dann an allen anderen Fakultäten und Hochschulen in ganz Österreich wiederum Protestkundgebungen und Hörerstreiks mit dem Erfolg, daß das Medizinstudium besser veranlagt wurde, als vor der geplanten Änderung, ohne Mehrkosten zu verursachen. Wieder brachte die „Streikleitung" die ganzen nationalsozialistischen Massen der Hochschulstädte auf die Beine und in Wien wurde die Polizei durch die geschickte Taktik der Demonstranten acht Tage nicht Herr der Lage. Das alles „zufällig" zu dem Zeitpunkt, als der österreichische Finanzminister sich in London aufhielt und Herr Schuschnigg die unvor-

sichtige Äußerung fallen ließ (in vertrautem Kreise natürlich), die Studentenschaft stehe zu 80 vom Hundert zu und hinter ihm!

Die vierte Kundgebung sei zum Schluß genannt. Vorher soll ein Wort über die Opfer gesagt sein, die dieser Kampf trotz allem erforderte.

Wo Kampf ist, gibt es Opfer. Darum wollen wir uns der Opfer nicht rühmen. Ohne sie kein Sieg. Aber damit sie nicht ganz vergessen werden: rund 500 Studenten mußten über die Landesgrenze fliehen, rund 1000 Studenten wurden von den Hochschulen verwiesen, davon über 100 auf „immer". Ihre Eltern wurden größtenteils gemaßregelt. Die ganzen Familien mußten mitbüßen. Irgendwann war wohl schon jeder zweite Student verhaftet. Wer davon länger als 8 Tage in Untersuchungshaft war, bekam das Semester nicht angerechnet und wurde so, auch wenn er unschuldig war, oder ihm nichts nachgewiesen werden konnte, schwer an Zeit und Geld geschädigt. Einmal gemaßregelt, verlor man jeden Anspruch auf Förderung, die bei der allgemeinen Not, von der man nun auch im Altreich besser unterrichtet ist, immer notwendiger wurde. Die genaue Statistik habe ich noch nicht in den Händen, aber persönlich sind mir 180 Fälle bekannt, in denen sich der Monatswechsel des Studenten zwischen 20 bis 60 Schilling bewegte und die keine Unterstützung aus den angeführten Gründen erhalten konnten. Teils mußten sie ihr Studium aufgeben, teils schleppten sie sich als armselige, unterernährte Werkstudenten durchs Studienjahr ohne Aussicht auf baldige Besserung ihrer Lage. Bitterste Not mußte ertragen werden! Deutsche Studenten der Ostmark mußten hungern!

Doch die vierte große Kundgebung krönt den Kampf des nationalsozialistischen Studententums der Ostmark des Reiches:

Am 12. März 1938 sprach der Sonderbeauftragte des Führers für Österreich Gauleiter Bürkel das erstemal in Österreich. Er sprach zuerst auf der Universität Wien zu den Studenten der Ostmark, denen der Landesstudentenführer eben mitgeteilt hatte, daß die Sachwalterschaft aufgelöst sei und das deutsche Studententum der Ostmark als Kreis 8 in die „Deutsche Studentenschaft" nach fünfjährigem Verbot mit dem 12. März 1938 zurückgekehrt sei.

Wieder trägt das Studententum die Fahne der Bewegung voran, nicht ahnend, daß am Tag darauf, am 13. März 1938, der Führer den Anschluß Deutsch-Österreichs an das Reich verkünden wird.

Mit Stolz und Genugtuung blickt der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund Österreichs auf die fünf Jahre Verbotszeit zurück und frei und würdig wird er als Glied des gesamten Deutschen Studententums seine Aufgabe im großen Vaterland erfüllen.

Die Erforschung des Friedens

Von Dr. H. J. Beyer,

Leiter der „Arbeitsstelle für auslandsdeutsche Volksforschung".

Vor nicht ganz einem Jahre fand im Chatham House zu London eine Aussprache über „Deutschland und der Friede Europas" statt, die Lord Lothian mit einem eindrucksvollen und beachtenswerten Referat einleitete. Dem Geiste des Chatam House gemäß wollen wir seine Hauptmeinungen und Vorschläge als Studienaufgaben, als Gegenstände der europäischen Forschung aufnehmen.

Einen entscheidenden Fehler in der europäischen Politik sieht Lord Lothian in den Regelungen von Versailles: „The first thesis upon which J want to found my argument, is that the fundamental cause of the German question, which lies at the root of the world's trouble to-day, is the Versailles settlement, and still more, the train of events which followed the Versailles settlement".[1]) Voraussetzung der Erforschung einer zukünftigen Friedensordnung der Völker ist also die Enthüllung der Vorgänge, die zum Diktat von Versailles führten, und die Feststellung derjenigen Kräfte, die damals versuchten, einen europäischen Frieden für alle Zeiten unmöglich zu machen. Daraus folgt für unsere Wissenschaft, insbesondere für die deutsche Volksforschung, daß sie endlich neben die gut ausgebaute Erforschung der Kriegsschuldfrage und der Vorgeschichte des Weltkriegs eine abschließende Erforschung von Versailles und jener Versailler „Ordnung" stellt, die alle Deutschen (nicht bloß die der Republik von 1918) zu Menschen zweiter Klasse machen wollte.

Lord Lothian sieht für die Lösung der brennendsten Fragen in Ostmitteleuropa zwei Möglichkeiten.[2]) Die eine geht vom Selbstbestimmungsrecht der Völker aus: „If the principle of selfdetermination were applied on behalf of Germany in the way in which it was applied against her, it would mean the re-entry of Austria into Germany, the union of the Sudetendeutsch, Danzig, and possibly Memel with Germany, and certain adjustments with Poland in Silesia and the Corridor". Die Anwendung dieses Grundsatzes hält Lord Lothian weder für „wicked" noch „absurd", wenn er auch glaubt, daß sie zu Schwierigkeiten in Europa führt. Eine zweite Lösungsmöglichkeit sieht er in der Organisierung eines Staatenzusammenhangs unter deutscher Führung, der dem British Commonwealth gleicht. Unter der Voraussetzung, daß die politische und wirtschaftliche Führung des Reiches anerkannt werde, könne Deutschland die staatliche Unabhängigkeit der kleinen Völker Osteuropas bejahen. Ungelöste Minderheitenfragen seien dann von geringerer Bedeutung; so sei ja auch die Lage der britischen Minderheit in Südafrika trotz einer oft ungünstigen Politik der burischen Führung erträglich, weil Südafrika zum Britischen Weltreich gehöre. Würde die Tschechoslowakei etwa zum Bereich deutscher Vorherrschaft gehören und im großen „deutsche" Außenpolitik treiben, so sei für die Sudetendeutschen nicht mehr die Notwendigkeit gegeben, gegen eine Politik Einspruch zu erheben, die sich nach Moskau und Paris hin orientiert und als antideutsch betrachtet wird. Wirtschaftliche Vereinbarungen würden in diesem Rahmen für alle Beteiligten von Nutzen sein. Es sei falsch, auf Sowjetrußland und die satu-

[1]) International Affairs XVI, 6 S. 874.
[2]) International Affairs XVI, 6 S. 877.

rierten westlichen Kolonialmächte in mitteleuropäischen Fragen zu hören: „On the contrary, their greatest need is that Central Europe should settle down, and that ist only possible, in my view, under German leadership". Soweit Lord Lothian.

Der englische Lord hat mit diesen Vorschlägen einen wichtigen Beitrag zur Wiedererringung des Friedens in Europa geliefert, der eine sorgfältige Überlegung verdient. Es wäre falsch, seine Thesen ohne weiteres anzunehmen oder abzulehnen; der Sache eines echten Friedens dienen die Verantwortungsbewußten in allen Völkern, insbesondere die Studenten und Jungakademiker, nur dann, wenn alle jetzt auftauchenden Fragen sorgfältigst wissenschaftlich studiert werden. Von dem gleichen Forum aus, vor dem Lord Lothian sprach, ist vor einigen Jahren Jan F. D. Morrow in das deutsch-polnische Grenzgebiet geschickt worden, um „The Peace Settlement in the German Polish Borderlands" zu studieren. An anderer Stelle haben wir auf einige Irrtümer aufmerksam gemacht und insbesondere bedauert, daß er sich nicht genügend mit der ostdeutschen Volksgeschichte — in der die Geschichte Westpreußens, Danzigs, Memels und Ostpreußens nur einen Teil darstellt — befaßt hat[3]); gegenüber einer stark ablehnenden Kritik in der New Yorker „Geographical Review" (Januar 1938) müssen wir jedoch unterstreichen, daß Morrow — im Gegensatz zu dem in New York so gerühmten Verfasser des Buches „The drama of Upper Silesia" (W. J. Rose) — mit außerordentlicher Sorgfalt an das Studium herangegangen ist und sich überall bemüht hat, unparteiisch und gerecht zu sein. Wenn die wenigen Vorschläge zu einer Lösung, die er andeutet, in der Tat ein wenig unrealistisch erscheinen, so liegt das daran, daß ihm die außenpolitischen Grundauffassungen des völkischen Europa nur wenig vertraut wurden, die Lord Lothian jetzt im wesentlichen anerkennt. Dies erste größere Werk über Ostfragen, das im Londoner Royal Institute of International Affairs gearbeitet wurde und die Billigung des Chatham House fand, muß und kann uns trotz mancher Einwände als gutes Zeichen für eine zukünftige Gemeinschaftsarbeit der Jungen gelten, die der Erforschung des kommenden Friedens dient. Dabei darf jedoch nicht verschwiegen werden, daß sowohl Lord Lothian als auch Mr. Morrow das eigentliche Wesen des Nationalsozialismus und seinen göttlichen Auftrag für das deutsche Volk bisher nur unvollkommen verstanden haben.

Dieser Forderung an die bisherige europäische, insbesondere auch an die deutsche Wissenschaft widerspricht, daß sie weithin vom Historismus überschattet wird. Wir verkennen nicht die Werte, die uns das jetzt vergangene Zeitalter, das wir heute mit dem Namen des Historismus belegen, gebracht hat: die zukünftige Forschung kann ohne die in jenem Zeitalter gesicherten Mittel der Erkenntnis nicht arbeiten. Wir wollen aber auch nicht vergessen, daß dieser Historismus uns gegenüber geschichtlich-politischen Vorgängen in die Haltung des Zuschauers drängte. Hier war die Vergangenheit wirklich etwas Vergangenes, nicht etwa aber Schicksal und Erbe für die Gegenwart. Eine Versenkung in die Fragen der Vergangenheit war mit der Abkehr von der Gegenwart gleichbedeutend. Unser eigenes Geschichtsbewußtsein faßt Geschichte als Schicksal, als eine gegenwärtige Lebensmacht auf. Wir sind deshalb natürliche — nicht persönliche — Gegner jener sehr zahlreichen Wissenschaftler, die eine Schriftenreihe nach der anderen, eine Zeitschrift nach der anderen mit Arbeiten füllen, die wirklich „historisch" sind. Die

[3]) „Auslandsdeutsche Volksforschung", I, S. 212. Zur Einheit der ostdeutschen Volksgeschichte vgl. H. J. Beyer „Aufbau und Entwicklung des ostdeutschen Volksraums" (Danzig 1935) und die Aufsätze von H. Aubin im „Deutschen Archiv f. Landes- und Volksforschung", I.

Meinung, daß die Erforschung dieser oder jener mittelalterlichen Urkunde von Wert für den Grenzkampf der Völker sei, beruht jedoch nicht bloß — die wenigen Fälle ausgenommen, in denen diese Daten politisch wirklich von Bedeutung sind, wie etwa in der deutsch-tschechischen Auseinandersetzung — auf den bekannten Irrtümern des Historismus, sondern auch auf der bürgerlichen Meinung, daß die Wahrheit durch Diskussionen entschieden werde. Die bürgerliche Wissenschaft sieht als Teil der clase discutidora in geschichtlichen Tatsachen historische Argumente, die durch den Ausgleich mit den historischen Argumenten anderer Völker zur Wahrheit führen. Für uns ist die Wahrheit im Recht der Völker vorgegeben. Uns interessiert deshalb nicht so sehr der einzelne Vertrag oder dieses oder jenes besondere Ereignis, sondern die Gesamtentwicklung der Völker und Räume. Von dieser Gesamtentwicklung, von den in ihr zu Tage geförderten dynamischen Kräften hängt ja schließlich die Gestaltung des Friedens ab, den Europa so dringend benötigt. So sehr wir deshalb auch den vielfachen Einsatz der mittelalterlichen Historiker auf dem Gebiete der Erforschung des Grenz- und Außendeutschtums begrüßen, so sehr bedauern wir ihre tatsächliche Vorherrschaft.

Der Historismus hat aus seiner Zuschauer-Haltung heraus eine begreifliche Freude an Zustandsschilderungen. Von ihnen aus ist die Brücke zur Geographie gegeben. Der Ausbau der — dem eigentlich Geschichtlichen fremden! — Kulturgeschichte ging zeitlich der Entwicklung der Kulturgeographie voraus, ihrer Grundeinstellung nach gehören sie eng zusammen. Soweit die deutsche Volksforschung noch Bestandsaufnahme betreiben muß (und das wird noch längere Zeit nötig sein!), gehört insbesondere die in Deutschland vortrefflich geförderte Kulturgeographie in die vordere Front. Für die Erforschung des Friedens hat sie die Aufgabe der völkischen kulturellen und wirtschaftlichen Geländekunde. Einen eigenen Beitrag zur Lösung der großen Friedensprobleme kann sie jedoch nicht liefern, dafür ist sie ihrer Natur nach zu sehr dem Statischen verhaftet.

Erforschung des Friedens setzt jedoch Einsicht in die dynamischen Kräfte der Völker Europas voraus.

Es kann nicht verschwiegen werden, daß auch technische und geistige Fehlleitungen gelegentlich die Forschung hindern, der Vorbereitung des Friedens zu dienen. So ist nicht einzusehen, warum über das 1500 Seelen große, seit 30 Jahren unter einem Sterbeüberschuß leidende Alemannendorf Saderlach im Banat zwei Veröffentlichungen (Künzig und Maenner) mit insgesamt 492 Seiten Text und vielen Abbildungen erscheinen mußten. So ist auch nicht zu begreifen, warum über die Frage des Nationalitätenrechts immer neue Dissertationen herauskommen, die wie ein Osterei dem andern gleichen: 80 Seiten Kritik am bestehenden Minderheitenrecht, zwei Seiten zum Schluß dann die himmelblaue Versicherung, man müsse zu einem neuen Volksgruppenrecht „fortschreiten". Jede Konkretisierung wird oft ängstlich vermieden. Endlich vermag kein Verstand der Verständigen ermessen, warum immer wieder die deutsche Abstammung von Veit Stoß und Kopernikus bewiesen werden muß, obwohl der Sachverhalt klar ist. Den Einwand, daß polnische Gegenschriften beantwortet werden müßten, können wir nicht annehmen, da vielleicht hinter den polnischen Streitschriften der Wille steckt, unsere Wissenschaft von wichtigeren Aufgaben abzulenken . . . .

Bei der fremdvölkischen, z. B. der französischen Forschung ist vielfach erstaunlich, daß sie garnicht die Aufhellung eines Tatbestands erstrebt, sondern die Absicht verfolgt, einer bestimmten östlichen Meinung (z. B. der der Litauer) eine westeuro-

päische Plattform zu verschaffen. Die Folge ist, daß die einschlägige französische Literatur letzten Endes aus — wenn auch nicht wörtlichen! — Übersetzungen aus dem Lettischen, Litauischen, Polnischen, Tschechischen usw. besteht. Eine eigene französische Stellungnahme liegt kaum vor. Auch die Veröffentlichungen des Pariser Centre d'Etudes de Politique Etrangère lassen, wie das Heft von Meuvret über die Memelfrage zeigt, jene Sachkenntnis und Einsicht in die Notwendigkeiten eines europäischen Friedens vermissen, die die Voraussetzung einer Stellungnahme von Seiten einer Großmacht sein sollte.

Wenn wir nun auf die Ausführungen des englischen Lords unmittelbar zurückkommen, so ergeben sich vorab folgende wissenschaftliche Aufgaben:

a) Alle Vorgänge von Paris-Versailles sind besonders zu untersuchen, die zu einem Diktat geführt haben oder noch darüber hinaus führen sollten, das die möglichen Bestimmungen eines — wenn auch harten — Friedens weit übertraf. Dabei ist besonders die Rolle der Juden, der Freimaurer und der kleinen Kriegsgewinnler zu klären. Unter diesen Kriegsgewinnlern ziehen vor allem die Tschechen die europäische Aufmerksamkeit auf sich: ihre Bemühungen um einen Burgenland-Korridor nach Jugoslavien, um eine Angliederung des Glatzer Landes, um eine weitere Aufteilung Ober- und Niederösterreichs (vor allem im Marchfeld vor Wien!), um den Anschluß der Stadt Furth i. W. und anderer Ortschaften verdienen das gleiche sorgfältige Studium wie ihre — nie erfüllten — Zusagen an die Slovaken und die Ukrainer im fälschlich sogenannten Karpatho-„Rußland". Daneben sind die Fragen, die sich völkerrechtlich grundsätzlich aus der Bereitwilligkeit, die Gebiete von Asch und Friedland ans Reich abzutreten, nicht ohne Interesse, wenn man sie vom Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen aus betrachtet. Von höchster Wichtigkeit ist die Entstehungsgeschichte der Tschechoslowakei, haben wir es doch hier mit einer politischen Konstruktion zu tun, die ursprünglich nicht in der Absicht der Westmächte lag und ja nur auf Grund gewisser Bedingungen, die u. a. im Vorfriedensvertrag mit dem Reich allgemein niedergelegt sind, geschaffen wurde.[4]) Im übrigen wird erst die — noch ausstehende — Geschichte der Verhandlungen in Paris klären können, in welcher Weise die Franzosen, Engländer, Amerikaner bzw. ihre Ratgeber (so etwa Prof. Seton-Watson) für die einzelnen Bestimmungen von Versailles, St. Germain oder Trianon in besonderem Maße verantwortlich sind; auf dem Hintergrunde dieses Bildes wird auch das Verhalten von Benesch, Masaryk, Paderewski und der anderen die rechte Farbe und Gestalt gewinnen. Unter den Folgen der Diktate bedarf die Arbeitslosigkeit, die ja zu einer gesamtdeutschen Erscheinung wurde und in erster Linie politisch bedingt ist (Grenzziehung, Agrarreformen, Industrieverlagerung, Machnik-Erlaß, Grenzzonenverordnungen usw.), sorgfältigster Untersuchung.

b) Die wissenschaftlichen Studienaufgaben, die sich aus den erwähnten zwei Lösungsmöglichkeiten des ehrenwerten Marqueß of Lothian ergaben, sind auf der einen Seite klar, auf der anderen Seite sind sie so vielfältiger Natur, daß auch eine nur andeutende Behandlung unmöglich ist. Wir begnügen uns deshalb mit vier knappen Bemerkungen: 1. Voraussetzung einer echten Friedensordnung ist die Anerkennung des Lebensrechtes der Völker. Es muß deshalb das wahre Interesse und die wirkliche Meinung der Völker, Stämme und Volksgruppen erforscht wer-

4) Vgl. die von Raschhofer veröffentlichten „Dokumente" und das bei V. Bruns (Zeitschrift f. ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht VII, Zeitschrift der Akademie für deutsches Recht V) und E. Hölzle (Auslandsdeutsche Volksforschung I) zitierte Schrifttum.

den. Das ist nur bei ausreichender Kenntnis der Sprachen und Hauptprobleme möglich. Die leider bei uns zu bemerkende Angleichung an den Westen d. h. die faule Annahme, daß die Beherrschung der eigenen Muttersprache und einer westeuropäischen Sprache genüge, ist höchst bedenklich und im übrigen das Ergebnis einer erstaunlichen Überschätzung rein formaler und organisatorischer Fähigkeiten, denen gegenüber die Einsicht in die wirklichen Verhältnisse Ostmitteleuropas unter Umständen zu kurz kommt. 2. Der zukünftige Friede hängt wesentlich ab von der biologischen Kraft der Völker. Die recht mühsam in Gang gekommene volksbiologische Forschung darf deshalb bei rein bevölkerungs*statistischen* Aufnahmen nicht stehen bleiben, sondern muß durch gesundheitswissenschaftliche und rassenhygienische Untersuchungen — etwa in der Art von medizinischen Topographien — die Gegebenheiten für die biologische Weiterentwicklung untersuchen[5]), weil ja einer Forschung im Sinne des englischen Lords nicht allein damit gedient ist, zu wissen, wie groß die Zahl der einzelnen Völker in einem Raume 1938 ist, sie muß vielmehr einigermaßen die wahrscheinliche Stärke 1945, 1960, 1980 usw. errechnen können. 3. Die Erhaltung der einzelnen Gruppen ist wesentlich auch eine Frage des wirtschaftlichen Existenzkampfes. Wirtschaftwissenschaftler finden also ein reiches Arbeitsgebiet, vor allem auch dann, wenn sie die Probleme eines größeren Wirtschaftsgefüges erkennen. 4. Endlich sei nicht vergessen, daß den Lösungsvorschlägen des Marques of Lothian gewisse Kräfte entgegenstehen, die es im einzelnen auf ihre Grundlagen und Tendenzen hin zu untersuchen gilt. Mit den Stichworten „Bolschewismus", „Assimilation oder Umvolkung", „politischer Katholizismus", „Judentum", „Großmachtssucht von Kleinstaaten" seien einige Probleme für Ostmitteleuropa angedeutet.

Sicher ist, daß der zukünftige Friede nur von Mächten gefunden und gesichert werden kann, hinter denen die großen Weltvölker und ein neues europäisches Bewußtsein und eine entsprechende Verantwortung stehen. Mit dem Wege zum Frieden muß der Weg zu einem neuen Völkerrecht parallel gehen. Eine lediglich positivistisch ausgerichtete Volks- und Landesforschung genügt deshalb nicht, sie muß unlöslich in ihren Ausgangspunkten und Zielen mit einer Volkslehre und einer von dort gestalteten Lehre vom Recht der Völker verknüpft sein. Mag es sich dabei um das Problem der Konnationale, um die Schutzpflicht eines Volksstaates gegenüber seinen im Auslande lebenden Volksgruppen, um die völkerrechtliche Seite von Wirtschaftsunionen, um die einer Differenzierung bedürftigen Lehre von der Souveränität, um die Ächtung zwangsweiser Entnationalisierung, um den Rechtsgrundsatz der Heiligkeit des Bodens oder um andere Einzelfragen handeln, entscheidend ist die Ausrichtung auf das große Ziel des Friedens, auf den die Völker warten. „There is no doubt that the best foundation for peace is justice. If there is justice there is less likelihood of these explosive activities taking place" (Lord Lothian im Schlußwort).

---

[5]) Vgl. die einschlägigen Aufsätze in der „Auslandsdeutschen Volksforschung": H. Harmsen (I, 1), A. Csallner (I, 3, II, 1 und II, 2), G. Ihlenfeld (II, 1), K. Kremer (II, 1), H. Grimm (II, 1) und den angekündigten Aufsatz von Prof. Dr. med. Pesch über Gnadenfeld; vor allem auch die einschlägigen Aufsätze von H. Zeiß, z. B. im „Archiv f. Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungspolitik" VII und in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift" 1931 Nr. 5.

Sudetendeutsches Studententum

Die Tschechoslowakische Republik trifft umfangreiche Vorbereitungen zur Feier ihres schon 20-jährigen Bestehens. Das Sudetendeutschtum als solches ist außerstande, an diesem Jubiläum einen anderen als einen negativen Anteil zu nehmen, will es nicht den Sieg der tschechischen imperialistischen „Demokratie" über sudetendeutsche Lebensnotwendigkeiten verherrlichen helfen.

Wenn der Rahmen dieses Aufsatzes hier bewußt eng gehalten werden soll, also nur sudetendeutsches Hochschulwesen umfaßt, dann mußte die obige Vorbemerkung fallen, denn was auf die 3½ Millionen Sudetendeutschen im allgemeinen, das trifft im besonderen auf ihre höchsten Bildungsstätten zu. Bekanntlich besitzen die Deutschen in der Tschechoslowakei heute eine Technische Hochschule in Brünn, eine Technische Hochschule in Prag mit einer landwirtschaftlichen Zweigabteilung in Tetschen-Liebwerd und außerdem noch die älteste deutsche Universität überhaupt, die deutsche Karlsuniversität in Prag. Wobei zu bemerken ist, daß der deutschen Universität in Prag von den Tschechen das Recht abgesprochen wird, das Jahr 1348 als Gründungsjahr auch für sich geltend zu machen. Denn daß die beiden Prager Universitäten auch in der neuen Zeit als gleich alte und gleichwertige Bildungsanstalten weiter bestehen sollten, würde ja berühmten und zu gelegener Zeit gern zitierten Aussprüchen, wie „Ich Herr, Du Herr", oder „Gleiche unter Gleichen", so bedenklich nahekommen, daß es für die tschechische Mentalität als einfach unerträglich scheinen müßte. Um dieser Mentalität gerecht zu werden, bezog die Regierung selbstverständlich den Standpunkt, daß die tschechische Karls-Universität alleinige Rechtsnachfolgerin der Gründung Karls IV. von 1348 wäre. Dieser bewußte Geschichtsirrtum wurde zum Ausgangspunkt für die Schaffung eines neuen Universitätsgesetzes genommen. Was hier als Universitätsgesetz-Entwurf die Billigung der revolutionären Nationalversammlung, der Regierung und des Staatspräsidenten fand, kann lediglich als ein Zeichen größerer staatlicher Macht, die eben bei den Tschechen lag, gewertet werden. Allein eine vielhundertjährige deutsche Leistung damit aus dem Gedächtnis streichen zu wollen, weil ein sogenanntes Universitätsgesetz nach den äußeren und sichtbaren Zeichen eines an Tradition unendlich reichen deutschen Besitztums greift, dieses gar als ungesetzlich erklärt, ist unmöglich, läßt den legalisierten Raub nur noch krasser in Erscheinung treten.

Die Kollegen von der anderen Fakultät führen einen Kampf gegen das sudetendeutsche Hochschulwesen mit Methoden, die selbst in der „einfachen" Schweiz kaum dem Hörensagen nach bekannt sind, in der „höheren" Schweiz, genannt Tschechoslowakische Republik, aber als einfach unvorstellbar gelten sollten. Von kleinlichen Nadelstichen bis zu eklatanten Rechtsbrüchen, Appell an den brutalsten Straßenterror, Polizei- und Gummiknüppelmethoden, nichts von all dem ist den Trägern des Abwehrkampfes, ist den Verteidigern sudetendeutscher kultureller Selbstverwaltung, den deutschen Studenten, vereint mit den leider nicht allzu häufigen wirklich völkischen Professoren in den letzten 20 Jahren erspart geblieben. Wenn hierbei die Haltung der sudetendeutschen Studentenschaft aufgezeigt werden soll, dann genügt es vielleicht, kurz einen Satz eines führenden sudetendeutschen Hochschulprofessors zu zitieren: „Namentlich die deutschen Studenten sprangen als Vorhut der Nationalbewußten in die Bresche und stellten sich unter Einsatz ihres Lebens schützend vor das höchste Kulturgut des Sudetendeutschtums" (Insignienstreit).

Dieses In-die-Bresche-springen der deutschen Studenten in Prag, in Brünn oder Tetschen findet leider nur zum Teil Widerhall, geschweige denn Vorbild beim Großteil der Professorenschaft. Was einem August Naegle in den Augen seiner Prager Studenten zeitlose Bedeutung verleiht, sein immer mannhaftes Eintreten für die Rechte der deutschen Universität, bedeutet nur wenigen, fast an den Fingern abzuzählenden Professoren eine Pflicht zur Nachahmung. Vor allem die Zusammensetzung des akademischen Senates, die von Jahr zu Jahr schlechter wird, läßt immer mehr den Eindruck zu, daß das Schicksal der deutschen Universität in Prag heute von Juden und Judenknechten bestimmt wird. Daß dabei selbstverständlich nach Willen der obersten Spitzen des Staates die Frage des Nachwuchses an Professoren und Dozenten ausschließlich philosemitisch gehandhabt wird, ist bei den freimaurerischen Verflechtungen Benesch's usw. nicht verwunderlich. Mit welch rührender Sorgfalt das deutsche Hochschulwesen in Prag behandelt wird, mag allein der Umstand beweisen, daß erst vor kurzem eine Meldung durch die Presse ging, wonach an der deutschen Universität in Prag nicht weniger als 12 Lehrkanzeln vakant sind. Und davon einige bereits seit Jahren, obwohl die Vorschläge von den betreffenden Fakultäten schon längst eingereicht wurden. Aller Wahrscheinlichkeit nach sind für einige Lehrkanzeln nur reichsdeutsche Bewerber vorhanden. Da aber die Kelsens nicht so dicht gesät sind, man außerdem nicht genau weiß, wieviel Menschen dieser Prägung man der deutschen Studentenschaft und damit dem Sudetendeutschtum noch zumuten darf, begnügt man sich wieder einmal damit, mit aller Gewalt den Vogel Strauß nachzuahmen, überhaupt keine Bewerber zu sehen und damit — wer weiß wie lange noch — deutsche Lehrstühle unbesetzt zu lassen.

Gerade die Frage, Sicherung des deutschen Hochschullehrernachwuchses, die Deutscherhaltung bzw. das Deutschwerdenlassen ihrer höchsten Bildungsstätten ist eine der entscheidendsten und brennendsten Aufgaben, die der sudetendeutschen Studentenschaft heute gestellt sind, ist Volksschutztätigkeit im besten Sinne des Wortes. Und wir sehen sie bereits in der Arbeit. Wir brauchen nicht 20 Jahre, wir können ruhig 100 Jahre die Geschichte des sudetendeutschen Studententums zurückverfolgen und immer werden wir sehen, daß der nationale, großdeutsche Gedanke am lebendigsten und nachhaltigsten in dieser Studentenschaft seinen Ausdruck fand. Wenn man so in den letzten Jahren in einzelnen sudetendeutschen Zeitungen manchmal versteckte Angriffe gegen die Studentenschaft finden konnte, wenn von Spaltpilzen der Einheit, von den Störern der Volksgemeinschaft usw. geschrieben wurde, dürfte dies meist in einer gewissen weltanschaulichen Voreingenommenheit des Artikelschreibers seinen Grund gehabt haben. Das sudetendeutsche Studententum hat für die Einheit gekämpft, ist für die Einheit der Volksgruppe eingetreten schon lange bevor dieser Begriff nun heute seine Verwirklichung findet. Wenn es hier eines Beweises bedarf, genügt es vielleicht darauf hinzuweisen, daß die überwiegende Mehrheit des sudetendeutschen Studententums schon vor 1933 in den Reihen der DNSAP stand. Und wem der Volkssportprozeß des Jahres 1933 noch in Erinnerung ist, wird voraussichtlich mit uns der Meinung sein, daß die sudetendeutsche Studentenschaft einer politischen Ausrichtung kaum mehr bedurfte. Und diese klare politische Ausrichtung ist, manchen Anfeindungen und Gegenminen, die, so wollen wir hoffen, der Vergangenheit angehören, zum Trotz, auch heute vorhanden. In Fragen der Weltanschauung gab es für die sudetendeutsche Studentenschaft keinen Kompromiß. Es sei damit lediglich eine einfache Tatsache festgestellt. In der Durchsetzung unserer klaren deutschen Weltanschauung sah die Hochschülerschaft einzig und allein die Garantie für die Einheit der Volksgruppe. Sie mußte sich deshalb

selbstverständlich in ihrem Bereich gegen jene wenden, die in ihren Erziehungsprinzipien dieser Weltanschauung nicht gerecht wurden.

Gegen jene Intellektuellen, die als Gegenstück zu den geistig Schaffenden nicht Werte produzieren, sondern die von anderen produzierten Werte definieren, jene ewigen Besserwisser, die den Kampf um diese Werte bis zum Jahre 1933 zwar mit ihrer mitleidigen Ironie begleiteten, um nach 1933 dafür aber um so lauter deren Sieg mit Pauken und Trompetenschall als eigenen Sieg zu feiern. Der Kampf des deutschen Studententums in der Tschechoslowakei, der unter klarer und zielbewußter Führung stand, mußte sich naturnotwendig (Marxisten und Christlich-Soziale sind und waren von verschwindender Bedeutung) ebenso auch gegen jene kleine Gruppe bündischer Extremisten richten, die mit unnachahmlicher Arroganz „ihre" Herrschaft über die Studentenschaft errichten wollten; wie er andererseits eine aus Väter- und Großväterzeiten übernommene Verbandspolitik zum Abklingen brachte.

Nunmehr eingeordnet in die große Front des Sudetendeutschtums sieht der sudetendeutsche Student eine Fülle von Aufgaben vor sich, eine Unmenge harter Arbeit lastet auf ihm und trotz aller Schwere: Erkannte Aufgaben, arbeitsfreudig angepackt, erzwingen Leistungen.

So sei hier aus verschiedenen Gründen die Fachschaftsarbeit nur erwähnt, nicht weiter ausgeführt. Der deutsche Student in der Tschechoslowakei muß fachlich am besten qualifiziert sein. Nur so kann er sich seinen Konkurrenten gegenüber behaupten. Und nicht nur fachlich, in seinem Beruf muß er etwas leisten können, sondern in seiner ganzen charakterlichen Haltung die Gewähr bieten, auch nach Abschluß seiner Studien im Schicksalskampf seiner Volksgruppe seinen Mann zu stellen. Das Hindurchgehen durch das enge Sieb der Bewährung, das die studentische Erziehungsgemeinschaft darzustellen hat, soll eine der Voraussetzungen hierzu sein.

Mag man Fäden, die bis zum Jahre 1933 bestanden, zerrissen, mag man Formen, wie den Kreis IX der deutschen Studentenschaft zerschlagen haben, Geist und Bewußtsein der sudetendeutschen Studentenschaft ist, wenn es überhaupt möglich war, noch stärker deutsch geworden. Die sudetendeutsche Studentenschaft hat sich seit je und nicht zu Unrecht zu den aktivsten Trägern deutscher studentischer Pflichterfüllung gerechnet. Und nur dort, wo das für die Arbeit unbedingt nötige Geld unter gar keinen Umständen, auch durch Idealismus nicht, zu ersetzen ist, konnte die sudetendeutsche Studentenschaft mit der Gesamtentwicklung im Reiche nicht Schritt halten. Aber auch hier ist heute das Stadium der vorhandenen Ansätze weit überschritten und als lebendiger Ast des gesamtdeutschen Studententums übernimmt der sudetendeutsche Student freudig und stolz die Verantwortung, die ihm seine Vorpostenstellung aufbürdet.

Es klingt eigenartig: Vorposten, Grenzkampf an der ältesten deutschen Universität überhaupt, Vorposten in einer Stadt, von der die deutsche Schriftsprache ausging, die heute aber in ihren Menschen eine Deutschfeindlichkeit atmet, die man auf Schritt und Tritt zu spüren meint und doch wiederum in ihren steinernen, in ihren gotischen Baudenkmälern darauf zu warten scheint, ihre einst unterbrochene deutsche Tradition wieder aufzunehmen. Muß in diesem Zusammenhang das Warten von 3½ Millionen erwähnt werden?

Inmitten dieses unbewußten Wartens sieht der sudetendeutsche Hochschüler heute groß und akut die Gefahr einer jüdisch objektiven sog. deutschen Hochschule mitten im deutschen Raum vor sich. Wir zweifeln nicht, daß ein Anrennen gegen diese Gefahr von Erfolg begleitet sein wird. Ein Erfolg, der nicht nur der alten Karls-

universität den Namen und das rein äußerliche Recht wieder gibt, sondern auch ihren Inhalt wieder deutsch erscheinen läßt.

Zwanzig Jahre Tschechoslowakei! Das Staatswappen trägt immer noch den stolzen Spruch: „Die Wahrheit siegt". Daß es ihr bislang in der Republik mißglückte, soll für uns kein Grund sein, daran mitzuhelfen, die Allgemeingültigkeit dieses schönen Satzes auch im böhmisch-mährisch-schlesischen Raum verwirklichen zu helfen. Und dabei wird man nicht umhin können, die Fülle des Unrechts und der Gewalt, die den hohen Schulen des Sudetendeutschtums aufgelastet wurde, durch einen befreienden Akt im Zug der allgemein geforderten Wiedergutmachung begangenen Unrechts auszulöschen.

Umvolkung im Südostdeutschtum

Aus einer Gruppenarbeit im diesjährigen Reichsberufswettkampf über Verschiebungen deutschen Volkstums in Südslawien.

Von Wilhelm Sattler.

Die vorliegende Arbeit ordnet sich ein in die junge Wissenschaft der Volksforschung, die sich zur Aufgabe macht, Grundkräfte herauszufinden, die im Laufe der Geschichte unsere völkische Eigenart bestimmt haben und sie auch in Zukunft leiten werden. Gerade an den Grenzen zweier Volkstümer, sei es am Rande des geschlossenen deutschen Volksbodens oder in den deutschen Volksinseln kommen sie auf allen Lebensgebieten deutlich zum Ausdruck. Im Gegensatz zu staatlichen sind Volksgrenzen nie starr, immer vollziehen sich im Grenzgebiet in gegenseitiger Anpassung oder Abwehr Wechselwirkungen, die einen wesentlichen Teil des Volkstumskampfes ausmachen.

Die nach Ansiedlung und politischem Schicksal verschiedenen deutschen Gruppen in Südslawien — gehörte doch nur Slowenien zu den innerösterreichischen Ländern, das Banat und die Batschka aber zur ungarischen Reichshälfte, Slawonien und Syrmien zum Königreich Kroatien-Slawonien, das nur lose mit der ungarischen Krone verbunden war — diese Siedlungsgruppen wurden 1918 dem neuen Staate einverleibt und standen seither unter dem gleichen Schicksal. Fremde Umgebung und fremde Staatsführung haben von Anfang an auf die Deutschen eingewirkt, verstärkt seit Beginn der Nationalitätenkämpfe im vorigen Jahrhundert, noch mehr zum Teil im neuen Staat, und in den einzelnen Gebieten Erscheinungen zur Folge gehabt, die nunmehr untersucht werden sollen.

Dabei sind besonders folgende Arten von Umvolkungsvorgängen zu unterscheiden, die im südslawischen Deutschtum sich auswirken, nämlich Slowenisierung in der Untersteiermark und in Gottschee, Madjarisierung in den ehemals ungarischen Gebieten, die mit der Bildung des SHS.-Staates zum Stillstand kam und daher hier nur kurz erwähnt werden soll und schließlich Kroatisierung in Slawonien.*)

*) Eine ausführliche Darstellung dieser letzteren Frage enthält mein Beitrag in den südostdeutschen Forschungen, Jahrgang 1938, 2. Heft.

In der Untersteiermark zeigt der statistische Vergleich der Vor- und Nachkriegszeit folgendes Bild:

	Zahl der Deutschen	in % der Gesamtbevölkerung
1910	73 646	15,0
1928	32 578	6,8
1931	11 046	2,06

Bei den Zahlen von 1910 und 1931 handelt es sich um die Ergebnisse der amtlichen österreichischen bezw. südslawischen Volkszählung, bei denen von 1928 um eine private von deutscher Seite durchgeführte Zählung, die teilweise durch Schätzungen in Auswertung der Wahlzahlen für das Parlament 1927 ergänzt wurde. Der Unterschied der Ergebnisse von 1928 und 1931 ist so groß, daß er unmöglich mit der Entwicklung der drei Jahre erklärt werden kann, sondern in der Durchführung der amtlichen Zählung von 1931 begründet ist. Die Zählkommissare waren auch in überwiegend deutschen Gemeinden slowenisch-national tätige Personen, vor allem Mitglieder der Narodna odbrana, die besondere Anleitungen herausgab in bezug auf die Erhebungen der Staatsbürgerschaft, Volkszugehörigkeit und Muttersprache. Hinzu kamen Einschüchterungsversuche und Drohungen der verschiedensten Art. Das Ziel war, den wirklichen völkischen Stand in der Untersteiermark zu verschleiern, um jeden Anspruch unbegründet erscheinen zu lassen, daß dieses Grenzland zum geschlossenen deutschen Volksboden und eventuell zum deutschen Staatsverband gehört. Wenn somit die Zählungsergebnisse von 1931 auch den Tatsachen nicht entsprechen, so werfen sie doch ein deutliches Licht auf den Stand, den die Slowenen möglichst rasch verwirklichen wollen.

Die Ergebnisse von 1928 kommen dem wirklichen Volksbestand viel näher. Danach ergibt sich im Vergleich mit 1910 eine Abnahme der Deutschen um rund 41 000, d. s. 56%. Ein großer Teil dieser erschreckend hohen Verlustzahl ist zu erklären durch die Ausweisung und Abwanderung unter den südslawischen Maßnahmen der Umsturzzeit und der Nachkriegsjahre. Zahlenmäßig ist die Abwanderung nur schwer zu erfassen. Aber z. B. allein in Marburg wurden während des Umsturzes in einem Jahr 14 000 Deutsche zur Auswanderung gezwungen. Außerdem benutzten viele die Möglichkeit, durch Option nach Deutsch-Österreich überzusiedeln. Noch heute ist die Abwanderungsbewegung nicht abgeschlossen.

Zugleich spielt aber die Zurückdrängung des deutschen Einflusses auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, in der Wirtschaft und im kulturellen Leben eine große Rolle und hat eine Entdeutschung in allen Stadien bis zum völligen Aufgehen im slowenischen Volkstum zur Folge.

Besonders deutlich zeigen das die politischen Rechte. Vor dem Kriege war die Untersteiermark als ein Teil der Steiermark deutsch verwaltetes Land mit deutschen Behörden, deutschen Richtern, deutschen Gemeinderäten und deutschen Beamten. In den Jahren des Umsturzes wurde das gesamte deutsche Beamtentum bei den staatlichen Behörden, der Post und der Bahn entlassen, meist sogar ausgewiesen. Die deutschen politischen Parteien und Verbände, das blühende deutsche Vereinswesen wurden aufgelöst. Das gesamte öffentliche Leben, bis zum Kriege deutsch bestimmt, ist heute slowenisch-südslawisch. Das alles bedeutet in der Untersteiermark mehr als in den anderen deutschen Siedlungsgruppen, die eine deutsche Oberschicht in diesem Maße nie besaßen. Die acht untersteirischen Städte hatten vor dem Kriege alle ein deutsches Gesicht und einen vorwiegend deutschen Bevölkerungsanteil, dem damals auch die deutsche Amtssprache entsprach; heute ist davon so gut wie nichts mehr erhalten.

In engem Zusammenhang damit steht die wirtschaftliche Schwächung des Deutschtums, dessen unbedingt führende Stellung vor dem Umsturz sich wesentlich auf seine gut funktionierenden Organisationen stützte. Die Not, in die man zahlreiche deutsche Kaufleute und Gewerbetreibende durch wirtschaftliche Druckmaßnahmen und systematischen Boykott brachte, wirkte sich auch völkisch aus: im Laufe der Jahre mußte so mancher deutsche Kaufmann abwandern oder er ging auf die slowenische Seite über, um weiter bestehen zu können. Die äußerliche Slowenisierung in Firmenschildern und Geschäftsaufschriften ist restlos durchgeführt. Auch der deutsche Grundbesitz hat durch Enteignung schon allein der Ausgewiesenen wesentlich abgenommen. Im Juli 1936 kam ein Gesetz heraus, wonach in der 50 km-Zone längs der Grenzen ohne Genehmigung des Innen- und Kriegsministeriums kein Ausländer Grund erwerben darf, und im September folgte eine Verordnung, nach der auch für südslawische Staatsangehörige die Genehmigung einer Kommission erforderlich ist. Damit wird nicht nur eine weitere deutsche Kolonisation unmöglich gemacht, die zur Stützung des städtischen Deutschtums erforderlich wäre, sondern auch Grundkäufe von Deutschen aus der Untersteiermark verhindert. In den Durchführungsbestimmungen heißt es, daß der Kauf abzulehnen sei, wenn der Käufer fremder, d. h. deutscher oder italienischer Nationalität sei und dadurch der Besitzstand der Slowenen gefährdet werde, der dem allgemeinen Staatsinteresse gleichzustellen sei. Als Beweis der Volkszugehörigkeit sollten die Zählbogen der Volkszählung von 1931 herangezogen werden, die doch angeblich nicht zu politischen Zwecken mißbraucht werden dürften.

Noch weiter ging man in der Slowenisierung des kulturellen Lebens, besonders des Schulwesens. Von dem in der Vorkriegszeit blühenden deutschen Schulwesen ist fast nichts mehr vorhanden. Schon im Umsturz wurden 47 Volksschulen mit 194 Klassen, 5 Bürgerschulen, 15 Fortbildungsschulen, 3 Gymnasien, 1 Realschule, 20 Kindergärten und 43 utraquistische Schulen slowenisiert. Heute sind 9 deutsche Parallelklassen in 6 Orten, an denen slowenische Lehrer unterrichten, der einzige Rest des deutschen Schulwesens. Überall versuchte man auch nach dem Schulgesetz von 1931, das sich in den anderen Siedlungsgebieten günstig auswirkte, das Zustandekommen von deutschen Schulabteilungen durch behördliche Schikane, Namensanalyse und andere Mittel zu verhindern.

Auch das deutsche Vereinswesen, vor dem Kriege Träger einer hochstehenden deutschen Kulturarbeit, ist heute völlig vernichtet. Die gesamte deutsche Presse ist verschwunden.

Die Slowenisierung der Kirche setzte schon im vorigen Jahrhundert ein und schon vor 1914 gab es in der ganzen Untersteiermark keinen deutschen Priester mehr. Klerikal war gleichbedeutend mit slowenisch-national und deutsch-feindlich, und die Priesterschaft hat an der Slowenisierungsarbeit einen ganz hervorragenden Anteil.

Zusammenfassend muß festgestellt werden, daß auf allen Lebensgebieten nicht nur die Vormachtstellung des Deutschtums gebrochen ist, sondern seine Äußerungen fast unmöglich gemacht sind und der slowenische Einfluß unbedingt vorherrscht. Die Slowenisierung des öffentlich-politischen Lebens, darüber hinaus der Wirtschaft und der Kultur, ist aber die Vorstufe zur Auffaugung der Einzelnen, die schließlich die rassische Vermischung zur Folge hat. Zwar kann ein starkes Bewußtsein für die eigene Art und die ihr gemäßen Lebensgesetze für einige Zeit ein Aufgehen verhindern, aber ein geschlossener Kampf um seinen völkischen Bestand ist dem Deutschtum unmöglich gemacht. Daß es auf die Dauer ohne eigene völkische Organisation den fremden Einflüssen erliegen muß, wird schon an dem Verlust seit dem Kriege und an dem heutigen Lebensbild dieser Siedlungsgruppe deutlich.

Diese ganze Entwicklung hat freilich nicht erst nach dem Kriege begonnen. Der entscheidende Ansatzpunkt liegt bereits im 19. Jahrhundert, im Erwachen eines slowenischen Volksbewußtseins, das rasch auch auf einen eigenen Staat hinzielte. Die geschichtliche Entwicklung der Slowenisierung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts erläutert vieles, was sonst nur als Willkürmaßnahme erscheint, kann aber in diesem Zusammenhang nicht näher ausgeführt werden. Lediglich die Leitlinien seien hier kurz zusammengefaßt. Aus der ursprünglichen völkisch-sozialen Gliederung des Landes hatte sich das Ziel der Slowenen ergeben, eine städtisch-slowenische Oberschicht zu schaffen. Sie diente zunächst dem Zweck, zu einer Gleichstellung der Slowenen mit den Deutschen dort zu kommen, wo die Slowenen ganz offensichtlich die Unterlegenen waren. Ein zweites Ziel war die Gewinnung der windischen Bauern und städtischen Unterschicht, um die Grundlagen einer breiten Volksmasse zu schaffen. Beide zusammen, gehoben durch die Eingliederung in die gesamtsüdslawischen Zusammenhänge, sollte auch in der Untersteiermark ein slowenisches Volksbewußtsein schaffen, wie es in den südlicheren Gebieten seit 1848 erwacht war. Der einzige Weg dazu und darüber hinaus zur Schaffung eines eigenen Staates war die Vernichtung des deutschen Einflusses, die schließlich seit dem Umsturz mit aller Gewalt fortgesetzt wurde.

Von ganz anderer Art ist die Slowenisierung in der Gottschee. In dieser geschlossenen kleinbäuerlichen Volksinsel kommen weniger staatliche Machtmittel zum Einsatz, als daß ein allmähliches Vordringen slowenischen Volkstums auf allen Lebensgebieten von unten her festzustellen ist.

Bezirke	1880	1910	1910	1921	1931
Gottschee	14 674	14 314	13 608	9 818	8 819
Rudolfswerth	3 993	3 325	2 977	2 308	2 348
Tschernembl	1 123	926	765	554	566

Die Statistik zeigt einen allgemeinen Rückgang der deutschen Bevölkerung schon seit 1880 durch die starke Abwanderung vor allem nach Nordamerika. Die Ertragfähigkeit des Gottscheer Bodens — das Karstgebiet läßt nur wenig Ackerbau zu — ist schon lange erschöpft und seit Jahrhunderten üben die Gottscheer als Privileg den Hausierhandel aus, um zusätzlichen Lebenserwerb zu haben. Er wurde in den letzten Jahren neu belebt dadurch, daß einige Hundert Gottscheer den Winter über ins Reich kommen und hier ihre Waren feilbieten. Viele Tausende sind nach Amerika ausgewandert, von wo aus sie noch heute Verbindung zur Heimat haben, häufig sind sie auch im Alter wieder zurückgekommen. Aber der deutsche Volksboden wurde durch die Auswanderung geschwächt und noch heute gibt es in den meisten Ortschaften des Gottscheer Landes leerstehende Häuser, ja man trifft sogar ganz verlassene Dorfplätze an. Vielfach ist hier der Slowene, der sich durch größere Genügsamkeit und Seßhaftigkeit auszeichnet, nachgerückt und hat von den Grenzen her allmählich den deutschen Volksboden durchsetzt. Dazu kam die Industrialisierung, die fremde Elemente vor allem in die Stadt Gottschee zog, sodaß bei der Zählung von 1931 bei 3000 Einwohnern nur noch ⅓ deutsch waren.

Der Sprung in der Zählung von 1910 und 1921, bestätigt noch 1931, ist aber durch den allgemeinen Bevölkerungsrückgang, insbesondere durch die Abwanderung allein nicht zu erklären. Hier hat vielmehr eine Slowenisierung stattgefunden, die nunmehr untersucht werden soll.

Es wurde schon erwähnt, daß der Slowene sich allmählich in deutsche Hausplätze eingekauft hat, und zwar zunächst nur in den Grenzgebieten. Daß aber mit jedem Hauskauf eines Fremden deutsches Volkseigentum verloren ging, dafür fehlte

den Gottscheern das Verständnis. War in früherer Zeit eine Eindeutschung einzelner Slowenen möglich — zahlreiche slowenische Namen der Gottscheer nicht nur in den Randgebieten zeugen von der Assimilationskraft dieser Volksinsel durch alle Jahrhunderte hin — so ist die in Auflösung begriffene Dorfgemeinschaft heute nicht mehr fähig, fremde Einbrüche zu überwinden. Völkische Mischehen führen zur Slowenisierung, die, unterstützt durch Mittel des Staates und der sozialen Ordnung, den rassischen Bestand des Gottscheer Deutschtums bedroht.

Dem Angriff auf den Boden folgte eine Durchsetzung des deutschen Handwerker- und Kaufmannsstandes. Ursprünglich haben diese Berufe, die eine gewisse geistige und organisatorische Überlegenheit voraussetzen, allein die Deutschen innegehabt. Diese Überlegenheit ist aber, soweit sie sich nur auf die verschiedenen Kulturstufen und nicht auf die rassische Zusammensetzung gründete, durch die Jahrhunderte gemeinsamer Geschichte im gleichen Raum aufgeholt. Außerdem kommt den Slowenen auch in diesem Punkt wieder die politische Lage zugute.

Auch die führende Schicht wurde angegriffen. Dem Charakter einer echten Volksinsel entsprechend, hatte sich in der Stadt Gottschee eine bodenständige Intelligenz entwickelt, die die Führerschaft im öffentlichen Leben stellte. Mit dem Umsturz trat hierin schlagartig ein Wechsel ein. Alle politischen Behörden, ja selbst Lehrer-, Pfarrer- und andere Stellen wurden mit Slowenen besetzt und die deutsche Intelligenz systematisch zurückgedrängt. Bis vor wenigen Jahren ist die Geistlichkeit ganz im Gegensatz zum übrigen Slowenien deutsch gewesen, Kirchensprache und Religionsunterricht waren deutsch. Aber seit Korosec 1934 Innenminster wurde, hat dieser Zustand aufgehört und auch in der Gottschee ist die Kirche zu einem Instrument der Slowenisierung ausgebaut. Nur noch neun deutsche Pfarrer sind im Amt und für einen deutschen Nachwuchs bestehen keinerlei Aussichten. — Älter noch ist der Eingriff in die deutsche Schule. Im letzten Jahr sind alle noch deutschen Lehrer bis auf acht in fremde Gebiete versetzt worden und Slowenen an ihre Stelle getreten. Deutsche Schulabteilungen werden verhindert besonders durch Anwendung der Namensanalyse, durch die Kinder mit slawisch klingenden Namen in die slowenische Abteilung gezwungen werden.

In den ehemals ungarischen Gebieten des Banats, der Batschka und der Baranja vollzog sich eine Entwicklung, die zwar durch das Jahr 1918 abgebrochen wurde, deren Auswirkungen aber noch heute festzustellen sind. Fortgesetzt wurde sie im Nachkriegsungarn, wo die Madjarisierung mit allen Mitteln betrieben wird und die gewaltsame Umvolkung durch ein in der Minderheit befindliches Staatsvolk geradezu beispielhaft ist. Es liegen eine ganze Reihe von Untersuchungen über die Madjarisierung im heutigen Ungarn vor, sodaß wir über diesen Vorgang hinreichend unterrichtet sind. In den südslawischen Gebieten kam er mit der Errichtung des neuen Staates zum Stillstand, und seine Auswirkungen sind nur noch bei der Vorkriegsgeneration festzustellen, die noch heute teilweise besser Ungarisch als Deutsch spricht und sich vielfach noch zur ungarischen Nation hingezogen fühlt.

In den Dörfern, besonders bei den Klein- und Mittelbauern machte sich dieser Einfluß übrigens weniger bemerkbar. Hier ist es infolge des geringen Anteils von Blutsmadjaren zur rassischen Vermischung überhaupt nicht gekommen, wenn auch die madjarische Beamtenschaft tonangebend war und dem ganzen Lande einen solchen Anstrich zu geben versuchte. Infolgedessen verflog der ganze madjarische Zauber auch mit dem Zusammenbruch Ungarns sehr schnell und vermochte kaum nachhaltige Wirkungen auf den Bestand der deutschen Siedlungsgruppe in Südslawien auszuüben.

Ganz anders aber der Vorgang, den wir nunmehr beim Deutschtum Slawoniens näher untersuchen wollen, die Kroatisierung. Schon ein Vergleich der Zählungen von 1910 und 1931 zeigt einen absoluten Rückgang, wie wir ihn in den anderen Gebieten ebenfalls feststellen konnten.

	Zahl der Deutschen
1910	72 327
1931	67 401

Da diese Zahl aber noch wenig aufschlußreich ist, sind die deutschen Ortschaften nach dem Hundertsatz der Deutschen in bestimmten Gruppen zusammengefaßt und mit dem Stand von 1910 verglichen.

Hundertsatz der Deutschen	Zahl der Ortschaften	Zahl der Deutschen 1931	Hundertsatz am Gesamtdeutscht.	Zahl der Deutschen 1910	Bewegung in % 1910—31
80—100	20	11 906	18	10 677	+ 11,5
60—80	11	3 411	5	2 732	+ 25,6
40—60	21	10 006	15	8 722	+ 14,7
20—40	30	27 055	40	25 423	+ 6,4
10—20	41	6 461	9	6 178	+ 4,6
0—10		8 562	13	18 595	— 53,9

Es zeigt sich, daß die Orte mit deutscher Mehrheit entsprechend dem natürlichen Wachstum stark zugenommen haben. Selbst nach Abzug der Neugründungen bleibt bei der Gruppe 80—100% eine Zunahme von 9,6%, bei der Gruppe 60—80% eine solche von 16,9%. In ihnen scheint also im allgemeinen kein Volksverlust durch Kroatisierung vorzuliegen. Anders die übrigen, wo der deutsche Anteil in der Minderheit ist. Von ihnen zeigen die Orte mit einem nennenswerten deutschen Anteil (10—40%) noch eine schwache absolute Zunahme, während der große Rest der Deutschen, die in der Zerstreuung leben, in Orten unter 10% der Gesamtbevölkerung, in so starkem Maße verloren gegangen ist, daß dadurch nicht nur die Zunahme der Gesamtzahl aufgehoben, sondern sogar in eine Abnahme umgewandelt wird. Schon diese rohe Zusammenstellung ergibt im Laufe der zwanzig Jahre bei den Orten unter 10% deutschem Bevölkerungsanteil einen Verlust von etwa 10 000, eine Zahl, die man nach eingehenderer Untersuchung noch vervielfachen kann. Auch die Orte von 10—40% haben große Verluste, denn ihr Wachstum entspricht durchaus nicht der natürlichen Bevölkerungsbewegung. Eine Abwanderung hat im allgemeinen nicht stattgefunden. Wenn man bedenkt, daß der Volkstumsverlust nicht erst in der Nachkriegszeit begann, sondern schon in früheren Jahrzehnten sich abspielte, vermag man zu ermessen, wieviel deutsches Blut hier schon verloren gegangen ist. Soviel sagt uns schon die bloße Gegenüberstellung der statistischen Ergebnisse der Volkszählungen. Freilich mag dagegen eingewendet werden, daß die amtlichen Zählmethoden nicht einwandfrei seien. Tatsächlich liegen auch einige kleinere Unstimmigkeiten vor. Im allgemeinen kann aber für Slawonien entgegen den Erfahrungen der anderen Gebiete gesagt werden, daß das muttersprachliche Bekenntnis bei der Volkszählung den Stand recht gut wiedergibt. Diese Zahlenangaben allein lassen aber noch keine eindeutigen Rückschlüsse zu. Sie gaben die Grundlage ab für weitere Untersuchungen an Ort und Stelle, die ich im vergangenen Sommer durchführte. In Ergänzung der statistischen Angaben wurde die Zahl der deutschen Familiennamen und derjenigen Familien festgestellt, in denen die Hausprache noch Deutsch ist. Im günstigsten Fall stimmen alle drei Zahlen überein.

Das ist für die rein deutschen Ortschaften zutreffend, wo auch bisher kaum ernsthafte Kroatisierungserscheinungen vorliegen. Anders in den gemischten Ortschaften, von denen einige besonders auffällige Beispiele herausgegriffen seien.

	Gesamteinwohner 1931	Deutsche Familiennamen	Personenzahl der Deutschen 1910	1931	Deutschsprechende Familien
Suhopolje	1584	105	289	232	53
Zabuna	1229	83	157	231	17
Nowaki	800	47	242	147	25
Wirowitiza	6975	228	426	291	24
Petrijewzi	2320	110	197	158	1
Djurdjenowaz	1879	114	166	194	0

Diese Aufzählung, die sich noch beliebig fortführen ließe, zeigt, daß die Verlustzahlen, die schon bei der allgemeinen Statistik errechnet wurden, keineswegs zu hoch gegriffen sind, sondern im Gegenteil noch erhöht werden müssen, sodaß wir mit nahezu doppelt so viel Deutschstämmigen rechnen können, als sie die Statistik angibt, anders ausgedrückt, daß wir in Slawonien trotz der jungen Besiedlung schon fast die Hälfte unseres Blutes eingebüßt haben, einen nennenswerten Hundertsatz (schon wieder seit der Zählung von 1931), wenn man die Hausprache als entscheidendes Merkmal anerkennen will.

Diese Tatsachen erhellen uns ausreichend das Ausmaß und die Gefahren der Kroatisierung und damit die Wichtigkeit eines Versuchs, sie im einzelnen kennenzulernen. Bereits in der zweiten Tabelle konnten wir deutliche Unterschiede zwischen dem Grad des deutschen Bevölkerungsanteils feststellen. Die beiden Hauptgruppen, rein deutsche Dörfer (80—100%) mit 11 906 und die starken Minderheitssiedlungen (20—40%) mit 27 055 Deutschen entsprechen den Ansiedlungsverhältnissen: einerseits Neugründungen, andererseits Einsiedlungen. Beide Siedlungstypen sind von vornherein auseinander zu halten, da das völkische Leben sich inmitten fremdvölkischer Dorfgenossen anders abspielen muß, als in einem rein deutschen Dorf, das als deutsche Einheit sich von der Umgebung abhebt.

Da die Einsiedlungen mehr als zwei Drittel des slawonischen Deutschtums erfassen und bei ihnen die Kroatisierung am stärksten ist, fast als unumgänglich erscheint, sollen sie zuerst näher betrachtet werden. Wenn es bei den rein deutschen Ortschaften möglich sein wird, gewisse Faktoren, die eine Umvolkung herbeiführen, herauszugreifen und gesondert zu behandeln, so ist es bei den Einsiedlungen nötig, das Gesamtbild des Dorfes zu betrachten, weil hier weniger Einzelheiten wie politische Parteien, Schulwesen, Kirche usw. wirksam sind, sondern vor allem das Zusammenleben mit fremdvölkischen Dorfgenossen von ausschlaggebender Bedeutung ist. Wichtig vor allem ist, daß die Ansiedlung völlig planlos und privat, in kleinen Gruppen oder einzelnen Familien, manchmal sogar durch Einzelstehende und nicht auf einmal, sondern in einer längeren Zeitspanne sich abspielte. Durch vorwiegenden Einkauf in kroatische Hausplätze kam es nur selten zur Entwicklung einer deutschen Gasse. Wo eine solche vorhanden war, ist sie in den letzten Jahrzehnten in Auflösung begriffen. Auf diese Weise wird zunächst die Gassensprache kroatisch. Männer und Kinder lernen sehr bald die kroatische Umgangssprache, unter sich sprechen sie noch Deutsch und nur mit Fremden Kroatisch; überwiegt aber deren Zahl, so tritt das Deutsche immer mehr zurück, besonders wenn sich der Einfluß der kroatischen Schule hinzugesellt. Die Hausprache bleibt zunächst weiterhin Deutsch. Diese Trennung in Haus- und Gassensprache kann sehr lange beibehalten werden,

durch Generationen hindurch. Allmählich beginnen aber die übrigen volklichen Unterschiede sich zu verwischen. Infolge der Isolierung geht das deutsche Volksgut verloren: Handarbeiten mit deutschen Sprüchen werden durch kroatische Muster allmählich ersetzt, die Stadt, wo an den Markttagen eingekauft wird, liefert überhaupt keine deutschen Waren, wodurch auch die Tracht betroffen wird. Wenn nun keine sonstigen Gegensätze konfessioneller, sozialer oder anderer Art bestehen, erfolgt besonders von den Kindern aus der Einbruch in die Hausprache. Häufig klagen die Eltern dann, daß sie immer nur kroatische Antworten von den Kindern bekommen. Das geht sogar so weit, daß sich manchmal Großeltern und Enkel kaum noch verständigen können, besonders wenn sie nicht in einem Hause wohnen. Schließlich entsteht bei den Kindern eine Scheu vor der deutschen Sprache, weil sie hierin nicht so sicher sind, wie im Kroatischen, das sie als Schriftsprache lernen. Auch in rein deutschen Ortschaften bekommt man immer wieder zu hören, daß das Kroatische doch fließender geht als das Deutsche, und wenn etwas recht schnell oder genau gesagt werden soll, kommt es Kroatisch heraus. Hand in Hand mit dem sprachlichen Verlust geht häufig die rassische Vermischung, wobei es im einzelnen verschieden ist, ob die Mischehe erst die Vernichtung der deutschen Hausprache bringt, was wohl der häufigste Fall ist, oder aber der Verlust der deutschen Hausprache als letztes völkisches Ausdrucksmittel auch das Bewußtsein der rassischen Verschiedenheiten vernichtet.

Diese Entwicklungsreihe ist keineswegs starr, die Kroatisierung kann in jeder Stufe beginnen oder aufhören. Beschleunigt wird sie durch die politische Agitation der kroatischen Bauernbewegung, auf die später bei Betrachtung der rein deutschen Dörfer noch eingegangen werden soll. Die Empfänglichkeit für die Umvolkung ist verschieden, teils nach der stammlichen Zugehörigkeit, mehr noch nach dem Charakter der Mutterstedlung. In vielen Fällen hat dort bereits eine Zersetzung begonnen, die sich erst hier ausgewirkt hat. Eine große Rolle spielt die soziale Struktur: die unabhängigen und bodenverbundenen Bauern halten sich am längsten, bei Handwerkern, Taglöhnern und Arbeitern macht sich die wirtschaftliche Abhängigkeit, die größere Freizügigkeit bemerkbar; Intellektuelle gehen in allen Fällen verloren.

Ganz anders hat sich das Deutschtum in den rein deutschen Ortschaften, besonders in den Neugründungen der josephinischen und jüngeren Zeit entwickeln und sich bis heute ohne rassische Vermischung gesund erhalten können. Die Statistik zeigt entsprechend dem natürlichen Wachstum überall ein stetiges Anwachsen und läßt keinerlei Rückschlüsse auf Kroatisierungserscheinungen zu. Wohl aber gibt es auch hier gewisse Vorgänge, die auf eine Umvolkung hinzielen, die wir zwar auch in den Einsiedlungen feststellen können, wo sie aber nur schwer infolge der räumlichen und rassischen Durchmischung in ihrer Wirkung zu isolieren sind. Vor allem wollen wir hier die politische Kroatisierung, die Bedeutung der Konfessionen und der Schulen kennenlernen.

Mit dem Ausdruck „politische Kroatisierung" bezeichnen wir die Auswirkung politischer Parteien, insbesondere der Kroatischen Bauernbewegung. Diese Partei, von Stjepan Radić begründet, hat es unter Führung von Dr. Maček verstanden, vor allem in Kroatien und Slawonien weiteste Kreise der Unzufriedenen zu erfassen, nicht durch ein Programm, sondern auf Grund ihres Kroatentums. Die Hoffnung auf Besserung der sozialen Zustände und die Furcht, daß bei einer Umgruppierung die Kroaten freie Hand bekommen könnten, was oft genug als Drohung ausgesprochen worden ist, trieb auch viele Deutsche in ihre Reihen, wo sie zum Teil Wortführer geworden sind. Gelockt wurden sie dabei durch Vergleiche mit der Bewegung im Reich, indem Maček mit dem Führer verglichen und angebliche Beziehungen

zwischen beiden Männern konstruiert wurden, die jedoch völlig aus der Luft gegriffen sind. Weiterhin arbeitete man mit dem Argument, sie seien ja auch „Kroaten", denn „sie sind in Kroatien geboren", „essen kroatisches Brot", u. a. m. Das einzige, was sie von den „echten" Kroaten unterscheide, sei die deutsche Sprache, weshalb sie sich bemühen sollten, recht bald so gut Kroatisch zu lernen, daß sie das Deutsche aufgeben könnten, um auf diese Weise noch gute Kroaten zu werden. Der Name würde keine Rolle spielen, gäbe es doch unter den führenden Kroaten genug, die deutscher Herkunft sind und auch ihren deutschen Namen als Kroaten tragen könnten.

Durch diese politische Agitation entstand eine zahlenmäßig starke Gruppe Deutscher, die nichts wissen wollen von deutschen völkischen Organisationen, die deutsche Schulen ablehnen und auf Befragen stets antworten, sie seien Kroaten, obwohl sie bei der Volkszählung noch Deutsch als Muttersprache angaben, zu Hause auch nur Deutsch sprechen, das Kroatische oft nur mangelhaft beherrschen, die begrifflich aber nicht imstande sind, parteipolitische Gesinnung und volkliche Zugehörigkeit zu trennen. Praktisch halten sie aber die Unterschiede zunächst noch aufrecht, indem sie die kroatische Hausprache und Mischehen ablehnen. Diese Gruppe wird von den organisierten Deutschen, die für sich das Recht in Anspruch nehmen, allein „Deutsche" zu sein, in eine noch stärkere Opposition gedrängt und vielfach zum Kroatentum gezwungen. So vollzieht sich in den meisten Ortschaften eine scharfe Spaltung, die oft jegliche Beziehungen auch unter Verwandten zerreißt. Man kann nicht behaupten, daß diese Gruppe rettungslos kroatisiert sei, ein Mißerfolg der kroatischen Politik würde sie sofort umstimmen, aber auf die Dauer könnte sich aus dieser politischen Kroatisierung durchaus eine völkische und rassische entwickeln. Teilweise ist es den Kulturorganisationen schon gelungen, eine Schwenkung herbeizuführen. Es zeigt sich nämlich, daß deutsche Bauern, deren Volksbewußtsein wieder geweckt wird, ohne weiteres einsehen, daß sie nicht Schrittmacher einer kroatischen Bewegung sein können, die letzten Endes durch ihren besonders gearteten Volksbegriff eine Vernichtung des Deutschtums herbeiführen würde.

Auf dem Gebiet des Schulwesens begann die Vernichtung des deutschen Einflusses bereits nach dem Schulgesetz von 1888. Schon bis zum Kriege waren nahezu alle deutschen Schulen aufgelöst, sodaß der Umsturz keine Verschlechterung mehr bringen konnte. Tatsächlich sind die südslawischen Schulgesetze seit 1930 verhältnismäßig günstig, indem bei 30, in besonderen Fällen auch bei 25 Kindern, eine deutsche Schulabteilung auf Antrag zu bewilligen ist. In der Praxis scheitern aber häufig solche Abteilungen. Teilweise schon an der Raumfrage, denn die serbokroatische hat immer den Vorrang, auch wenn nur die Kinder der Beamten und Knechte dafür in Frage kommen, und die deutschen Bauern können nicht die Kosten für eine zweite Schule aufbringen, nachdem sie schon die erste aus eigenen Mitteln aufgebaut haben. In anderen Fällen sind die deutschen Dörfer zu klein, als daß sie sich eine eigene Schule halten könnten und die Kinder müssen die serbokroatische im Nachbarort besuchen. Wenn nun wirklich eine deutsche Schulabteilung vorhanden ist, so ist damit noch nicht gesagt, daß sie ein Mittel zur völkischen Erziehung darstellt. Der Lehrermangel ist in Slawonien besonders groß, denn die wenigen Junglehrer, die in der Privaten Deutschen Lehrerbildungsanstalt Neu-Werbaß bisher ausgebildet wurden, gehen lieber in die großen Batschkadörfer, wo sie auch einen größeren Wirkungskreis haben. Auf der anderen Seite drängen sich Serben und Kroaten danach, in einem deutschen Dorf Lehrer zu sein, weil sie hier viel günstigere Arbeitsbedingungen antreffen. Dabei kommt es dann vor, daß die Kinder besser Deutsch können als ihr Lehrer. Wie weit noch die Zweisprachigkeit nachteilig wirkt insofern, als keines

richtig gelernt wird, soll hier nicht untersucht werden. Es ist aber kein Zweifel, daß die deutsche Schriftsprache, selbst wenn sie nur unvollkommen gelernt wird, dem Kind ein ganz anderes Verständnis für das Deutsche vermittelt, als wenn es die Mundart nur immer hört und spricht.

Wenn ich nunmehr auf den Einfluß der Kirchen eingehe, muß ich betonen, daß ich hier nicht untersuchen kann, wieweit die Konfessionen grundsätzlich an der Erhaltung des Volkstums mitzuwirken haben und welche Bedeutung ihnen dabei zukommt. Aber die Sachlage ist in Slawonien so eindeutig, daß sie kurz geschildert werden muß. Die katholische Geistlichkeit ist restlos kroatisch-national eingestellt und von jeher die Vorkämpferin einer kroatischen Nationalidee. Von der Kanzel herunter hört man die Pfarrer, die vielfach sogar deutsche Namen tragen, von Marii als der Mutter der Kroaten und Christus als dem König der Kroaten selbst vor deutschen Gemeinden predigen. Zu dieser fanatisch kroatischen Haltung kommt neuerdings die allgemein katholische Einstellung zum Dritten Reich, die sich auf die einheimische deutsche Bewegung auswirkt. Dem gegenüber kommt der protestantischen Kirche durch die deutsche Kirchensprache eine gewisse volkstumserhaltende Bedeutung zu, wenn sie es auch nicht verhindern konnte, daß zahllose Protestanten ebenso kroatisiert wurden, wie die Katholiken, da die Pfarrer zumeist in erster Linie Protestanten und dann erst Deutsche waren bzw. noch sind.

Zusammenfassend müssen wir feststellen, daß sich auch in den rein deutschen Ortschaften in verschiedenem Ausmaß Erscheinungen bemerkbar machen, die zu einer Umvolkung hinführen können, teilweise auch schon recht bedenkliche Folgen gezeigt haben. Sie konnten eintreten, weil den fremden Einflüssen, gegen die der Einzelne machtlos ist, nichts entgegengestellt werden konnte, müssen aber in dem Maß wieder weichen, wie das deutsche Volksbewußtsein auch in Slawonien sich entwickelt. Daß ein solches sich immer mehr durchsetzt, zeigen die zahlreichen Ortsgruppengründungen in den letzten Jahren und die Erfolge der deutschen kulturellen Organisationen.

Damit kommen wir zum Schluß unserer Betrachtungen. Wenn die Verhältnisse in Slawonien besonders ausführlich behandelt wurden, eingehender als es der zahlenmäßigen Bedeutung dieser Volksinsel im Rahmen des südslawischen Deutschtums oder des Donauschwabentums entspricht, so deswegen, weil darüber bisher kaum Untersuchungen vorlagen und mehr als in den anderen Gebieten für diese Arbeit Quellen herangezogen wurden, die sonst nicht zugänglich sind und eine Durchwanderung zahllose Eindrücke vermittelte. Demgegenüber war bei den anderen Gebieten viel mehr Literaturarbeit notig und die Angaben sind zumeist schon veröffentlicht.

Zusammenfassend ergibt sich, daß in allen Siedlungsgebieten in politischer, wirtschaftlicher, kultureller und rassischer Hinsicht das Deutschtum einem dauernden Kampf ausgesetzt ist, den es dann bestehen wird, wenn es den begonnenen Weg zur deutschen Volksgemeinschaft in Südslawien entschlossen und geeint fortsetzt.

Die 400 Jahrfeier der Universität Straßburg und ihre Studenten

Von Dr. Karl Pöschel, Deutsches Ausland-Institut.

Eine Wand von Stein und Stahl trennt heute Frankreich vom mitteleuropäischen Raum. Es ist eine Wand, die, wie der Schriftleiter einer elsässischen Zeitung sagte, einen feierlichen Verzicht auf das übrige Europa bedeutet und einer deutsch-französischen Verständigung ein sichtbares Halt entgegenstellt. Nicht nur das, dem elsässisch-lothringischen Grenzland, das von der Natur zum Ausgleich zwischen den beiden großen europäischen Völkern bestimmt ist, droht die geistige und wirtschaftliche Verkümmerung im Schatten der Festungsmauern. Und doch ist es so, daß nur eine deutsch-französische Verständigung dem Lande Elsaß-Lothringen eine gesicherte Zukunft im Frieden ermöglicht. Seit Jahr und Tag bemüht sich die Jugend Deutschlands und Frankreichs, insbesondere die Studenten, um ein Verstehen beider Völker, das dem Frieden Europas einen ungeheuren Dienst leisten und einer neuen europäischen Gemeinschaft die Wege ebnen würde. Ist diesem Bestreben auch heute noch ein sichtbarer Erfolg versagt geblieben, so wollen wir doch nicht müde werden, um die Verständigung zu ringen. Auch die nachstehenden Ausführungen sollen auf wissenschaftlichem Gebiete offen und ehrlich den Willen zur Verständigung betonen. Den glücklichen Anlaß dazu bietet die 400-Jahrfeier der Gründung der Universität Straßburg, die als „Hohe Schule" im Jahre 1538, geboren aus den stürmischen Bewegungen des Humanismus und der Reformation, errichtet wurde. Zwei Männern, dem berühmten Staatsmann und Stettmeister Straßburgs, Jakob Sturm von Sturmeck, und dem Reformator Martin Bucer aus Schlettstadt ist die Gründung zu verdanken. Oftmals ist Straßburg ein Mittelpunkt reger geistiger Ausstrahlung gewesen. So dringt auch der Ruf dieser „Schule" weit in die Lande und unter der Leitung des Rektors Johann Sturm aus Schleiden in der Eifel sammelt sich eine zahlreiche Jugend aus ganz Europa in den Hörsälen, in denen 1538—1541 auch der Reformator Calvin seine theologischen Vorlesungen gehalten hatte. In dieser bedeutsamen Zeit seit der Gründung sind wir über die Professoren der „Hohen Schule" genau unterrichtet, weniger ist das der Fall bei den Schülern. Und doch könnte man gerade aus Herkunft und Stand der Studierenden für die Bedeutung Straßburgs und des Elsaß im Geistesleben der Nation wertvolle Rückschlüsse ziehen. Uns sind nur ungefähre Besucherzahlen bekannt. Im Jahre 1542 waren es z. B. 500, durchschnittlich 200 Besucher. Im Jahre 1578 spricht man von mehreren Tausend, doch ist diese Angabe mit Vorsicht aufzunehmen.

Inzwischen hatte der eifrige Rektor auf dem Reichstage zu Augsburg 1566 durch Kaiser Maximilian II. die Umwandlung der „Hohen Schule" in eine Akademie erreicht, das heißt einer philosophischen Fakultät mit dem Rechte, Baccalaureate und Magister der Philosophie und freien Künste zu ernennen. Johann Sturm hatte von Anfang an den Wunsch nach einer vollkommenen Universität mit vier Fakultäten gehabt. Erst lange nach seinem Tode wurde dieses Ziel durch die Abgesandten Straßburgs in Verhandlungen mit Kaiser Ferdinand II. in Aschaffenburg am 5. Februar 1621 erreicht. Seit dieser Zeit bestehen allgemeine und besondere Matrikeln für die einzelnen Fakultäten, so daß man bis zur französischen

Revolution über die örtliche und soziale Herkunft der Straßburger Studenten vortrefflich unterrichtet ist.*)

Das studentische Leben in Straßburg im 16. bis 18. Jahrhundert unterschied sich kaum von dem anderer deutscher Universitäten. Unter der Zahl der Studierenden waren auffallend viele vom Adel, die sich durch ihre Hofmeister und Lehrer begleiten ließen und zahlreiche Diener mitbrachten, die häufig alle miteinander in die Matrikel eingetragen wurden. Einen guten Einblick in die studentischen Sitten der Zeit gewähren die verschiedenen Verfügungen, die der Magistrat, der die Gerichtsbarkeit über die Universität handhabte, erließ. Die Straßburger Schule war bekannt für ihre gute Disziplin und Zucht. Das mag damit zusammenhängen, daß der Magistrat weniger Rücksichten zu nehmen brauchte, als eine akademische Körperschaft. Doch hören wir auch hier von studentischen Auswüchsen, die anderwärts ebenso an den Hohen Schulen im Schwange waren. Verschiedene Verfügungen kämpften gegen die Unsitte der „Deposition" und den „Pennalismus". Der Brauch, dem Schützen, der zum „Studenten progredirt" zu Gemüte zu führen, daß mit diesem äußeren Vorrücken auch eine innere Wandlung verbunden sein müsse, ist auch an der Straßburger Hochschule gehandhabt worden. Doch bildeten sich mit der Zeit aus den studentischen Bräuchen, die neben der amtlichen Deposition einherliefen, eine Reihe von Mißbräuchen aus. Der „Ritus depositionis Argentorati" 1556 verzeichnet, daß den Opfern auf freiem Platze das Haar durcheinander gebracht wurde, es wurde an ihnen gehackt, gehobelt, gebohrt, ein künstlich eingesetzter Zahn ausgeschlagen, ihnen der Sitz unter dem Hintern weggezogen, alles um darzutun, daß der alte Mensch vernichtet werden müsse. Das Pennalwesen war ein ungeschriebenes, aber streng durchgeführtes, rohes „Fuchsenwesen". In einem Edikt vom Jahre 1580 wurde verboten, „daß die Studiosi mit ungebührlicher Kleidung und Gewähren daherziehen". Keinem Studenten sollte „über einen halben Gulden geborgt" werden. Die Verfügung scheint nicht gewirkt zu haben, denn sie wird, ebenso wie das Duellverbot, ständig erneuert. Der 30jährige Krieg, der die Stadt weniger behelligte, trug dennoch nicht zu einer Besserung im studentischen Leben bei.

Als 1681 Straßburg französisch wurde, änderte sich in der Arbeitsweise der Universität nichts. Sie blieb deutsch und erlebte im 18. Jahrhundert einen kräftigen Aufschwung. Männer wie Johann Daniel Schöpflin, der badische Historiker, und der Staatsrechtslehrer Christoph Wilhelm Koch verliehen der Straßburger Hochschule im 18. Jahrhundert ihren Glanz. Goethe, der Student, der in Straßburg „an der Grenze von Frankreich allen französischen Wesens auf einmal bar und ledig" wurde, hat in „Dichtung und Wahrheit" dem großen Geschichtslehrer Schöpflin ein Denkmal gesetzt. Auch in diesem Jahrhundert kamen die Studenten aus allen Ländern, durch die Berühmtheit der Lehrer veranlaßt, herbeigeeilt. Auch diesmal stellte der deutsche und nordische Adel das Hauptkontingent der Besucher. Doch schickte auch der Bürgerstand seine Söhne gerne zum Studium in die alte deutsche Reichsstadt.

Die Revolution durchschnitt der Straßburger Universität den Lebensnerv. Das was sie seit 1681 war und für die Zukunft sein sollte: „Eine deutsche Universität, liegend an der Grenze Frankreichs, bestimmt durch ihre Lage zu einem Sammelpunkte wissenschaftlicher Schätze der beiden erleuchteten Nationen", ist nunmehr vernichtet. Die Revolutionsmänner stellten fest, daß „die Straßburger Universität

*) Vgl. A. Schulze, Die örtliche und soziale Herkunft der Straßburger Studenten 1621 bis 1793. Frankfurt a. M. 1936. 143 S. (Schriften des Wiss. Instituts der Elsaß-Lothringer i. R. a. d. Univ. Frankfurt).

den französischen Universitäten immer fremd gewesen sei". Die Professoren standen unter dem Verdacht „de vouloir tout germaniser", zum großen Teil wurden sie ins Gefängnis geworfen oder flohen über die Grenze. Die Studenten verliefen sich. Damit war die „Hydra des Deutschtums" gründlichst beseitigt.

Als Erbin der alten Universität wurde 1803 die protestantische Akademie gegründet, die 1808 den Namen „Séminaire protestant" erhielt. Zugleich erstand in Straßburg auch wieder eine Akademie, deren Aufbau bis Ende 1818 durchgeführt war. Den Vergleich mit der alten deutschen Universität hält diese Akademie nicht aus, wenn auch manche berühmte Lehrer an ihr wirkten. Wir erinnern nur an den Chemiker Louis Pasteur, dessen Denkmal heute die Eingangsfront zum Hauptgebäude der Universität ziert. Schon in den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts machte sich unter den elsässischen Studenten dieser Akademie ein Zusammenschluß in Verbindungen nach dem Vorbild deutscher studentischer Bünde bemerkbar. Sie trugen innerhalb der vier Wände ihrer Kneipe Farben und jemehr im Elsaß französische Sprache und Sitte alles zu überfluten drohte, destomehr zogen sie über den Rhein, um in Deutschland in Band und Mütze die deutschen Studentenlieder zu singen und dem alten deutschen Studentenideal nachzuleben. Deutsche Studenten besuchten ihrerseits sehr rege die Straßburger auf ihren Stiftungsfesten.

Die Rückerwerbung des Landes im Jahre 1870 ließ die alte deutsche Universität wieder in ihrer früheren Bedeutung erstehen. Sie war unstreitig in wissenschaftlicher Beziehung eine der ersten Deutschlands und hat zu der erstaunlichen Entwicklung, die das Reichsland auf allen Gebieten nahm, wesentlich beigetragen. Zwar fanden die Elsässer und Lothringer nicht gleich den Zugang zu der neuen Hochschule, und es bedurfte erst der Eingewöhnung in die neuen politischen Verhältnisse, um die Hörsäle auch mit den elsässischen und lothringischen Studenten zu füllen. Bei der Eröffnung zählte die Universität 390 Studenten, davon waren 114 aus Elsaß-Lothringen. Im Jahre 1897 war aber die Zahl schon auf über 1200 gestiegen und erreichte im Winter 1911 mit 2518 Hörern den Höchststand. Davon waren mehr als die Hälfte Elsaß-Lothringer. Für die wissenschaftliche Ausbildung waren an der Straßburger Hochschule alle Voraussetzungen gegeben. Fast alle Fakultäten wiesen eine Reihe von Gelehrten auf, deren Ruhm weit über die deutschen Grenzen drang. Für das Hineinwachsen der elsässisch-lothringischen Studenten in die akademische Gemeinschaft bietet auch ihre Stellung zum Verbindungsleben einen guten Maßstab. In den beiden schon vor 1870 bestehenden Verbindungen Argentina und Wilhelmitana behielt das bodenständige Elsässertum auch nach 1870 die Führung. In den anderen Verbindungen, besonders in den schlagenden, fanden Elsässer und Lothringer schwerer Eingang. Von den vier Corps, Rhenania, Palatia, Suevia und Palaio-Alsatia bestand nur das letztere in der Mehrzahl aus Elsässern. Von den Turnerschaften hatte einzig die Alsatia einen stärkeren Mitgliederbestand. Auch sie zählte Elsässer in ihren Reihen. Die deutschen Landsmannschaften konnten nicht recht Wurzel fassen, die Teutonia auf der Schanz sowohl wie die Bavaria hatten einen schwachen Mitgliederbestand. Zahlreiche Elsässer schlossen sich in dem stark katholischen Lande den katholischen Verbindungen an, die durch die im Jahre 1903 erfolgte Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät starken Zuzug aus dem Reich bekamen. Unter den schlagenden Verbindungen waren die Burschenschaften (Germania, Alemannia und Arminia) in Straßburg fast durchweg der stärkste Verband. Zu erwähnen sind noch die sogenannten schwarzen Verbindungen, die gegenüber den farbentragenden nicht so recht zur Geltung kamen, so der Studentengesangverein Arion, der Verein Deutscher Studenten u. a. Von den französischen Vereinigungen sei der Cercle des Etudiants erwähnt, der trotz seiner oft unbotmäßigen Haltung

Deutschland gegenüber von den deutschen Behörden geduldet wurde. Bis zur Wende im Jahre 1914 befanden sich die Straßburger Verbindungen in erfreulicher Aufwärtsentwicklung. Immer mehr schlossen sich die Elsässer und Lothringer den Verbindungen an und die Vorurteile gegenüber den Korporationen schwanden mehr und mehr. Der Krieg riß tiefe Lücken in den Bestand der Verbindungen und Elsässer und Lothringer Studenten bluteten zusammen mit ihren Kameraden aus dem übrigen Deutschland auf den verschiedenen Schlachtfeldern. Der Ausgang des Krieges hat alles zerschlagen, was in jahrzehntelanger Arbeit aufgebaut worden war. Mit dem Einzug der französischen Armee am 22. November 1918 hatte für die Universität sowohl wie für die Studentenschaft die Entscheidungsstunde geschlagen. Eine Verfügung vom 25. November 1918 verbot alle deutschen studentischen Verbindungen. Der deutsche Lehrkörper wurde durch die unverständlichen Maßnahmen der französischen Regierung vertrieben. Die Straßburger Verbindungen fanden in Frankfurt, Köln, Freiburg, Tübingen, Hamburg, München und andern Universitäten neue Heimstätten, bis sie im großen Strom völkischen Erwachens sich eingliederten. Heute ist die Universität Straßburg französisch. Durch den Weggang der Korporationen ist das studentische Leben sehr zurückgegangen und die noch vorhandenen Verbindungen sind durch die Maßnahmen der Franzosen im innersten Kern getroffen und nicht mehr fähig, eine Brücke zwischen deutschem und französischem Studententum zu schlagen. Der Kampf, der im Lande gegen die deutsche Sprache und die deutsche Kultur geführt wird und das hermetische Abschließen vom alten Mutterland beraubt die Universität ihrer natürlichen vierhundertjährigen Grundlagen. Wir wünschen nichts sehnlicher, als daß sie wiederum Brücke zum Reich sein könnte, als „eine deutsche Universität, liegend an der Grenze Frankreichs, bestimmt durch ihre Lage zu einem Sammelpunkte wissenschaftlicher Schätze der beiden erleuchteten Nationen.“*) Dazu möge das Gedenken an die vierhundertjährige Geschichte der Universität helfen.

*) J. Haffner, De l'éducation littéraire. Strasbourg 1792.

Bücher und Zeitschriften zu den vorstehenden Aufsätzen

Eine Übersicht von R. Wilkening, Beauftragter des Reichsstudentenführers beim Deutschen Ausland-Institut.

Es erscheint wichtig, hier einen kurzen Hinweis auf Zeitschriften und Bücher zu geben, aus denen über den Rahmen der hier notwendig zusammengefaßten Aufsätze hinaus weitere Anregungen geholt werden können. Auch diese Ausführungen müssen in diesem Rahmen unvollkommen bleiben. Über die Literatur und ihre Neuerscheinungen gibt die von der Bücherei des Auslandsdeutschtums im Deutschen Ausland-Institut herausgegebene Bibliographie des Deutschtums im Ausland (siehe besondere Anzeige) regelmäßig Nachricht und Besprechung. Dieser Hinweis soll dazu dienen, die volkswissenschaftlichen Handbüchereien der Studentenführungen und Kameradschaften mit den notwendigsten Büchern zu versehen und durch das Lesen der einschlägigen Zeitschriften jederzeit einen Überblick gewinnen zu können. Im übrigen stehen die Einrichtungen des Deutschen Ausland-Instituts jederzeit zu weiteren Auskünften zur Verfügung. Die gegebene Auswahl bedeutet natürlich keine Kritik in irgendeiner Richtung. Nähere Angaben über Erscheinungsort und -Jahr werden nicht gemacht. Die studentische Außenarbeit erfordert vor allem in ihrem wissenschaftlichen Bereich ein eingehendes Quellenstudium. Für die Einführung in ein bestimmtes Gebiet ist aber auch die schöne Literatur von Wichtigkeit. Die geplanten Handbüche-

reien können deshalb nicht an ein bestimmtes Schema gebunden werden. Notwendig ist vor allem die Ausschaltung der wertlosen und der unzuverlässigen Literatur. Einige der angeführten Bücher sind mit Erhalt dieser Zeilen im Besitz der Kameradschaften. Sie sollen über die Anregung zu weiteren Anschaffungen hinaus Hilfsmittel für die Erziehungsarbeit sein.

Das bisher noch nicht vollständig erschienene „Handwörterbuch des Grenz- und Auslanddeutschtums" gibt neben ausführlichen Einzelbehandlungen aller in Frage kommenden Gebiete umfassende Angaben über die bisher erschienene Literatur, allerdings ohne eigene Stellungnahme. Über das Kolonialschrifttum hat die Studentenführung der TH. Berlin eine Aufstellung gemacht. Fragen allgemeiner Art werden behandelt in:

Kniesche: Volk in der Wirtschaft.

R. v. Schumacher: Volk vor den Grenzen.

Severin: Das Deutschtum im Auslande und die Möglichkeit seiner Einwirkung auf den deutschen Export.

H. R. Wiese: Auslandsdeutsche Erneuerung.

Jahrbuch für auslandsdeutsche Sippenkunde, DAJ.

Einzelgebiete:

R. Brenneisen: Lettland, Werden u. Wesen einer neuen Volkswirtschaft.

H. J. Beyer: Aufbau und Entwicklung des ostdeutschen Volksbodens.

Lück: Deutsche Aufbaukräfte in Polen.

W. Geisler: Die Sprachen- Nationalitätenverhältnisse an den dt. Ostgrenzen und ihre Darstellung.

Kauder: Das Deutschtum in Posen-Pommerellen (mit Bildern).

G. Fochler-Hauke: Deutscher Volksboden und Volkstum in der Tschechoslowakei.

H. Krebs: Kampf um Böhmen.

Rudolf Jung: Die Tschechen.

F. Bodenreuth: Alle Wasser Böhmens fließen nach Deutschland.

S. Dobiasch: Volk auf dem Amboß.

Fr. Besch: Zur Volks- u. Volksbewegungsfrage im Banat 1717—1867.

H. Rüdiger: Beiträge zur Kunde des Deutschtums in Slawonien u. Syrmien.

K. Springenschmid: Bauern in den Bergen.

A. Zander: Schweizerische Eidgenossenschaft und Reich.

Geschichte Elsaß-Lothringens, herausg. von der els.-lothr. Jungmannschaft.

Dahl-Metzger: Eupen-Malmedy, St. Vith (mit Bildern).

Wibald: Eupen-Malmedy, Vith.

Oßwald: Deutsch-Niederländische Symphonie.

Zillich: Zwischen Grenzen und Zeiten.

J. Goebel: Das Deutschtum in Nordamerika.

Auch bei den Zeitschriften können nur einige genannt werden. Die Auswahl ist nicht als bindend zu bezeichnen. Die Außenstellen geben von sich aus Berichte heraus, die für die studentische Außenarbeit wichtig sind. Sie geben Hinweise auf Lage und Arbeit. Darüber hinaus kann das eingehende Lesen von Zeitschriften nur nützlich sein. Wiederum seien die Zeitschriften, die eine Gesamtbehandlung bringen, vorangestellt. Außer den Titeln können hier keine weiteren Angaben über Erscheinungsort und Herausgeber gemacht werden.

Volk im Werden; Volk und Reich; Auslandsdeutsche Volksforschung; Geist der Zeit (Deutscher Akademischer Austauschdienst).

Mehr auf ihr Gebiet beschränkt sind: Deutsche Monatshefte in Polen; Deutsche im Osten; Volk im Osten (Südosten); Baltische Monatshefte; Neue Heimatblätter (Ungarn); Nationale Hefte (Schweiz); Straßburger Monatshefte; Devlag (Deutsch-Flämische Arbeitsgemeinschaft); Peuples et frontieres (Minderheiten in Mittel- und Westeuropa, französisch).

Die vorliegende Zeitschrift des Deutschen Ausland-Instituts gibt laufend Bericht über die Behandlung volksdeutscher Fragen in deutschen Zeitschriften.

Es hat sich herausgestellt, daß auf Grund fehlender Unterrichtung eine einseitige Kenntnis volksdeutscher Fragen entstanden ist, die sich für eine Gesamtplanung unangenehm bemerkbar macht. Bereits auf Grund dieser Angaben ist es möglich, auch über bisher nicht behandelte Gebiete Material zu sammeln und auszuwerten. Diese Unterrichtung braucht nicht oberflächlich zu sein. Wer über die angegebene Literatur hinaus weitere Unterlagen sucht, findet Hinweise darauf in den angegebenen Büchern oder Zeitschriften.

Die Bibliographie des Deutschtums im Ausland

die gegenwärtig im 2. Jahrgang erscheint, dient dem Versuch, das gesamte deutsch- und fremdsprachige Schrifttum zur Kunde vom Deutschtum im Grenz- und Ausland laufend zu verzeichnen und durch fachliche Besprechung kritisch zu würdigen.

Die Bibliographie erscheint monatlich in Stärke von 24 Seiten, außerdem werden jährlich zweimal Sonderhefte, die volksdeutsche schöne Literatur enthaltend, ausgegeben.

Der Preis beträgt für den Jahrgang (einschließlich Jahresregister und Titelbogen) RM. 8.—, im Zusammenbezug mit der Zeitschrift „Deutschtum im Ausland" oder der Vierteljahrsschrift „Auslandsdeutsche Volksforschung" nur RM. 4.—.

Zu beziehen durch den Kommissionsverlag F. Enke, Stuttgart.

Bücherspende des Oberbürgermeisters der Stadt Stuttgart

Der Oberbürgermeister der Stadt der Auslandsdeutschen hat zusammen mit dem Deutschen Ausland-Institut für hundert Kameradschaften des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes eine Bücherspende zur Verfügung gestellt, die zusammen mit dieser der studentischen Arbeit gewidmeten Ausgabe überreicht wird. Diese Bücher sollen die Grundlage für eine wissenschaftliche Handbücherei sein, die den jungen Studenten die Möglichkeit einer schnellen Unterrichtung einerseits und eines besonderen Studiums andererseits geben soll. In ihnen wird der Student Unterlagen finden, die für die volkswissenschaftlichen Arbeiten notwendig sind. Die Stadt der Auslandsdeutschen spricht den Wunsch aus, daß auf diesem Wege eine enge und fruchtbare Zusammenarbeit mit der Deutschen Studentenschaft zustandekommt. Dazu wird vor allem das Deutsche Ausland-Institut mit den ihm gegebenen Möglichkeiten immer zur Verfügung stehen.

Länder-Berichte

Nordschleswig

Das großdeutsche Erleben im Norden — Nordschleswig-Debatte im dänischen Reichstag — Die NSDAP. Nordschleswig marschiert in Hadersleben — Die Dänen arbeiten — Dänische Schriftsteller in merkwürdiger Beleuchtung — Führergedenken am 20. April

An der Freude des deutschen Volkes über die Heimkehr Österreichs ins Reich hat das deutsche Nordschleswig von ganzem Herzen teilgenommen. Es gab keinen Deutschen in der Nordmark, den nicht das große Geschehen in der alten Ostmark, die endliche Erfüllung des großdeutschen Traumes, im Innersten ergriffen hätte. Allabendlich verfolgten die Volksdeutschen in Nordschleswig den glänzenden Verlauf des Abstimmungskampfes an den Lautsprechern und waren auf diese Weise Zeuge des triumphalen Zuges des Führers durch Österreich. Als der Vorabend der Abstimmung herannahte, da flammten auch in Nordschleswig die Freudenfeuer auf, die über die Grenze hinüberleuchteten, um den Brüdern im Reich zu zeigen, daß das großdeutsche Erleben überall da empfunden wird, wo deutsche Herzen schlagen, und daß keine Staatsgrenze zu hindern vermag, daß Deutsche den Sieg des deutschen Volkstums, der fern im Süden erfochten wurde, als tiefstes eigenes Glück empfinden.

Unmittelbar nach der großdeutschen Abstimmung, am 12. April, fand im dänischen Reichstag eine große politische Aussprache statt, in deren Mittelpunkt Nordschleswig stand. In längerer Rede brachte der deutsche Abgeordnete Schmidt-Wodder die Wünsche der deutschen Volksgruppe vor und forderte vor allen Dingen Einstellung des aggressiven Bodenkampfes, der durch die Stollig-affäre in so grelle Beleuchtung gerückt war. Schmidt-Wodder betonte ferner, daß es in der Grenzfrage noch verschiedene „Knoten" gebe, die gelöst werden müßten, und meinte, daß es den nahe verwandten Völkern gelingen müsse, die noch offenstehenden Fragen in gegenseitigem Verständnis zu lösen. Außenminister Dr. Munck antwortete darauf, daß es keine Grenzfrage zwischen Deutschland und Dänemark gebe und daß der gesamte Norden darin mit Dänemark einer Meinung sei. Aber Schmidt-Wodder unterstrich darauf nochmals, daß er von seinen Worten nichts zurückzunehmen brauche.

*

Auf dem Hintergrund dieser großpolitischen Aussprache sahen alle dänischen Kreise mit größter Spannung dem Parteitag der NSDAP. Nordschleswig entgegen, der am Gründonnerstag, den 14. April, in Hadersleben, der nördlichsten Stadt des abgetrennten Gebiets, stattfand. Zum ersten Mal hatte die Partei eine solche Heerschau großen Stils, verbunden mit einem Marsch durch die Stadt Hadersleben, veranstaltet. Der Parteitag, der von dem Kreisleiter Dr. Clausen, dem erfolgreichen Verteidiger in der Stollig-Affäre, vorbereitet war, nahm einen glänzenden Verlauf. Am Vormittag fanden Einzelbesprechungen über Presse und Propaganda, Schulung, Deutsche Selbsthilfe, sowie über Bauern-, Handwerker- und Arbeiterfragen statt. Der Nachmittag wurde eingeleitet mit einer von 800 Amtswaltern besuchten Tagung, auf der Parteiführer Dr. Möller eine allgemein richtunggebende Rede hielt, während Dr. Harboe Kardel über die kulturellen, Wilhelm Deichgräber über die wirtschaftlichen und Rudolf Stehr über die politischen Forderungen sprach. Das stärkste Erlebnis für alle Teilnehmer war der Marsch durch Hadersleben, an dem sich 1100 Parteigenossen beteiligten. 27 Hakenkreuzfahnen wurden dem Zug vorangetragen. Trotz marxistischer und kommunistischer Störungsversuche konnte der Zug in vorbildlicher Disziplin durchgeführt werden. Das Ziel war das deutsche Gefallenen-Denkmal auf dem Friedhof, wo ein Kranz niedergelegt wurde. Auch das dänische Gefallenendenkmal wurde mit einem Kranz geschmückt. Darauf ging der Zug, wiederum in musterhaftester Haltung, zurück zum Deutschen Haus, wo abends eine große Kundgebung stattfand, die von 1600 Volksgenossen besucht war, die mit einem Treuegruß an den Führer schloß, der telegraphisch nach Berlin übermittelt wurde. Schon jetzt läßt sich feststellen, daß der Parteitag für die innere Ausrichtung der deutschen Volksgrupe in Nordschleswig von größter Bedeutung sein wird.

*

Die dänische Aktivität macht sich stark bemerkbar. Am 11. April, einen Tag nach der großdeutschen Wahl, fand eine allgemeine Sammlung statt, im ganzen dänischen Staatsgebiet, deren Erlös dem Dänentum südlich der Grenze zugute kommen soll. Gleichzeitig hat sich der Verein „Landevärn" (die dänische Bodenkampforganisation) an verschiedene Banken und Private gewandt, um neue Mittel für die Fortsetzung des Bodenkampfes im engeren Grenzgebiet zu erhalten, da dort noch der größte Teil des Bodens in deutscher Hand sei.

*

Die salonbolschewistische Zeitschrift „Kulturkampen", die schon einmal an dieser Stelle erwähnt wurde, hat kürzlich an die dänischen Schriftsteller die Frage gerichtet, wie sie sich zur spanischen Frage stellen. Es gingen 71 Antworten ein. Von diesen erklärten sich 60 für Rotspanien, 3 für General Franco, und 8 erklärten, sie seien ganz neutral. Diese Rundfrage beleuchtet aufs neue, wie sehr das bolschewistische Heft bereits in die dänische Intelligenz eingedrungen ist.

*

Der Geburtstag des Führers wurde zum Anlaß genommen, um noch einmal die große Bedeutung der letzten Ge-

schehnisse ins Gedächtnis zurückzurufen und dem tiefgefühlten Dank an den Führer, den Schöpfer Großdeutschlands, Ausdruck zu verleihen. Die Feiern, die in allen 4 Städten, Tondern, Apenrade, Sonderburg und Hadersleben, ferner in Hoyer und in Lügumkloster, stattfanden, wurden von der NSDAP. Nordschleswig veranstaltet und bekräftigten aufs neue, daß die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig sich unlöslich mit dem deutschen Volk und dem Führer verbunden weiß. H. K.

Memelgebiet

Der statutwidrige Kriegszustand — Litauische Versprechungen — Verbrecher terrorisieren das Memelgebiet — Die Unsinnigkeit der Veto-Politik

Der memelländische Landtag hat in seiner Sitzung am 12. April einen neuen Vorstoß gegen den nun schon seit fast 12 Jahren bestehenden Kriegszustand und gegen die im Memelgebiet immer noch bestehenden statutwidrigen Zustände unternommen. Bisher hat sich die litauische Regierung stets darauf berufen, der Kriegszustand müsse infolge der anormalen Beziehungen zu Polen aufrecht erhalten werden. Dieses Argument ist jetzt nach der Wiederaufnahme geregelter Beziehungen zu Polen weggefallen. Darüber hinaus hat nie ein Zweifel darüber bestanden, daß der Kriegszustand im Memelgebiet eine höchst überflüssige und statutwidrige Einrichtung ist, die nur dazu dient, die Memelländer in ihren verbrieften Rechten zu beeinträchtigen und der kleinen litauischen Minderheit ungerechtfertigte Vorteile zu ermöglichen.

Der Sprecher der Memelländischen Einheitsliste, Abgeordneter Bingau, wies in seiner Rede darauf hin, daß alle Maßnahmen der litauischen Kriegsbehörde und der Zensur sich gegen das Erlebnis der kulturellen und volksmäßigen Gemeinschaft der deutschen Memelländer mit dem übrigen deutschen Volk richteten. Auch das Gemeinschaftserlebnis der Memelländer untereinander werde durch die Maßnahmen der Kriegsbehörde seit vielen Jahren unmöglich gemacht. Die Zensur verbiete alle Werke nationalsozialistischen Inhalts. Sie mache es also den Memelländern unmöglich, sich ein unvoreingenommenes Bild der nationalsozialistischen Weltanschauung, der Weltanschauung ihres eigenen Volkes, an den Quellen selbst zu verschaffen. Weiter wies der Abgeordnete Bingau auf die statutwidrige Zurücksetzung der deutschen Sprache im amtlichen Verkehr hin und forderte die Beseitigung des Kriegszustandes und die Wiederherstellung des Rechtsbodens für das politische, soziale und kulturelle Leben des Memelgebiets, nicht nur im Interesse der Memelländer, sondern auch des Gesamtstaates. Der Landtag nahm dann mit den Stimmen sämtlicher Abgeordneten der Einheitsliste einen Dringlichkeitsantrag an, in dem das Memeldirektorium gebeten wird, alles zu tun, um die Aufhebung des Kriegszustandes und ebenso auch die Beseitigung der litauischen Staatssicherheitspolizei im Memelgebiet zu erreichen.

Bereits vorher waren die memelländischen Abgeordneten im litauischen Seim in der gleichen Frage vorstellig geworden. Die drei memelländischen Abgeordneten hatten an den Kriegsminister eine Anfrage gerichtet, in der es hieß: „Mehr als 10 Jahre besteht in Litauen der Kriegszustand mit allen sich daraus ergebenden und so tief in das Leben der Bürger einschneidenden Erscheinungen, wie z. B. Beschränkung der bürgerlichen Rechte, Stellung unter politische Polizeiaufsicht, Aufhebung der Presse-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit. Für das Memelgebiet bedeutet dieser Kriegszustand die Aufhebung der Grundrechte des autonomen Gebietes. Der Kriegszustand kann unserer Ansicht nach aus den Sicherheitserwägungen des Staates heraus nur eine begrenzte kurze Zeit verhängt werden, aber nicht 10 Jahre lang dauern. Unserer Ansicht nach trägt er die Schuld, daß die beiden im Memelgebiet zusammenlebenden Nationalitäten sich einander immer mehr entfremden. Deshalb fragen wir: Welche Voraussetzungen rechtfertigen die weitere Beibehaltung des Kriegszustandes? Wann gedenkt die Regierung diesen unerträglichen Zustand zu beseitigen?“

Diese Anfrage ist inzwischen am 13. April vom litauischen Innenminister Leonas beantwortet worden. Er erklärte u. a., der Kriegszustand sei nur im Hinblick auf die Staatssicherheit eingeführt worden und behindere die Tätigkeit der Bürger bei der Erfüllung loyaler Pflichten nicht. Die litauische Regierung sei indessen bemüht, diesen Zustand schon in allernächster Zeit zu ändern. Durch ein entsprechendes Gesetz werde der Kriegszustand hinfällig werden. Der litauische Innenminister ist damit einer klaren Antwort aus dem Wege gegangen. Immerhin aber ist die litauische Regierung nicht mehr der Ansicht, daß der Kriegszustand eine Einrichtung ist, an der unbedingt festgehalten werden muß. Wenn erklärt worden ist, daß die litauische Regierung sich bemühe, den Kriegszustand schon in allernächster Zeit zu ändern und durch ein entsprechendes Gesetz abzuschaffen, so wird man der Hoffnung Ausdruck geben müssen, daß es sich hierbei nicht um ein leeres Versprechen handeln darf, sondern daß die Memelländer ein Recht darauf haben, die sofortige Aufhebung des Kriegszustandes zu verlangen.

Wenn der litauische Innenminister behauptete, daß die bürgerlichen Rechte durch den Kriegszustand nicht behindert würden, so kann das nicht unwidersprochen hingenommen werden. Wenn ein Land unter fremdes Militärrecht gestellt wird, wenn seine Bürger ohne Gerichtsverhandlung und ohne die Möglichkeit einer Berufung jederzeit durch die Kriegsbehörden abgeurteilt werden können, wenn ein Heer von Spitzeln jeden Schritt und Tritt überwacht und wenn ohne die Erlaubnis des Kriegskommandanten kein Verein eine Versammlung oder auch nur eine Festlichkeit abhalten kann, dann klingt es geradezu wie ein Hohn, wenn behauptet wird, daß niemand im Memelgebiet durch den Kriegszustand in seinen Rechten beeinträchtigt werde. Ein Beispiel dafür, wie sich der Kriegszustand auswirkt, hat übrigens die litauische Zensurbehörde selbst geliefert, die den Bericht über die letzte Landtagssitzung im „Memeler Dampfboot" so stark zusammenstrich, daß das memeldeutsche Blatt auf die Herausgabe der Nummer überhaupt verzichtete.

In der letzten Landtagssitzung wurde im übrigen auch erneut auf die Auswirkungen der Veto-Politik des litauischen Gouverneurs hingewiesen. Ein besonders trauriges Kapitel stellt in diesem Zusammenhang die Tatsache des Überhandnehmens des Verbrecherunwesens dar. Die Unsicherheit sowohl in der Stadt Memel als auch im ganzen Memelgebiet hat in den letzten Wochen derart zugenommen, daß die memelländischen Polizeibehörden sich zu außerordentlichen Maßnahmen gezwungen gesehen haben. Die verbrecherischen Elemente, die im Memelgebiet ihr Unwesen treiben, stammen zum allergrößten Teil aus Litauen. Im memelländischen Landtag ist immer wieder auf die Gefahr hingewiesen worden, die dem Memelgebiet aus der Zuwanderung unerwünschter Elemente aus Litauen erwächst. Im Memelgebiet bestehen für die Tausende von Zuwanderern aus Litauen keine Arbeitsmöglichkeiten, da das Memelgebiet selbst stark unter der Arbeitslosigkeit der eigenen Bevölkerung leidet. Da die Zuwanderung aber trotz aller Warnungen weiter mit allen Mitteln litauischerseits propagiert wird, so geraten die in das Memelgebiet einwandernden Litauer sehr bald auf die schiefe Bahn und werden dem Verbrechen in die Arme getrieben. Meistens gehen diese Gelegenheitsverbrecher mit einer geradezu unglaublichen Frechheit vor und scheuen sich nicht, ihre Überfälle und Einbrüche selbst am hellen Tage und mitten in den belebtesten Straßen der Stadt Memel durchzuführen. Kassenboten werden überfallen, Ladenkassen beraubt, Geldschränke erbrochen. Vor allem sind Überfälle auf Frauen an der Tagesordnung, so daß sich alleinstehende weibliche Personen bei Anbruch der Dunkelheit kaum noch allein auf die Straße trauen. Sogar das Memeler Landesmuseum wurde kürzlich seiner wertvollsten Stücke beraubt — darunter sind alte Vorderlader und Trommelrevolver sowie alte Münzen. Als Täter wurden vier Schuljungen aus Litauen im Alter von neun bis dreizehn Jahren festgestellt, die sich der Aufsicht ihrer Eltern einfach entzogen und eine Einbrecherbande gebildet hatten.

Obwohl die memelländische Polizei in letzter Zeit erheblich verstärkt worden ist und durch einen ständigen Streifendienst für die Sicherheit Sorge zu tragen sucht, kommen doch immer wieder Raubüberfälle, Einbrüche und Diebstähle vor. Auch die memelländischen Strafanstalten können die vielen abgeurteilten Verbrecher kam noch aufnehmen,

und ebenso sind die memelländischen Gerichte ständig überbelastet. Umso notwendiger ist es, daß den memelländischen Forderungen nach Erlaß eines Zuzugsverbots und einer entsprechenden Regelung des Einsatzes der im Memelgebiet reichlich vorhandenen Arbeitskräfte Folge geleistet wird. Denn anders wird sich das Memelgebiet des Verbrecherunwesens, das zu einer förmlichen Landplage geworden ist, kaum erwehren können.

Ein besonders krasses Beispiel für die Unsinnigkeit der litauischen Veto-Politik stellt die erst kürzlich erfolgte Ablehnung des Gesetzes über die Änderung der memelländischen Gewerbeordnung dar. Durch dieses ordnungsmäßig vom Landtag beschlossene Gesetz sollte der memelländische Lebensmittelhandel vor landfremden Elementen geschützt und eine Übervorteilung durch wilde Händler verhindert werden. Der litauische Gouverneur behauptete zur Begründung seines neuesten Vetos auch jetzt wieder, das Gesetz verstoße gegen das Autonomiestatut. Davon kann jedoch keine Rede sein. Wenn das Gesetz vorschreibt, daß Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, des Garten- und Obstbaues und der Geflügel- und Bienenzucht sowie andere inländische Lebensmittel in einem sauberen und genießbaren Zustand angeboten werden müssen, so ist das eigentlich für jedes zivilisierte Land eine Selbstverständlichkeit, und es ist lächerlich, die Behauptung aufzustellen, diese Bestimmungen stünden im Gegensatz zum Autonomiestatut. Das Gesetz war vielmehr notwendig geworden, weil litauische und zum großen Teil auch wilde jüdische Händler aus Litauen in letzter Zeit im Memelgebiet Lebensmittel in einem Zustande anboten, der einfach jeder Beschreibung spottete. Dem litauischen Gouverneur kam es also auch hier darauf an, diese litauischen Eindringlinge in Schutz zu nehmen, genau so, wie der Gouverneur bisher immer wieder die massenweise Einwanderung litauischer Arbeiter und Handwerker (lies Pfuscher) gefördert und alle einschränkenden memelländischen Gesetze aus Litauisierungsgründen abgelehnt hat.

Nach alledem steht auch die kürzliche Erklärung des neuen litauischen Ministerpräsidenten Mironas im Seim, Litauen werde das Memelabkommen genau durchführen und für ein ordentliches Funktionieren des Autonomiestatuts Sorge tragen, vorerst noch auf dem Papier. Erst die nächsten Tage und Wochen werden den Beweis erbringen, ob es der neuen litauischen Regierung mit ihren Versprechungen wirklich ernst ist.

Tschechoslowakei

Aufbruch des Sudetendeutschtums — Massenbeitritte zur SdP., Auflösung der sudetendeutschen Splitterparteien — Stimmen des Auslandes — Henleins Forderungen — Tschechische Hoffnungen

Wenn unser Bericht mit einem marxistischen Überfall auf den SdP.-Abg. Wollner beginnen muß, dann darf darin ein Signal der kommenden Entwicklung der Tschechoslowakei erblickt werden.

Die sozialdemokratische Versammlung in Karlsbad, auf der dieser feige Anschlag verübt wurde, sollte eine Stellungnahme der restlichen Marxisten zur SdP.-Politik bringen. Wie weit die geistige Abrüstung dieser Kreise bereits vorgeschritten ist, zeigte die Art ihrer Argumentation. Nach den Übergriffen der Teplitzer Polizei gegen SdP.-Abgeordnete ist dies bereits der zweite Fall, wobei der rote — aber wirklich „rote" — Faden darin besteht, daß die Schuldigen von der — natürlich „kommunistisch nicht verseuchten" — Staatspolizei beidemale nicht ermittelt werden konnten. Kriminalistisch nicht geschulten Amtswaltern der SdP. ist es allerdings gelungen, den Attentäter auszuforschen und der in diesem Falle betrachtenden Humanität der „Sicherheits"-wache zu überstellen, wo sie nunmehr ihrer wahrscheinlich bedingten Verurteilung entgegensehen.

Wie man auf tschechischer Seite den selig entschlafenen 18. Februar aufgefaßt hat, beweist u. a. die gesteigerte Betriebsamkeit der Tschechisierungsverbände, deren Kundgebungen sich seit neuester Zeit des Ehrenschutzes von Ministergattinnen erfreuen.

Es ist den Jednotas besonders in Nord-

mähren gelungen, weiter vorzudringen. Eine weitere Stärkung dürften sie demnächst aus der kürzlichen Reaktivierung des Tschechischen Nationalrates empfangen, dessen neuer Präsident Abg. Kapras den Gegenkandidaten Dr. Benesch's bei der Staatspräsidentenwahl im Jahre 1935, Dr. Němec, abgelöst hat. Der V. Masaryktag der Auslandstschechen erfreute sich der tätigen Mitwirkung des Fürsorgeministers Nečas und des Prager Primators Dr. Zenkl. Es muß hervorgehoben werden, daß diese Tagung sehr stark im Zeichen der Volksfront mit den Kommunisten stand. In den dort gehaltenen Reden wurden Wendungen gebraucht, die man in Prag sonst nur als „pangermanistische Aspirationen" zu bezeichnen pflegte. Diese Art von Brunnenvergiftung erhält angesichts der im Hultschiner Ländchen geübten Verwaltungspraktiken ihren besonderen Beigeschmack. Man betreibt dort nämlich im Augenblick eine „großzügige" Namenstschechisierung, die vermuten läßt, daß Prag die von ihm bisher leidenschaftlich verurteilte Madjarisierung von Slowaken nunmehr als humane Nationalitätenpolitik anerkennt.

Demgegenüber sah sich der Stellvertreter Konrad Henleins, Abg. K. H. Frank, veranlaßt, an ein Wort Masaryks zu erinnern: „Das Hauptideal, aus dem der tschechoslowakische Staat geboren wurde, ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker". Abg. Frank fügte dem hinzu: „Wir stellen fest, daß das Sudetendeutschtum auf das Selbstbestimmungsrecht nie verzichtet hat." Wie sehr die Autonomiefrage gegenwärtig im Vordergrund der politischen Erörterung steht, zeigt auch die Rundfrage des in letzter Zeit fast ebenso oft wie „Die Zeit" beschlagnahmten „Slovak", in dem Konrad Henlein für das Sudetendeutschtum, Abg. Esterhazy für die Madjaren und Dr. Peščák für die Ukrainer ihre Selbstverwaltungsforderungen an Prag formulierten.

Mitten in diese Erörterung fiel die Heimkehr Deutschösterreichs in das Deutsche Reich. Das gesamte Sudetendeutschtum wurde von einer freudigen Erschütterung erfaßt. Angesicht der fortgesetzten schwersten Mißhandlungen zahlloser sudetendeutscher Menschen durch die tschechische Polizei konnte man sich umso vorbehaltloser über den Jubel der Volksgenossen freuen, mit denen man bis 1918 Entsagung und Sehnsucht im Habsburgerstaate geteilt hat. Und man freut sich auch, daß in Dr. Seyß-Inquart und Dr. Jury Sudetendeutsche an der Verwirklichung des Anschlusses mithelfen durften.

Konrad Henlein drückte die freudige Anteilnahme des Sudetendeutschtums auf einer Massenversammlung am 13. März in Tetschen aus:

„Als Führer der SdP. und damit als berechtigter Sprecher des Sudetendeutschtums grüße ich im Namen des völkischen Sudetendeutschtums unsere Brüder und Schwestern in Österreich. Es ist uns eine tiefe, aufrichtige Freude, daß ihnen nach all den Jahren des Leides und der Unterdrückung nun die Freiheit und die Zukunft gegeben wurde. Wir haben ein Recht dazu, uns mit ihnen zu freuen, denn wir haben alle die Jahre auch mit ihnen im Leide mitgefühlt. Wir wünschen ihnen, daß es ihnen gut geht, so wie wir wissen, daß man in der ganzen Welt, wo Deutsche sind, auch mit unserem Schicksal mitfühlt. Wir kämpfen hier unseren Kampf. Wir kämpfen den Kampf des Rechtes, der Wahrheit und der Gerechtigkeit. Wir fürchten uns nicht, weil wir wissen, daß über den Tod hinaus die Treue zu unserem Volke in die Seelen und in die Herzen des Sudetendeutschtums eingebrannt ist. Unser Weg ist unaufhaltsam. Wir haben Glauben im Herzen. Wir kämpfen, weil wir morgen siegen müssen."

Tags darauf gab Abg. K. H. Frank im Prager Parlament unter ungeheurer Spannung des ganzen Hauses eine Erklärung ab, in der er auf den Anschluß hinwies und u. a. sagte: „Statt die gerechten Lebensforderungen des Sudetendeutschtums zu erfüllen und es so für den Staat zu gewinnen, wird eine Politik fortgeführt, die die nationalpolitischen Verhältnisse immer unhaltbarer und gespannter macht. In dieser Stunde bringen wir zum Ausdruck, daß es realer und daher staatspolitischer wäre, weniger über die Sorge des Deutschen Reiches und das Schicksal der deutschen Volksteile außerhalb seiner Grenzen Erregung zu finden, als vielmehr aus freien Stücken einen Zustand zu schaffen, der keinen Anlaß zu berechtigten Beschwerden gibt . . . Andererseits erklären wir feierlichst, daß wir uns weder mit dem Ziel des tschechisch-slowakischen Nationalstaates abfinden, noch mit dem Schein des 18. Febr. 1937 begnügen, sondern in erhöhtem Maße um unsere politischen Rechte, unsere kulturelle Freiheit und wirtschaftlich-soziale Sicherung zu kämpfen gezwungen und entschlossen sind".

Konrad Henlein erließ Mitte März einen Aufruf, in dem es u. a. hieß:

„Einigkeit und Entschlossenheit sind die Waffen eines Volkes, gegen die alle Mittel der Gewalt und des Unrechts versagen. Die Sudetendeutsche Partei ist heute unbestritten die einzige verantwortliche Trägerin des Einheitswillens und Rechtskampfes der Sudetendeutschen. Je stärker sie ist, umso energischer und erfolgreicher können wir den Kampf um das Recht unserer Heimat führen. Ich richte daher in diesen geschichtlichen Tagen an alle, die noch nicht in den Reihen der sudetendeutschen Einheitsbewegung stehen den Appell: Reiht Euch ein in die große politische Front unserer Volksgruppe!"

Der Aufruf fand im gesamten Sudetendeutschtum einen ungeahnten Widerhall. Tagtäglich sind Massenbeitritte aus allen Schichten und Parteien zur SdP. zu verzeichnen. Der Wahlkreis Karlsbad hat allein im Monat März rund 32 500, der Wahlkreis Böhm. Leipa 38 000, der Wahlkreis Teplitz über 40 000 Neubeitritte zu verzeichnen. Ganze Ortsgruppen der sudetendeutschen Splitterparteien lösten sich auf. Angesichts dieser spontanen Volksbewegung zogen diese die einzig möglichen Folgerungen. Der Bund der Landwirte und die Christlichsoziale Volkspartei traten aus der Regierung aus, lösten ihre Organisationen auf und gliederten sich in die SdP. ein. Eine ganze Reihe kleinerer Parteien, die im Parlament nicht vertreten waren, folgten ihrem Beispiel. Erheblich ist ferner der Zuzug aus den Restbeständen der Sozialdemokraten und Kommunisten. Schon heute steht fest, daß der Marxismus im sudetendeutschen Gebiet aus einer kommenden Wahl entweder überhaupt nicht mehr oder höchstens als museales Relikt hervorgehen wird. Die SdP. umfaßt nunmehr 55 Abgeordnete und 26 Senatoren. Sie ist damit die weitaus stärkste Gruppe im Prager Parlament, da die Tschechischen Agrarier nur über 45 Abgeordnete und 22 Senatoren verfügen. Die SdP. vertritt heute mindestens 90 v. H. des Sudetendeutschtums.

Angesichts dieses politischen Erdrutsches befiel die Prager Regierung eine katastrophale Nervosität, die sich vergeblich hinter einer angeblich tausendjährigen Furchtlosigkeit (also sprach Dr. Hodža!) zu verbergen suchte.

Die sudetendeutsche Presse verfiel einer laufenden Beschlagnahme, ein Schicksal, das sie in diesem Falle mit dem Altpräsidenten Masaryk teilte. In Dallwitz bei Karlsbad wurde nämlich in einem Schaukasten der SdP. folgender Ausspruch Masaryks beschlagnahmt: „Der Staat, der sich vor den Kundgebungen seiner Bürger fürchtet, der unbequeme Äußerungen oder gedruckte Worte mit Gewalt unterdrückt, kann heute keine Achtung finden". Weder diesem erheiternden Fehlgriff, noch diesem Ausspruch haben wir näheres hinzuzufügen.

* * *

Die sprichwörtlichen „untergeordneten Organe" verhafteten drauf los und suchten sich mit sadistischen Folterungen, die auch von Moskau nicht mehr übertroffen werden können, wieder „Selbstvertrauen" einzuflößen. Die Presse durfte darüber nicht berichten. Wahrscheinlich aus der humanen Absicht heraus, die Nerven des Sudetendeutschtums zu schonen.

Während die tschechische Presse bisher glaubt, der neuen Sachlage mit alten Ladenhütern wie „wir haben den Deutschen mehr gegeben als ihnen gebührt", „wir haben uns tausend Jahre nicht gefürchtet, wir fürchten uns auch jetzt nicht" usw., Rechnung tragen zu müssen, hat man in England die Tatsachen viel nüchterner betrachtet und mit der Meinung nicht zurückgehalten Die sudetendeutsche Frage wird in der Presse weiterhin stark erörtert, wobei mit Ratschlägen, Prag möge endlich einen wirklichen Ausgleich mit dem Sudetendeutschtum herbeiführen, nicht gekargt wird. Die tschechische Presse setzte hingegen all ihre Hoffnung auf die Erklärung Chamberlains im Unterhaus. Sie erhoffte sich eine englische Garantie für die tschechoslowakischen Staatsgrenzen. Obwohl Chamberlain eine automatische Bürgschaft seitens England klar ablehnte, täuscht die tschechische Presse diese unausgesetzt vor, woraus man unschwer schließen kann, daß dies auf höhere Weisung geschieht. Demgegenüber mehren sich selbst in Frankreich die Stimmen, die den französisch-tschechoslowakischen Militärpakt als für Frankreich unrentabel und gefährlich ansehen. Ein Wortführer dieser Gruppe ist Flandin, der frühere Ministerpräsident Frankreichs. Selbst der bestimmt nicht als Pangermane zu verdächtigende Jules Sauerwein äußerte sich kürzlich in einer für Prag keineswegs schmeichelhaften Weise: „Die

Tschechen vertrauen darauf, daß sie Frankreich nicht verlassen wird. Sie sind aber zu intelligent, um nicht zu wissen, was für ein ungeheurer Entschluß es für Frankreich wäre, Deutschland anzugreifen, wenn es selbst von den Alpen her, von der mittelländischen Küste und von Afrika aus bedroht wäre .... Es ist unnötig zu sagen, daß die französische Regierung den Tschechen mit allen ihren Kräften geraten hat, bis zur äußersten Grenze zu gehen, um sich mit den Sudetendeutschen zu versöhnen". (Paris soir). Erhebliches — in Prag allerdings unliebsames — Aufsehen erregte auch der im „Temps" veröffentlichte Aufsatz des Völkerrechtlers Joseph Barthelémy, der zwar „für die Tschechoslowakei die größte Sympathie" hegt, „die man nur irgend für ein Land haben kann, dem man nicht angehört", in seinen Erwägungen u. a. aber zu folgendem Schluß kommt: „Hat es einen Wert, um diese Form des tschechoslowakischen Staates zu erhalten, der ein politisches Aggregat aus verschiedenen Nationalitäten darstellt, die Welt in Brand zu stecken? Sollen, um 3 Millionen Sudetendeutsche unter der tschechischen Autorität Prags zu halten, 3 Millionen Franzosen . . . fallen? Ich antworte voll Schmerz, aber mit Entschlossenheit: Nein!" Man sieht, die teure Propaganda des Prager Außenministeriums trägt sehr passive Zinsen.

Noch weiter ging Lord Noël-Burton, der in einer Zuschrift an die „Times" vorschlug, eine Volksabstimmung im sudetendeutschen Gebiet auszuschreiben und auf Grund ihres Ergebnisses die Grenzen der Tschechoslowakei neu zu ziehen. Daß dieser Vorschlag vollkommen mit den demokratischen Grundsätzen im Einklang steht, dürfte auch Prag nicht leugnen können. Auch Dr. Hodža ist sich darüber im klaren, daß endlich etwas geschehen muß. Seine Ankündigung, daß die bereits bestehenden Minderheitenrechte der Tschechoslovakischen Republik nunmehr kodifiziert werden sollen, könnte wie ein Aprilscherz anmuten, wenn der sanft entschlafene 18. Februar-Ausgleich nicht gezeigt hätte, daß solche Lösungsversuche, die besser als Auflösungsversuche der tschechoslowakischen Staatsgesinnung bezeichnet würden, durchaus nicht außerhalb der Prager Intentionen zu liegen brauchen.

Die SdP. hat dann auch am 27. März in zahlreichen Massenversammlungen, an denen insgesamt über 500 000 Menschen teilnahmen, klar und bestimmt erklärt, daß sie eine solche Scheinlösung niemals anerkennen würde, und damit Dr. Hodžas Pläne jeder sachlichen Grundlage entkleidet. Dr. Hodža hatte überdies noch das zweifelhafte Vergnügen, im Abgeordnetenhaus plötzlich die Kommunisten als laute Verteidiger der Koalitionspolitik anzutreffen, ein Umstand, der die Klärung der Fronten viel schneller herbeiführte als dem Ministerpräsidenten lieb sein mochte. Denn schon tags darauf sah sich die Regierung der geschlossenen Front aller nichttschechischen Gruppen einschließlich der Slowaken gegenüber, die jede für sich eine feierliche Erklärung zur Autonomiefrage abgaben. Für die SdP. erklärte Abg. Kundt u. a.: „Sie kennen unsere Klagen und Beschwerden. Sie wissen darum, wie Sie uns befriedigen können, wenn Sie überhaupt wollen. Aber rechnen Sie nicht mit Scheinlösungen und mit einer Nachgiebigkeit, die wir mit der Verantwortung für unser Volkstum nicht in Einklang bringen können".

Für die Polen sprach Dr. Wolf: „Die Politik im Staate zielte auf eine Entnationalisierung der polnischen Minderheit ab ... Auch von der Abmachung vom 18. Februar 1937 hatte die polnische Bevölkerung nicht die Erfüllung ihrer Erwartungen erhalten und sich darum entschlossen, nun eine radikalere Regelung ihres Geschickes zu fordern und eine grundsätzliche Regelung ihrer Situation in der Republik zu verlangen, und zwar in der Form der Zuerkennung der autonomistischen Rechte, die die Polen vor weiterer Entnationalisierung sichern und ihnen die Rückkehr zum Stand vom Jahre 1920 ermöglichen würden".

Die Prager Regierung hatte gehofft, die Slowaken doch noch an sich ziehen zu können. Die Erklärung Dr. Tisos für die Slowakische Volkspartei schlug daher wie eine Bombe in die ohnehin matten Illusionen des Jubiläumsjahres der Tschechoslowakei: „Die Slowakische Volkspartei Hlinkas als politische Repräsentantin des slowakischen Volkes erklärt, daß sie auf dem Standpunkt der Eigenwesenheit des slowakischen Volkes, der Integrität des tschechoslowakischen Staates verharre. Wir erachten die Respektierung der eigenen Wesensart und der Persönlichkeit des slowakischen Volkes und die Änderung des derzeitigen zentralistischen politischen Systems

als eine unerläßliche Voraussetzung für eine aufrichtige Einigung zwischen dem tschechischen und slowakischen Volke".

Für die Vereinigten magyarischen Parteien führte Abg. Szüllö u. a. aus: „Wir Magyaren fordern gemeinsam mit unseren slowakischen Brüdern, daß in dieser Republik jedes Volk sein Schicksal auf seinem Gebiet führen kann".

Dieselben Erklärungen wurden auch im Senat abgegeben. Hier praktizierten die Tschechen auch äußerlich symbolisch ihre Vogelstraußpolitik, indem sie den Saal verließen.

Die von der Koalition erfolgte Erwiderung, in der deren Sprecher den komischen, weil aussichtslosen, Versuch unternahm, den Rednern der Opposition die Berechtigung abzusprechen, im Namen ihrer Volksgruppen Erklärungen abzugeben, konnte Abg. Hodina (SdP.) daher leicht zurückweisen: „Stärkere Mächte als Sie mußten diese Tatsachen anerkennen und die entsprechenden Folgerungen daraus ziehen".

Auf wie schwachen Füßen das Selbstbewußtsein der Regierung ruht, bewies das ab 1. April (kein Scherz!) erlassene Versammlungsverbot, mit dem die Regierung, wie man ursprünglich annahm, eine nachträgliche Ehrung Masaryks, — der ja einmal sagte: „Demokratie ist Diskussion!" — in der der Prager Demokratie gemäßen Eigenart vornehmen wollte.

Es zeigte sich aber bald, daß die Regierung mit dieser disziplinierten Demokratie eine Reihe von Gesetzen durchpeitschen wollte, die man unter privatrechtlichen Gesichtspunkten als Erpressung, Hausfriedensbruch und öffentliche Gewalttätigkeit klassifizieren würde.

So wurde eine Gesetzesvorlage eingebracht, die die Ausbürgerung Unangenehmer vorsieht, die sich öfter oder längere Zeit im Auslande aufhalten. Es ist klar, daß sich dieser Schlag in erster Linie gegen das Sudetendeutschtum richtet. Denn diese Maßnahme soll bei „staatsfeindlicher Tätigkeit", bei „feindlicher Gesinnung gegen die Tschechoslowakei" ergriffen werden, also bei Tatbeständen, die tschechische Presse, d. h. die jüdisch geleitete, tschechisch geschriebene Presse tagtäglich dem gesamten Sudetendeutschtum nachsagt. Die enge Verwandtschaft dieser „demokratischen" Gesetzgebung mit der weiland diktatorischen Schuschnigg-Praxis ist zu auffällig, als daß sich nicht Parallelen über deren mögliche Zukunft von selbst ergäben. Daneben wurde eine Zwangsanleihe für Sparkassen und Geldanstalten aufgelegt, die diese zwingt, bis zu 25% ihres Kapitals in Staatspapiere umzuwandeln. Also ein Kassenraub auf „legalem", bzw. „finanztechnischem" Wege, der vor allem als Erpressung an den restlichen sudetendeutschen Geldanstalten anzusehen ist und befürchten läßt, daß auf diese Weise die sudetendeutsche Wirtschaft noch mehr ruiniert wird als es der Staat bisher schon fertig gebracht hat. Damit die staatsbürgerlichen Lasten aber gleichmäßig verteilt sind, beging Schulminister Franke einen klaren Verfassungsbruch, indem er der Lehrer- und Professorenschaft in einem mit diplomatischen und journalistischen Floskeln reichlich durchsetzten Erlaß jede politische Betätigung, ja geradezu jedes politische Bekenntnis zu verbieten sucht. Damit diese Gipfelleistungen der Prager Koalitionstyrannei reibungsloser durchgeführt werden können, hat man das bereits erwähnte Versammlungsverbot und eine erhebliche Verschärfung der ohnehin schon reichlich berüchtigten Pressezensur in Anwendung gebracht.

Herr Chamberlain dürfte über diese Auslegung seines Wunsches nach anständiger Regelung der sudetendeutschen Frage sehr erstaunt gewesen sein. Diejenigen aber, die glauben, daß der englische Premier weiß, was er will, werden feststellen müssen, daß er in Prag wenig Verständnis gefunden hat. Denn auch ein blutiger Laie muß nunmehr merken, daß man es in Prag anscheinend darauf angelegt hat, es Berlin unmöglich zu machen, sich an dem Schicksal des Sudetendeutschtums uninteressiert zu erklärten. Abgesehen von der berechtigten gefühlsmäßigen Seite, über die einzig und allein das deutsche Volk ohne Unterschied der staatlichen Zugehörigkeit zu bestimmen hat, kann sich nunmehr auch hinsichtlich der moralischen Seite keine fremde Macht mehr über eine etwaige betonte Reserviertheit des Deutschen Reiches gegenüber der tschechoslowakischen Staatsführung aufhalten, ohne sich selbst einer unheilbaren Lächerlichkeit preiszugeben. Man müßte eigentlich selbst in Prag gemerkt haben, daß z. B. England, das aus der Lösung der österreichischen Frage heute viel schneller vernünftige Folgerungen gezogen hat als seinerzeit aus der Abessinienfrage, kaum mehr für provokative Abenteuer un-

fähiger Regierungskünstler jener Staaten zu haben sein wird, über die man sich schon bei ihrem Entstehen nur sehr schwer einigen konnte, weil man von vornherein nicht an deren zur Schau getragene Seriosität glaubte.

Die endgültige und, zum Leidwesen mancher Humanitätsdogmatiker, restlose Einigung des Sudetendeutschtums schreitet unabhängig davon täglich weiter vorwärts. Eine Reihe von Zeitungen hat ihr Erscheinen eingestellt, weil die Gruppen, auf die sie sich stützten, nicht mehr bestehen. Die zuständigen Wirtschaftsverbände haben ihre Mitarbeit an dem vom Turnverbande in die Wege geleiteten Ausbau des Arbeitsdienstes zugesichert. Die sudetendeutschen Schutzverbände haben die oberste Autorität Konrad Henleins in völkischen Dingen ausdrücklich anerkannt. Da gleichzeitig über die informativen Besprechungen, zu denen Dr. Hodža Vertreter der SdP. eingeladen hatte, von der üblichen Seite durchsichtige Gerüchte verbreitet wurden, veröffentlichte die SdP. eine parteiamtliche Erklärung, in der es heißt: „Zur Gesamtlage stellt der politische Ausschuß auf Grund der aus allen Gebieten vorliegenden Nachrichten fest, daß keinerlei Anzeichen für eine Änderung des bisherigen Systems erkennbar sind und daß sich die öffentliche Meinung auf tschechischer Seite in keiner Weise den neuen Verhältnissen anzupassen versucht. Für die SdP. als politischer Willensträgerin des gesamten Sudetendeutschtums ist daher gegenwärtig weder Anlaß noch Möglichkeit geboten, ihre bisherige politische Einstellung zu ändern".

Selbst die deutschsprechenden Sozialdemokraten, die es auf Grund ihrer jüdisch-freimaurerischen Versippung doch in mehrfacher Hinsicht am nächsten zur Prager Burg haben, sahen sich infolge der psychologischen Qualität der erwähnten Gesetzesvorlagen und der Selbstauflösung ganzer Ortsgruppen veranlaßt, den an seinem Ministergehalt klebenden und daher sich heftig sträubenden Dr. Czech aus der Regierung abzuberufen und in Abg. Jaksch, vormals Jungaktivist, einen ihrer letzten Arier zum Parteivorsitzenden zu wählen, ohne daß dadurch der verheerende Mitgliederschwund zum Stillstand gekommen wäre.

Die allnationale, d. h. die von allen nichttschechischen Volksgruppen isolierte Koalition, ist damit wieder hergestellt. Sie erweckt allerdings den Eindruck, daß mit ihr die Staatsführung noch weniger zu beginnen weiß — als Herr Chamberlain und sein gegenwärtiger Kollege Daladier. Das hängt auch damit zusammen, daß man noch nicht weiß, ob die inzwischen verwirklichte Jugendvolksfront und deren gewundenes Dementi auch in der älteren Generation Nachahmung finden wird. Die tschechischen nationalen Jugendverbände haben diese Entwicklung ebenfalls mit einem Zusammenschluß beantwortet. Die Fronten sind also da — es fehlen nur die — anderswo abgelehnten — Führer. Wie weit die ältere Generation dafür bereits sturmreif ist, dürfte der 1. Mai vielleicht deutlicher zeigen, als es selbst den Initiatoren des Sowjetpaktes, infolge notwendiger Rücksichten auf das leider immer noch zu „konservative" England, heute schon lieb sein dürfte. Vorausgesetzt, daß man in Prag doch noch zur Einsicht kommen sollte, daß das erlassene Versammlungs- und Aufmarschverbot nicht über den 30. April verlängert werden dürfe, da ein Kundgebungsverbot für den 1. Mai doch ein gar zu eigenartiger Auftakt zur 20jährigen Bestandesfeier der Tschechoslowakei wäre.

Als viel geeigneter hiezu dürften sich die längst fälligen Gemeindewahlen erweisen, die bekanntlich nach den Spielregeln der Prager Verschleppungstaktik im letzten Herbst plötzlich verschoben wurden und anscheinend doch noch Ende Mai stattfinden sollen. Obwohl man sich in Prag angeblich tausend Jahre nicht gefürchtet hat, wurden sie damals aus Angst vor der SdP. abgeblasen. Da aber natürliche Entwicklungen nicht aufzuhalten sind, besitzt die SdP. heute infolge der freiwilligen Eingliederung der aktivistischen Parteien praktisch dennoch die damals vorenthaltene Mehrheit in der Mehrzahl der Gemeindestuben — allerdings nicht durch Wahl, sondern durch das spontane „Totalitätsstreben" des Sudetendeutschtums. Woraus ersichtlich ist, daß das Nichtfunktionieren bzw. der Mißbrauch der Demokratie durch die Demokraten Wasser auf die Mühlen des „Faschismus" ist. Ob man in Prag aus diesem unerwarteten politischen Eigentor infolge fortgesetzter Fouls an den Spielregeln der Demokratie (unter stillschweigendem Einverständnis des Schiedsrichters, der selbst aktiver Spieler war) gelernt hat, wagen wir nicht mit Bestimmtheit anzunehmen. In der Presse äußert sich dieser Niedergang der demokratischen Anstandsregeln als „Weiße

Krankheit", die besonders in den Oppositionsblättern epidemieartigen Charakter angenommen hat, so sehr, daß die diesbezüglichen Fehlleistungen der Zensurbehörden dem protestierenden Abg. Kundt auch vom Ministerpräsidenten als solche zugegeben wurden.

* * *

Als logische Folge der sudetendeutschen Einigung ist die Übergabe des Deutschpolitischen Arbeitsamtes an die SdP. anzusehen. Sie erfolgte in aller Ruhe, obwohl man vor Jahren gar sehr mit dem damals noch bestehenden aktivistischen Blätterwalde rauschte, weil man zu wissen glaubte, daß verschiedene Aufrufe Konrad Henleins dort vervielfältigt wurden, als die SdP. noch keine eigene Presse hatte. So ändern sich eben die Zeiten.

Nicht geändert hat sich hingegen der dürftige Charakter der politischen Amnestien der Tschechoslowakei. Die heuer als Jubiläumsamnestie zu Ostern verfügte Begnadigung politischer Vergehen, die in anderen Staaten gar nicht als solche betrachtet und geahndet werden, ist nämlich in so weitem Maße von dem berüchtigten „freien Ermessen" des Justizministers abhängig, daß zu befürchten ist, die Amnestie werde sich hinsichtlich ihrer Kärglichkeit nicht von der Jubiläumsstimmung unterscheiden.

Der plötzliche Wetterumschlag hat in Prag eigenartige politische Herbstzeitlosen diesmal bereits im April erblühen lassen. Herr Jaksch, seines Zeichens gegenwärtiger und voraussichtlich letzter Obmann der deutschsprechenden Sozialdemokratie, hat aus eigenem und außenministeriellem Antrieb und auf Kosten seines ehemaligen Rufes und nichtdeutscher Taschen wieder eine Reise nach England unternommen, wo er Herrn Atlee in der Meinung zu bestärken gedenkt, daß einzig und allein die Sozialdemokraten, deren Mitgliederzahl sich seit März täglich nach unten verändert, berechtigt seien, im Namen des Sudetendeutschtums zu sprechen, da ja bekanntlich die Mehrheit immer der Unsinn ist. Es wurde auch die Meinung verbreitet, daß Herr Jaksch sich nebenbei nach einem neuen Tätigkeitsfeld umsehen wolle, da ihm seine sudetendeutsche Operationsbasis bald zu eng werden dürfte. Diese Version halten wir aber für verfrüht.

In diese demokratischen Halbheiten und staatspolitischen Don-Quichoterien sind die klaren von Not und Verantwortung geprägten Worte Konrad Henleins auf der Karlsbader Hauptratstagung der SdP. gefallen. Sie haben den Nebel der Verschleierung und Verschleppung, der von interessierter Seite um die Lebensfrage des Sudetendeutschtums und Existenzfrage der Tschechoslowakei in ihrer heutigen Gestalt geblasen wurde, zerteilt und der harten und eindringlichen Sprache der Tatsachen wieder Geltung verschafft. Auf dieser Tagung entwarf Dr. Kreißl ein nüchternes Bild vom „Abbau der Selbstverwaltung in Gemeinde, Land und Bezirk". Dr. Sebekovsky charakterisierte an Hand unwiderlegbaren Materials „Die tschechische Expansion und ihre geistesgeschichtliche Begründung". Abg. Kundt stellte in seinem Referat über „Die diesjährige Rechtsentwicklung und unsere grundsätzlichen Forderungen für eine Nationalitätenrechtsordnung" das unveräußerliche Recht des Sudetendeutschtums auf seine Selbstbestimmung fest. Aus dem Bericht des Organisationsleiters Abg. Dr. Köllner ging hervor, daß der Mitgliederzuwachs im Monat März d. J. allein die Zahl 212 000 erreichte und daß gegenwärtig die Zahl von 800 000 Parteimitgliedern bereits überschritten ist.

Den Höhepunkt der Tagung, die im Zeichen des höchsten Interesses des In- und Auslandes stand, bildete die große Rede Konrad Henleins. Er führte aus, daß er nicht an den Haß des tschechischen Volkes glaube, dieses aber aus den Fängen einer verantwortungslosen Hetzpresse befreit werden müsse. Er forderte ferner die Revision des tschechischen Geschichtsmythos von der notwendigen deutsch-tschechischen Erbfeindschaft und der selbstzerstörerischen Auffassung von einem slawischen Bollwerk gegen die Fiktion vom deutschen Drang nach Osten. Drittens forderte er die Revision der gegenwärtigen außenpolitischen Festlegung der Tschechoslowakei, durch die diese in die Reihe der Feinde des deutschen Volkes geführt wurde. Er stellte weiter die Tatsache fest, daß die im Vorfriedensvertrag und auf der Friedenskonferenz von den Staatsmännern der Tschechoslowakei freiwillig gegebenen mündlichen und schriftlichen Versprechungen ebensowenig erfüllt wurden wie die in der tschechoslowakischen Staatsverfassung niedergelegten staatsrechtlichen Verpflichtungen, die allesamt die vollkommene Gleichberechtigung des Sudetendeutschtums sicherstellen sollten.

Statt einer wahren Demokratie wurde die Diktatur der tschechischen Minderheit, der Bürokratie und der Polizei errichtet". Die Sudetendeutschen wollen aber nur als Freie unter Freien leben.

Konrad Henlein stellte dann acht Forderungen auf, deren Erfüllung allein geeignet sein könnte, den gegenwärtigen Krieg im Frieden zu beenden. Sie lauten:

„1. Herstellung der völligen Gleichberechtigung und Gleichrangigkeit der deutschen Volksgruppen mit dem tschechischen Volk;
2. Anerkennung der sudetendeutschen Volksgruppe als Rechtspersönlichkeit zur Wahrung dieser gleichberechtigten Stellung im Staate;
3. Feststellung und Anerkennung des deutschen Siedlungsgebietes;
4. Aufbau einer deutschen Selbstverwaltung im deutschen Siedlungsgebiet in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, soweit es sich um Interessen und Angelegenheiten der deutschen Volksgruppe handelt;
5. Schaffung gesetzlicher Schutzbestimmungen für jene Staatsangehörigen, die außerhalb des geschlossenen Siedlungsgebietes ihres Volkstums leben;
6. Beseitigung des dem Sudetendeutschtum seit dem Jahre 1918 zugefügten Unrechts und Wiedergutmachung der ihm durch dieses Unrecht entstandenen Schäden;
7. Anerkennung und Durchführung des Grundsatzes: Im deutschen Gebiet deutsche öffentliche Angestellte;
8. Volle Freiheit des Bekenntnisses zum deutschen Volkstum und zur deutschen Weltanschauung."

Im Hinblick auf den unerhörten Gewissenszwang und die verheerende Gesinnungsschnüffelei erklärte Konrad Henlein klar und unwiderruflich: „So wie das Deutschtum der ganzen Welt, bekennen auch wir uns zu den nationalsozialistischen Grundauffassungen des Lebens, die unser ganzes Fühlen und Denken erfüllen, und nach denen wir das Leben unserer Volksgruppe im Rahmen der Gesetze gestalten".

Das Sudetendeutschtum hat somit gesprochen und seine Stellungnahme zu den letzten innen- und außenpolitischen Ereignissen bekannt gegeben. Das Wort und die Verantwortung hat nunmehr die tschechoslowakische Staatsführung und das tschechische Volk. Es hat nunmehr Gelegenheit, die Schlichtung des Völkerstreites auf der Grundlage der vor einem Jahre von der SdP. eingebrachten Volksschutzgesetzanträge, deren parlamentarische Behandlung nunmehr bereits ein Jahr aussteht, anzubahnen. Deren Annahme nach dem Jubiläum einer einjährigen Verschleppung wäre gewiß eine Friedenstat allerersten Ranges, die es der Tschechoslowakei ermöglichen würde, das Jubiläum des 20jährigen Bestandes der Republik mit größerer Zuversicht und reinerer Freude zu begehen, als dies gegenwärtig der Fall sein dürfte.

*

Eine erhebliche Stärkung hat aus der völkischen Einigung auch das sudetendeutsche Verbändewesen erfahren. Fast alle größeren wirtschaftlichen und kulturellen Vereinigungen haben Aufrufe erlassen, in denen sie bekunden, daß sie sich Konrad Henlein unterstellen.

Ferner ist eine erhebliche Vereinheitlichung der bäuerlichen Organisationen durch die Schaffung eines „Sudetendeutschen Nährstandes" erfolgt.

*

Wie stark die Völkerverhetzung in der Tschechosl. Republik bereits gediehen ist, zeigten die Krawalle des Preßburger Straßenpöbels gegen ein Gastspiel des Berliner Schillertheaters, das unter dem somit unwirksamen Ehrenschutz des Unterrichtsministers Dr. Franke stand. Demgegenüber findet die sudetendeutsche Kunst — wie der große Erfolg der Kunstausstellung in Stuttgart, die nunmehr in Anwesenheit des Stellvertreters Konrad Henleins, des Abg. K. H. Frank auch in Köln gezeigt wird, beweist — im Deutschen Reiche immer größere Anerkennung. Es ist erstaunlich, aber auch bloßstellend, daß diese Ausstellung von den Prager staatlichen Kunstkreisen noch nicht angefordert wurde.

Der neue Malniker Sender, dessen jüdischer Jargon viel Verwandtschaft mit dem der Prager „deutschen" Sendung aufweist, wird von der sudetendeutschen Künstlerschaft ebenso entschieden abgelehnt wie von der sudetendeutschen Hörerschaft.

Dem Germanisten der deutschen Universität in Prag, Prof. Dr. Herbert Cysarz wurde der Eichendorffpreis, der von der Weimarer J. W. Goethe-Stiftung vergeben wird, für seine Forschungen über Friedrich Schiller und die deutsche Barockdichtung verliehen. Prof. Cysarz sprach vor kurzem in einer Massenkundgebung in Prag über die

deutschen Kulturforderungen in der Tschechoslowakei und verlangte die Aufhebung aller jener ungezählten ungerechten und widersinnigen Beschränkungen des deutschen Kulturlebens in der Tschechoslowakei, die besonders seit 1933 wahre Orgien der Engherzigkeit und Feindseligkeit gefeiert haben. Wie dringend auch auf personellem Gebiet eine allgemeine Flurbereinigung nötig ist, geht aus der Tatsache hervor, daß auch Tschechen als Leiter deutscher Mittelschulen fungieren, wie z. B. in Iglau. Mit derartigen durchsichtigen Schachzügen ist die bisher systematisch niedergeprügelte Staatsgesinnung des Sudetendeutschtums ebensowenig zu erzeugen wie mit den in letzter Zeit besonders in Nordmähren errichteten neuen tschechischen Mittelschulen für die Kinder der Grenzler-Diaspora. Das Verbot des „Saatreitens", eines alten deutschen Volksbrauches, gehört hingegen ins Kapitel „Tschechische Selbstüberschätzung", da es bestimmt in keinem irgendwie gearteten Zusammenhang mit dem deutsch-tschechischen Verhältnis steht.

Der Theaterskandal in Reichenberg hat seine Lösung dadurch gefunden, daß der jüdische Direktor Barnay, weiland Breslau, entdeckt hat, daß man in Amerika seiner harrt. Die Reinigung des sudetendeutschen Theaterlebens, macht auch sonst weitere Fortschritte, da die SdP. die Unterstützung der nichtjüdischen Stadttheater erfolgreich betreibt. Ein weiterer Theaterskandal wurde von den nichtarischen Mitgliedern des Brünner deutschen Theaters inszeniert. Dem Theaterverein wurde aber von der Theaterbaugemeinde die Benutzung des Theaterfundus entzogen und das Verfügungsrecht dem Bund der Deutschen übertragen. Die jüdischen „Kulturträger" wurden somit ausgebootet, trotz der Unterstützung, die sie von staatlichen und städtischen Stellen erhielten.

Einen schweren Verlust erlitt die Prager Deutsche Universität durch den tödlichen Unfall des Direktors der psychiatrischen Klinik, Prof. Dr. Gamper.

*

Auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete wurde der Ausbeutungsfeldzug gegen das Sudetendeutschtum fortgeführt. So sahen sich die Radiumarbeiter von Joachimstal gezwungen, mit einem Hungerstreik gegen die Prager Humanität und soziale Gerechtigkeit zu protestieren. Der Lungenkrebs hat infolge mangelhafter hygienischer Schutzmaßnahmen in letzter Zeit so um sich gegriffen, daß dies hätte nicht einmal dem inzwischen doch noch demissionierten Gesundheitsminister Dr. Czech (Sozialdemokrat) entgehen dürfen. Die SdP. hat sofort in Prag die nötigen Schritte unternommen und die bindende Zusage erhalten, daß in allerkürzester Frist die gesetzliche Sicherstellung der Lebensexistenz der Radiumarbeiter erfolgen solle.

Die Sudetendeutsche Volkshilfe konnte ihr diesjähriges Sammelergebnis auf 16 Millionen Kronen erhöhen. Mit besonderer Dankbarkeit wurde die Hilfe der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig entgegengenommen. Diese hatte bekanntlich während der letzten Ferien 700 sudetendeutsche Kinder aufgenommen. Nunmehr trafen aus Nordschleswig noch 2 Waggon Lebensmittel ein. Diese Hilfe aus dem Auslande müßte das Prager Fürsorgeministerium eigentlich an seine Pflicht erinnern. Man darf gespannt sein, ob es diese im kommenden Sommer wieder in Form einer Erholungsverweigerung für unterernährte sudetendeutsche Kinder erfüllen wird — aus Gründen der Humanität natürlich.

Der bereits erwähnte Gesetzentwurf über die Staatspapierpflichtanlage, lies: Zwangsanleihe, wird der ausgebeuteten sudetendeutschen Wirtschaft eine weitere Milliarde Kronen entziehen und der um ihre Existenz ringenden Privatwirtschaft auf Jahre hinaus Kredite unmöglich machen. Die SdP. protestierte gegen die Annahme des Entwurfs mit einem Exodus aus dem Parlament.

Auf welch unverantwortliche Weise aber mit solchen erpreßten Geldern umgegangen wird, enthüllte der tschechische (!) Budget-Berichterstatter, der dem erstaunten Parlamente mitteilte, daß allein 700 Millionen Staatsgelder beim staatlichen Eisenwerk in Podbřezová und bei der staatlichen Raffinerie in Dubová verschleudert wurden: Der Voranschlag verzeichnete für beide Betriebe bezeichnenderweise keinen Heller, so daß sich daraus der Schluß ergibt, daß man in Prag unter Demokratie Irreführung des Parlaments zu verstehen scheint.

Als neuer Anschlag auf den Rest der sudetendeutschen Arbeitsplätze ist ein Gesetzentwurf anzusehen, der „kriegswichtige" Unternehmungen verpflichtet, längerdienende Unteroffiziere, d. h. Tschechen, anzustellen.

Katastrophal würde sich ferner die Annahme eines Gesetzentwurfes auswirken, durch den die deutsche Jugendfürsorge unter staatliche Kontrolle gestellt werden soll. Die Erfahrungen, die man damit auf dem Gebiete der staatlichen Arbeitslosenunterstützung und der Krankenversicherung gemacht hat, lassen das Schlimmste befürchten.

Einen erfreulichen und nachahmenswerten Beschluß haben die Besitzer der Mähr.-Schönberger Industrieunternehmungen gefaßt. Sie haben ihren Arbeitern für den 1. Mai, obwohl er heuer auf einen Sonntag fällt, einen Lohn ausgezahlt.

* * *

Angesichts der latenten Krise des tschechoslowakischen Staates konnte das Interesse des Deutschen Reiches, des wichtigsten Nachbarn, natürlich nicht erlahmen. Um so mehr als die nachgerade schon berüchtigten „korrekten Beziehungen", die Prag zum Muttervolk der 3½ Millionen Sudetendeutschen unterhält, noch immer nicht beigelegt wurden. Wir meinen hier nicht nur die Lausbübereien einiger tschechischer Staatspolizisten und Soldaten, die in Reichenberg und Budweis das Hohheitszeichen des Deutschen Reiches mehrmals „beanstandeten", da sie damit nur bekundeten, wie es in der Tschechoslowakei oft um die Kinderstube jener Stellen bestellt ist, die in anderen Staaten als Ordnungsfaktoren wirken. Denn man muß sich im klaren sein, daß von einer Polizei, die sich in Teplitz so beschämende Ausschreitungen gegenüber sudetendeutschen Parlamentariern zuschulden kommen ließ, keine internationalen Anstandsregeln zu erwarten sind. Noch weniger meinen wir den organisierten Überfall des kommunistischen Pöbels der Hauptstadt Prag, der auf die Wohnung des Prager deutschen Gesandtschaftsrates Hencke ausgeführt wurde. Denn alle diese Anzeichen einer schlummernden Vorliebe für alles Chaotische vermögen das Ansehen des deutschen Reiches nicht im geringsten herabzusetzen, eine Feststellung, die angesichts der Häufigkeit derartiger Vorfälle, hinsichtlich der Tschechoslowakei leider nicht wiederholt werden kann.

Wir meinen vielmehr die Art und Weise, wie man während und nach dem Anschlusse Österreichs, von dem Dr. Benesch einmal sagte, daß er Krieg bedeute, glaubte die sudetendeutsche Frage der nun allmählich überfälligen Lösung näher bringen zu können. Obwohl der Prager Sender mit der Übertragung der Führerrede vom 20. Februar eine bis dahin nicht geübte Großzügigkeit erkennen ließ, bewies man in den Prager Redaktionsstuben und den offensichtlich unter ihrem Einfluß stehenden Staatsämtern wenig psychologisches Denkvermögen. Man hat zwar bereits soviel Selbstkritik gezeigt, daß man das Wort des Führers von den „10 Millionen unterdrückten Volksgenossen allein in zwei Nachbarstaaten" auf sich bezog, aber man ist wieder einmal die selbstgerufenen Geister nicht los geworden und hat geglaubt, den politischen Stein der Weisen in einer geradezu verdächtig wirkenden Zurschaustellung einer angeblichen Furchtlosigkeit gefunden zu haben. Und doch ist auch von einem tschechischen Parlamentarier die Feststellung getroffen worden: „Die heutigen politischen Ereignisse sind der Gipfelpunkt des Mißerfolges der bisherigen Konzeption". Es ist bezeichnend, daß selbst Dr. Hodža dieser Psychose verfallen ist und daß ihm in seiner Regierungserklärung vom 5. März die verräterische Wendung unterlief: „Es ist eine bloße Selbstverständlichkeit, wenn die Tschechoslowakei und zwar im vollen Bewußtsein der Tragweite dieser Erklärung, nachdrücklich betont, daß ihre Grenzen absolut unantastbar sind . . . Wir haben uns tausend Jahre nicht gefürchtet, wir fürchten uns auch heute nicht".

Die DAZ. mußte deshalb Dr. Hodža an die undemokratische Entstehungsgeschichte der Tschechoslowakei erinnern: „Deutschland und ebenso die von ihm abgetrennten deutschen Volksgruppen tragen keine Verantwortung für die willkürlich durch die Friedensdiktate gezogenen Grenzen. Gerade darum aber hält sich Deutschland für verpflichtet, das Wohl und Wehe seiner Volksgenossen jenseits dieser Grenzen zu verfolgen und für die Einhaltung der ihnen zugebilligten Rechte einzutreten." Daß dies keine Privatmeinung der DAZ. war, bewiesen die Ausführungen Abg. Kundts (SdP.) im Parlamente, der u. a. sagte: „Wenn Sie die Unantastbarkeit der Staatsgrenzen nach außen verlangen und betonen, dann fordern wir auch, daß die Volksgrenzen innerhalb des Staates nicht überschritten werden." Auch die Deutsche Diplomatisch-politische Korrespondenz mußte feststellen: „Hodžas Rede

hat nicht die Zweifel beseitigt, daß praktisch alles beim alten bleibt." Um ja keinen Zweifel darüber zu lassen, wie die Hodža-Rede aufzufassen sei, ist ein Großteil der tschechischen Presse wieder erhöht — trotz der Mahnungen Dr. Kroftas — in die alte Heiterkeit und Mitleid erregende Großmannsucht verfallen, obwohl sie doch ein einziger Blick auf die nunmehrige Karte Europas davon überzeugen müßte, daß dies aus verschiedenen Gründen sehr unzeitgemäß ist. Es hat nämlich auch der polnische Außenminister Beck in einer Unterredung zu Ward Price für die 250 000 Polen in der Tschechoslowakei die Autonomie gefordert und damit die oben erwähnte Erklärung Dr. Wolfs nachdrücklich unterstrichen.

Man sollte annehmen, daß die verantwortlichen Stellen in Prag nunmehr endgültig zur Überzeugung kommen mußten, daß innerstaatliche Nationalitätenpolitik nicht mehr mit Hilfe einer sowohl hinsichtlich ihrer praktischen Wirksamkeit als auch ihrer moralischen Qualität fragwürdigen Außenpolitik gemacht werden kann. Nicht zuletzt deswegen, weil die sudetendeutsche Frage so niemals mehr eine innerpolitische Angelegenheit der Tschechoslowakei werden kann. Aber weit gefehlt! Ein sich unter dem Decknamen Stanislav Yester verbergender tschechischer Generalstäbler schrieb (anläßlich der reichlich posthumen Anerkennung des römischen Imperiums durch die Tschechoslowakei) in der Zeitschrift „Přitomnost" von einer „geopolitischen Konstante zwischen Brenner und Erzgebirge". Dieser also politisierende Militärbeamte, dessen Originalität sichtlich in den berüchtigten Spuren verfehlter Beneschkonstruktionen von anno belli 1918/19 wandelt, vergißt leider zu erklären, weshalb diese „geopolitische Konstante" während des Abessinienkrieges vom Prager Außenministerium und der tschechischen Presse konstant mißachtet wurde und weshalb dieser Konstante Dr. Benesch erst jüngst durch seine Glückwünsche an den „Regierungschef" von Barcelona ebenso konstant zuwiderhandelte. Im übrigen ist dieses vorlaute Aufdecken der tschechischen Pseudotrümpfe nur zu begrüßen. Nicht zuletzt werden es die europäischen Witzblätter, die seit dem Hingange Mr. Edens oft arg in Schwierigkeiten geraten sind, begrüßen, daß Yester es in seiner politischen Genialität Italien zutraut, es werde die besonders während des Abessinienkrieges geopolitisch konstant bewährte Freundschaft des reichsdeutschen 75 Millionen-Volkes hurtig gegen die hysterische Paktomanie eines mit dem Bolschewismus und Mr. Eden liebäugelnden 7-Millionenvölkchens vertauschen. Wenn Yester fleißig weiter solche weltpolitische Konzepte aus seinem Prager Einheitsfederkiel saugt, dürfte er vielleicht bald an Mr. Edens Stelle rücken können. Es steht aber zu hoffen, daß er von berufener Seite darüber aufgeklärt wird, daß er mit seinen „strategischen" Ergüssen keinesfalls zu dem längst fälligen Völkerfrieden beigetragen hat. Darüber hinaus übersieht Yester auch die psychologische Tatsache, daß derartige pseudomilitärische Politikastereien das gesamtdeutsche Mißtrauen gegen die fallweisen Friedensschalmeien vom Moldaustrande geradezu herausfordern. Zur endlichen Befriedung hat er jedenfalls ebensowenig beigetragen, wie die bisherige Prager Nationalitätenpolitik.

Südslawien

Widerhall des Geschehens in der Ostmark — Erklärungen zur deutschen Schulfrage — Die Verordnung über die Einschränkung des Liegenschaftsverkehrs — Volksdeutsche Einheitsfront

Die Schaffung des Großdeutschen Reiches hat — wie überall, wo deutsche Menschen leben — auch in Südslawien freudigsten und nachhaltigsten Widerhall gefunden. Auch in Kreisen des staatsführenden Volkes hat die Heimkehr der deutschen Ostmark ins Reich erfreulicherweise eine durchaus sachliche und gerechte Würdigung erfahren. In maßgebenden Erklärungen wurde darauf hingewiesen, daß man den Grundsatz der Zusammengehörigkeit aller Glieder eines Volkes, den man seinerzeit für sich in Anspruch genommen habe, billigerweise anderen nicht vorenthalten könne. In diesem Sinne nahmen insbeson-

dere auch die Belgrader regierungsoffiziösen Blätter „Vreme“ und „Samouprava“ sowie das Agramer Wirtschaftsblatt „Jugoslovenski Lloyd“ Stellung, die im Hinblick auf die herzlichen deutsch-südslawischen Beziehungen auch darauf hinwiesen, daß Südslawien nunmehr ein Volk von 75 Millionen Freunden als Nachbarn erhalten habe. Nur in einem — wegen seiner grundsätzlich deutschfeindlichen Einstellung bekannten — Teil der slowenischen und kroatischen Presse wurde der Versuch unternommen, durch Ausstreuung von Gerüchten über das nunmehr angeblich besorgniserregende Schicksal der Kroaten im Burgenland und der Slowenen in Kärnten, Verwirrung zu schaffen. Diese Falschmeldungen, die angesichts der volkstumsbejahenden Grundsätze des Dritten Reiches und seiner bekannten Praxis in den Volksgruppenfragen schon an sich reichlich dumm gewählt waren, wurden durch die inzwischen erfolgten maßgebenden Feststellungen sowie durch die positive Stellungnahme der betreffenden Volksgruppen selbst, alsbald Lügen gestraft. Da man in Südslawien die wahre Gesinnung des deutschen Volkes in Oesterreich besser als anderswo kannte, hat das Ergebnis der Volksabstimmung nicht als solches, sondern nur wegen der unerhörten und überwältigenden Geschlossenheit eines Volkes, die in diesem Bekenntnis zum Ausdruck gelangte, überrascht.

Befremdend mußte es jedoch wirken, daß in der Zeit zwischen dem 1. und 15. April südslawischen Staatsangehörigen deutscher Volkszugehörigkeit — obwohl sie über alle erforderlichen Ausweise verfügten — der Übertritt der deutschösterreichischen Grenze nicht gestattet wurde. Nur in besonders dringenden Ausnahmefällen, etwa bei eingetretenem Todesfalle, wurde diese, seitens der Laibacher Banschaftsverwaltung verordnete, eigenartige Grenzsperre nicht gehandhabt. In einigen Grenzorten nahmen überdies die Ortsbehörden Anlaß, das Tragen von weißen Strümpfen zu beanstanden oder — wie in Mahrenberg — wegen des Leihverkehrs mit deutschen illustrierten Zeitschriften unterhaltenden Inhalts Haussuchungen vorzunehmen und besagte Zeitschriften zu beschlagnahmen.

In diesem Zusammenhange erscheinen die grundsätzlichen Erklärungen von Bedeutung, welche Innenminister Dr. Anton Koroschetz im Rahmen der Haushaltsaussprache vor dem Belgrader Abgeordnetenhause zur Volksgruppenfrage abgegeben hat. Dr. Koroschetz führte u. a. aus: „Was die Lage der Minderheiten in unserem Staate betrifft, müssen wir auch dazu an dieser Stelle einige klare Worte sprechen. Im Völkerbunde haben wir den Minderheiten gegenüber wichtige Verpflichtungen übernommen. Ruhigen Gewissens und mit Stolz können wir heute behaupten, daß wir alle Verpflichtungen sehr loyal würdigen und erfüllen. Das müssen alle unsere Minderheiten anerkennen und bekräftigen. Wir haben den Minderheiten weder in konfessioneller noch in sprachlicher Hinsicht Schwierigkeiten gemacht. Vor den Gerichten, den Schulbehörden und den Steuerbehörden sind sie vollkommen gleichberechtigt. In wirtschaftlichen Fragen machen wir keinerlei Unterschiede. Unser Volk ist großzügig und kennt keinerlei Haß gegen andere Nationalitäten. Je weniger wir bei den Minderheiten zentrifugale Erscheinungen wahrnehmen und je mehr sie sich nach innen orientieren, um so enger werden wir sie als unsere Brüder umschließen. Nie werden wir es aber zulassen, daß unsere Minderheiten politische Organisationen gründen, deren Ziele den Staatsinteressen widersprechen würden und deren Tätigkeit die Loyalität und Treue der Minderheiten unter Verdacht stellen würde. Die Staatstreue läßt sich in einem Staat nicht auf Mehrheitsvolk und Minderheiten aufteilen.“

Gleichfalls im Rahmen der Haushaltsaussprache wies vor dem Senat dessen deutsches Mitglied, Dr. Georg Graßl, auf die Frage des deutschen Schulwesens und seine unbefriedigende Lösung hin. In seiner Erwiderung fand Unterrichtsminister Magaraschewitsch anerkennende Worte für die Tätigkeit der Privaten Deutschen Lehrerbildungsanstalt in Neu-Werbaß. Der Unterrichtsminister hat auch letzthin im Anschluß an eine Wählerversammlung in Palanka in der Batschka der bei ihm in dieser Angelegenleit vorsprechenden deutschen Abordnung eine befriedigende Lösung der deutschen Schulfrage versprochen. Es ist daher zu hoffen, daß es die zuständigen Schulbehörden an einer besonnenen und gerechten Beurteilung der unter den deutschen Mittelschülern in Neusatz bestandenen kameradschaftlichen Zusammenarbeit, die gewisse deutschfeindliche Kreise geflissentlich, jedoch ohne jede Berech-

tigung, als „Geheimbündelei" darzustellen suchen, nicht ermangeln lassen werden.

Seitdem im Herbst 1936 in der Draubanschaft die Verordnung über die Einschränkung des Liegenschaftsverkehrs in Kraft getreten ist, hat diese Frage nicht aufgehört für die deutsche Volksgruppe eine Quelle immer neuer Beunruhigung zu sein. Eine gesteigerte Bedeutung hat nun diese Frage dadurch erhalten, daß eine auf Grund der schon im Finanzgesetz für das Haushaltsjahr 1937/38 enthaltenen Ermächtigung erbrachte und am 24. Februar in Kraft getretene Verordnung die gleiche Beschränkung auch für weite Gebiete des donauschwäbischen Siedlungsgebietes vorschreibt. Diese neue Verordnung umfaßt die Gebiete der Gerichtshöfe (Landgerichte) in Weißkirchen, Betschkerek und Kikinda im Banat, Subotitza und Sombor in der Batschka, sowie der Bezirksgerichte (Amtsgerichte) Unter-Miholjatz, Slatina, Wirowititz, Djurdjewatz, Kopreinitz, Prelog und Tschakathurn im Bereiche der Gerichtshöfe Esseg, Bjelowar und Warasch-din in Kroatien-Slawonien.

Diese Verordnung, deren genauer Wortlaut „Verordnung mit Gesetzeskraft über die Einschränkung der Veräußerung von Liegenschaften auf dem Gebiete der Appellationsgerichte in Neusatz und Agram" lautet, enthält im einzelnen folgende wichtigsten Bestimmungen:

Art. 1 schreibt vor, daß die besitzrechtliche Übertragung von Liegenschaften auf Grund von Rechtsgeschäften unter Lebenden sowie die Verpachtung von Liegenschaften auf länger als fünf Jahre, von der Bewilligung eines besonderen Ausschusses abhängig ist. Falls die Erteilung der Bewilligung verweigert wird, gilt das Rechtsgeschäft als nicht abgeschlossen.

Art. 3 beinhaltet, daß die Bewilligung besonders dann erteilt werden soll, wenn ein ganzer Bauernbesitz als selbständige Wirtschaftseinheit veräußert wird und wenn der Käufer ihn selbst bearbeitet, oder wenn durch den Kauf ein bäuerlicher Besitz vergrößert wird.

Laut Artikel 4 und 5 wird die Bewilligung nicht erteilt, wenn das betreffende Rechtsgeschäft den allgemeinen Staatsinteressen widerspricht, wenn der Käufer das Grundstück zu Spekulationszwecken kauft, wenn Bauernbesitze oder deren Teil zwecks Schaffung oder Vergrößerung von Großgrundbesitzen gekauft werden und wenn schließlich die beabsichtigte Übertragung oder Verpachtung den Belangen der Landesverteidigung widerspricht.

Dem Ausschuß, der für die Bewilligung von Liegenschaftsübertragungen zuständig ist und der im Sitze eines jeden Bezirksgerichtes gebildet werden muß, gehören laut Art. 7 an: ein Richter des betreffenden Bezirksgerichts als Vorsitzer, ein von der erstinstanzlichen Verwaltungsbehörde ernanntes Mitglied und ein Mitglied der Gemeindeverwaltung, in dessen Bereiche der größere Teil des zu übertragenden bzw. zu verpachtenden Besitzes gelegen ist. Dieser Ausschuß faßt seine Beschlüsse mit Stimmenmehrheit. Die Sitzungen sind nicht öffentlich.

Falls es als erforderlich erscheint, kann dieser Ausschuß im Sinne des Art. 10 ein Beweisverfahren einleiten. In Zweifelsfällen ruft er das zuständige Divisionskommando zwecks Meinungsäußerung darüber, ob die Besitzübertragung den Belangen der Landesverteidigung widerspricht, an.

Gegen eine erteilte Bewilligung gibt es zwar kein Rechtsmittel. Doch kann jedes Mitglied des Bezirksausschusses, das gegen die Bewilligung gestimmt hat, verlangen, daß die Angelegenheit dem Ausschuß zweiter Stufe zur endgültigen Entscheidung unterbreitet wird. An diesen Ausschuß kann auch die durch eine abweisende Entscheidung betroffene Partei ihre Beschwerde richten.

Dem Ausschuß zweiter Stufe gehören nach Art. 11 ein Richter des zuständigen Appellationsgerichts als Vorsitzer und ein vom Banus ernanntes sowie ein vom Banschaftsausschuß bestimmtes Mitglied als Beisitzer an.

Seit Inkrafttreten dieser Verordnung sind die darin vorgesehenen Bezirksausschüsse bereits ausnahmslos zusammengetreten. Die von ihnen bisher gehandhabte Praxis war uneinheitlich. Während einige Ausschüsse ihren Entscheidungen gerechte und sachliche Maßstäbe zugrunde legen, hat sich bei anderen Ausschüssen tatsächlich eine Reihe von Fällen ergeben, in denen die Übertragungsbewilligung an Angehörige der Volksgruppen verweigert wurde. Diese Fälle gelangten nun auf dem Berufungswege vor den, vor kurzem zu seiner ersten Sitzung zusammengetretenen Berufungsausschuß am Appellationsgericht in Neusatz. Sämtliche an ihn gelangten Fälle hat der Berufungsausschuß zumeist wegen Mangels an urkundlichen Unterlagen — also aus formellen Gründen — unter Aufhebung der erstinstanzlichen Entscheidungen an die zuständigen Bezirksausschüsse rückverwiesen. Da jedoch eine grundsätzliche Stellungnahme nicht erfolgte und

nähere Erläuterungen an die Bezirksausschüsse nicht ergangen sind, kann man sich über die zu erwartende Handhabung der obigen Verordnung noch kein endgültiges Urteil bilden.

Indessen dürfte jetzt schon feststehen, daß eine solch unverständliche Praxis, wie sie in der Drau-Banschaft gehandhabt wurde und noch wird, nicht befolgt werden soll, da in jedem einzelnen Falle die Erbringung eines urkundlichen Beweises für die Begründungen einer ablehnenden Entscheidung gefordert zu werden scheint. Die Notwendigkeit einer eindeutigen Beweiserbringung ist besonders im Hinblick auf den Einwand, die Übertragung würde den allgemeinen Staatsinteressen widersprechen, von größter Bedeutung, weil dadurch dem zu gewärtigenden Mißbrauch mit der Behauptung über die angebliche Staatsfeindlichkeit des Käufers ein Riegel vorgeschoben werden könnte. Es ist im Interesse einer gerechten Lösung dieser Frage anzunehmen, daß die deutsche Volkszugehörigkeit des Käufers bzw. Pächters auf die Entscheidungen der Grundverkehrsausschüsse keinen Einfluß ausüben, aber auch in der Drau-Banschaft in Hinkunft keinen Behinderungsgrund mehr bilden wird.

In den Osterfolgen der deutschen Zeitungen in Südslawien wird ein an alle Volksgenossen gerichteter Aufruf der in der Volksdeutschen Einheitsfront zusammengeschlossenen Gruppen veröffentlicht. In Erkenntnis der verhängnisvollen Folgen, welche die Zersplitterung innerhalb der Volksgruppe auf deren Zukunft haben könnte, haben diese Gruppen im Sinne des von ihnen vereinbarten volkspolitischen Programms einen Landesausschuß der Volksdeutschen Einheitsfront ins Leben gerufen, dessen Aufgabe nach außen die Vertretung der Volksgruppe und die Verfechtung ihrer Lebensrechte, nach innen die Verwirklichung der organisatorischen Einheit und die Ausrichtung der ganzen Volksgruppe im Sinne des geschaffenen volkspolitischen Programms darstellen soll.

Das volkspolitische Programm der Volksdeutschen Einheitsfront umfaßt folgende fünf Punkte:

1. Feststellung der Anerkennung der völkischen Eigenständigkeit und des Lebensrechtes der Volksgruppe in Verfassung und Gesetz.

2. Anerkennung der Volksgruppe als Körperschaft des öffentlichen Rechts.

3. Gewährung der Satzungen für eine Volksgemeinschaft, in deren Rahmen alle Fragen der Volksgruppe — nationaler, sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Natur — erörtert und gelöst werden können.

4. Anerkennung der Führung der Volksgemeinschaft als allein berechtigte Vertretung der Volksgruppe dem Staate und den Behörden gegenüber.

5. Anerkennung des Rechtes der Volksgruppe, die Volksordnung im Rahmen der Volksgemeinschaft dem Geiste und der Weltanschauung des deutschen Volkes gemäß zu gestalten.

Im Aufruf heißt es u. a.:

„Mit dieser Entschließung hoffen die versammelten Gruppen die Plattform geschaffen zu haben, auf der alle Deutschen zusammenarbeiten können. Sie haben ihre Entschließung allen völkischen Gruppen zukommen lassen, in der Hoffnung, daß sie sich früher oder später auch eingliedern werden. Jedem ehrlichen deutschen Menschen steht die Tür offen, für gleichberechtigte, verantwortliche Mitarbeit in der Volksdeutschen Einheitsfront.

Um die Durchsetzung der gemeinsamen Zielsetzung zu ermöglichen, verpflichten sich alle vertretenen Gruppen, die öffentliche Austragung aller Streitigkeiten, die sich aus dem volkspolitischen Leben ergeben, einzustellen.

Die vertretenen Gruppen wenden sich nun an die breite Öffentlichkeit unserer Volksgruppe und fordern jeden Volksgenossen auf, mitzutun und mitzugestalten. Vergesset, was uns trennt, und stellt in den Mittelpunkt, was uns verbindet!

Mit der Schaffung der Volksdeutschen Einheitsfront ist eine Sehnsucht unseres Volkes in Erfüllung gegangen: Alle Kräfte zusammenzufassen im Kampf für unser deutsches Volk. Denn über alle persönlichen und sachlichen Gegensätze hinweg sind und bleiben wir Deutsche und gehören daher in eine große Gemeinschaft, soweit wir nicht durch unser Verhalten den deutschen Namen geschändet und uns so aus der Gemeinschaft des Volkes selber ausgeschaltet haben."

Durch Bildung der Volksdeutschen Einheitsfront ist nunmehr auch beim Deutschtum in Südslawien die Voraussetzung zur inneren Befriedung und zur restlosen Wiederherstellung der innervölkischen Einheit geschaffen worden.

Vereinigte Staaten von Amerika

Einmütiges Bekenntnis zu Großdeutschland — Aufrufe zur Einigung des Amerikadeutschtums — Terrorakte und Gangstermethoden gegen den Amerikadeutschen Volksbund — Erfolge auf kulturellem Gebiet Wieder eine Zeitung eingegangen

Wie überall in der Welt, wo Deutsche wohnen, hat das gewaltige Geschehen des März 1938, die Heimkehr der Ostmark in das großdeutsche Vaterland, auch das Deutschtum der Vereinigten Staaten auf das tiefste beeindruckt. Der 12. März und der 10. April fanden das Amerikadeutschtum einig in seinem Bekenntnis zu Großdeutschland und seinem genialen Führer. Auch die Kreise, die bisher in ihrer Haltung dem Dritten Reich gegenüber eine gewisse Reserve bewahrt hatten, haben angesichts der Größe der Stunde ein offenes und freudiges Bekenntnis zum Führer und seinem Werk abgelegt. So ist es nicht ohne Bedeutung, wenn der Herausgeber der „Täglichen Omaha Tribüne" und einer Reihe anderer deutschsprachiger Zeitungen, Valentin Peter, einer der führenden deutschstämmigen Katholiken Nordamerikas, bereits am 14. März in seiner Zeitung die Worte findet:

> „Der Führer scheint in der Tat eine Sendung der Vorsehung zu sein; ein Mann der Europa umgestaltet; der die ganzen deutschen Völker in Europa zu vereinen berufen ist.
> Heil dem deutschen Brudervolk!"

Doch nicht nur die deutschsprachige Presse des Landes wurde der Bedeutung der Zeit gerecht, auch die deutschen Verbände und Organisationen haben der Wiedervereinigung Deutschösterreichs mit dem Reich mit Kundgebungen und Feiern gedacht oder für sich selbst aus diesem weltgeschichtlichen Geschehen die einzig logische Nutzanwendung gezogen, nämlich die Einigung des Amerikadeutschtums. So erklärte der Präsident des „Verbandes bayerischer Vereine" von Groß-New York, Dr. Louis A. Ewald, daß die Erfüllung des tausendjährigen Traumes aller Deutschen, das großdeutsche Reich, sich auch im Deutschtum Amerikas auswirken müsse. Heute gelte die Parole „Das ganze Deutschtum soll es sein!" für alle Schichten und Kreise des organisierten deutschstämmigen Bürgertums. Auch von anderen Gruppen wird der Ruf nach Einigkeit laut. So wird in einem vom Deutsch-Amerikanischen Heimatausschuß in Cleveland erlassenen Aufruf zur Einigung des Deutschtums in Amerika als die Grundlage aller Einigungsbestrebungen der Begriff des deutschen Volksbewußtseins geprägt. Der Aufruf umreißt diesen Begriff mit folgenden Worten:

> Deutsches Volksbewußtsein ist das Bekenntnis zum Wert des deutschen Menschen, gleich wo er lebt oder geboren sein mag.
> Deutsches Volksbewußtsein ist das Bekenntnis zur alten Heimat als dem Urquell deutschen Lebens überall in der Welt.
> Deutsches Volksbewußtsein ist Selbstachtung und Anerkennung der Taten und Schöpfungen unseres Stammvolkes und seiner großen Männer.
> Deutsches Volksbewußtsein ist darüber hinaus in Amerika wie in der ganzen Welt Anerkennung der Leistungen deutscher Volksgenossen.
> Volksbewußtsein steht in keinerlei Gegensatz zu Staatsbürgerschaft und kann deswegen die Vertreter und Bekenner ihres Deutschtums nicht in Zwiespalt bringen. Nur der volksbewußte Mensch ist ein ganzer Mensch. Der Verleugner seines Stammvolkes ist wurzellos.

Praktische Fingerzeige für einen geschlossenen Einsatz des Deutschtums gibt in der Chicagoer „Abendpost" Rudolf E. Vieweg in seinem „Appell an die deutschstämmige Bevölkerung von Illinois", in dem zur Gründung eines neuen Staatsverbandes aller deutschen Organisationen aufgerufen wird. Das Programm dieses Zentralverbandes lautet:

> Erhaltung und Aufbau der deutschsprachigen Presse; Förderung der deutschen Rundfunkstunden, Sprachschulen, Kinderchöre und anderer dem Gemeinwohl dienenden Einrichtungen; die Abhaltung eines seiner Bedeutung gerecht werdenden Deutschen Tages und einer großen Wohltätigkeitsfeier, aus deren Erlös eine Hilfsaktion für bedürftige Volksgenossen durchgeführt werden kann; Beratung aller Nichtbürger zur Erlangung ihres amerikanischen Bürgerrechts.

*

Auch in den letzten Wochen und Monaten sah sich das Amerikadeutschtum gezwungen, seine Kräfte weiterhin in den Abwehrkampf der systematischen Lügenhetze und Greuelpropaganda des Weltjudentums und seiner Trabanten zu stellen. Die Wiedergeburt des Großdeutschen Reiches war für die Juden Nordamerikas das Signal zu einer Verschärfung ihres rücksichtslosen Kampfes gegen Deutschland und alles Deutsche. Dieses Mal führten sie alle verfügbaren Hilfstruppen in das Feld, die Presse, den Rundfunk, die Kommune und ihre neu entdeckten Freunde aus dem klerikalen und liberalen Lager. Am tollsten aber trieb es Professor Dodd, bis vor kurzem amerikanischer Botschafter in Berlin, der sich unterfing, in einer Rede in Princeton, wo einst Woodrow Wilson als Geschichtsprofessor tätig war und heute Albert Einstein einen Lehrstuhl inne hat, offen zu einem Bündnis mit Sowjetrußland und Frankreich und zum Kriege gegen Deutschland, Italien und Japan aufzufordern. Zum Zwecke einer Aufpeitschung der Massen mußten natürlich abermals die „Nazis" herhalten. Spaltenlange Berichte über eine drohende „Nazi-Gefahr" — die diesmal von Mexiko, Brasilien und Argentinien her drohen soll — wurden veröffentlicht, während man in der Bekämpfung des zur „Nazi-Organisation" gestempelten Amerikadeutschen Volksbundes zum offenen Terror und Gangstermethoden überging. Es ist bezeichnend für die Psyche des seit nunmehr fünf Jahren andauernd gegen die „Nazis" aufgeputschten Amerikaners, daß es den jüdischen Hetzaposteln gelungen ist, ausgerechnet den größten amerikanischen Kriegsveteranenverband, die „American Legion" von der Notwendigkeit einer aktiven Bekämpfung des Amerikadeutschen Volksbundes als einer vornehmen patriotischen Pflicht zu überzeugen.

Seit Anfang Februar ist kaum ein Tag vergangen, an dem nicht amerikanische Legionäre im Verein mit der Kommune unter Anwendung brutalster Gewalt den Amerikadeutschen Volksbund terrorisiert haben. So wurde in Philadelphia das Ortsgruppenheim, die „Liedertafel" durch einen Bombenanschlag schwer beschädigt; in Newark wurden Tränengasbomben in die Versammlung geschleudert, und in Milwaukee, New York, Chicago, Pittsburgh, Hackensack, Philadelphia, St. Louis und anderen Städten kam es zu Saalschlachten, Straßenkrawallen und schweren tätlichen Ausschreitungen, bei denen es auf beiden Seiten Dutzende von Schwerverletzten gab. In allen Fällen waren Juden, Kommunisten oder Legionäre die Angreifer. Der Bundeswerbeleiter Wilhelm Kunze, ein gebürtiger Amerikaner, der in den Monaten Februar und März eine Werbereise durch ganz Amerika unternahm, mußte in allen Städten die gleichen, auf eine Unterbindung seiner Reden hinzielenden Terrorakte feststellen. Trotzdem konnte der Amerikadeutsche Volksbund in den letzten vier Monaten die Gründung von 17 neuen Ortsgruppen und Stützpunkten sowie einen Mitgliederzuwachs von mehreren Tausend buchen.

*

Auf kulturellem Gebiet kann sich das Deutschtum der Vereinigten Staaten einiger Erfolge rühmen. So ist es im Gebiet von Groß-New York gelungen, einen neuen „Verband deutscher Sprachschulen" zu bilden, der erstmalig außer den von deutschen Vereinen unterhaltenen Sprachschulen auch die Kirchenschulen zu gemeinsamer Kulturarbeit im Interesse des Gesamtdeutschtums erfaßt. Auch wächst das Interesse des organisierten Deutschtums an diesen Sprachschulen wie auch an einer Förderung des deutschen Unterrichts in den amerikanischen höheren Lehranstalten.

In Milwaukee ist der Plan zur Errichtung eines Carl Schurz-Denkmals so weit gereift, daß mit den organisatorischen Vorarbeiten begonnen werden konnte. Das Denkmal soll auf dem Gelände des Staatskapitols in Madison errichtet werden und zwar so, daß die Schurz-Statue in Richtung der Staatsuniversität, seiner Schöpfung, blickt.

Im Abgeordnetenhaus der Vereinigten Staaten hat der Abgeordnete Thomas O'Malley von Milwaukee den Antrag gestellt, den 15. November zu Ehren des in Deutschland geborenen amerikanischen Freiheitskämpfers General von Steuben, zum „Steuben-Tag" zu proklamieren und in Schulen und Kirchen an diesem Tage Gedenkfeiern stattfinden zu lassen.

In Baltimore konnte am 5. April das vom organisierten Deutschtum der Stadt erworbene „Deutsche Haus", ein reprä-

sentativer Bau mit großen Räumlichkeiten, feierlich eingeweiht werden. Zur Feier hatte sich auch der Gouverneur des Staates, Harry M. Nice, eingefunden, der seine deutsche Abstammung betonte. In Milwaukee haben es die deutschstämmigen Schuldirektoren Stumpf und Ruenzel erreicht, daß das bisher benutzte Geschichtslehrbuch, ein übeles, ganz im Dienste der englischen Propaganda stehendes Machwerk, gegen das von Seiten des Deutschtums seit Jahren Sturm gelaufen wurde, durch ein anderes Lehrbuch ersetzt wird. In der Stadt West New York konnte auf Grund der Bemühungen des Deutschtums ein Buch über angebliche Greueltaten deutscher Soldaten im Weltkriege aus der öffentlichen Bibliothek entfernt werden.

In der Columbia-Universität von New York fand anläßlich des 40. Todestages von Anton Seidl, dem größten Wagner-Dirigenten und Bahnbrecher Wagners in Nordamerika, eine Gedächtnisausstellung statt, die eine reichhaltige Dokumentensammlung aus dem Leben und Schaffen des genialen Musikers enthielt.

In Cincinnati, Ohio, ist der Steuben-Park, der einzige deutsche Park der Stadt, durch die gemeinsame Aktion von 15 Vereinen endgültig in den Besitz des organisierten Deutschtums übergegangen.

Im Vordergrund des allgemeinen Interesses stehen die beiden großen Nationalsängerfeste der deutschen Sängerschaft Amerikas. Die Stadt Baltimore, Maryland, erwartet weit über 10 000 auswärtige Sänger und Sangesfreunde zum 30. Sängerfest des Nordöstlichen Sängerbundes, das dort vom 28. bis zum 31. Mai abgehalten wird, und Chicago hofft, Baltimore noch zu übertreffen, wenn am 22. Juni das 39. Sängerfest des Nordamerikanischen Sängerbundes beginnt.

Eine seltene Gedenkfeier konnte die evangelisch-reformierte Steuben-Kirche in New York begehen, die in diesem Jahre auf ihr 180jähriges Bestehen zurückblicken kann. 35 Geistliche haben während dieser Zeitspanne die rein deutsch gebliebene Gemeinde betreut.

*

Die seit dem Weltkriege schon stark gelichteten Reihen der deutschsprachigen Presse Nordamerikas weisen eine neue Lücke auf, der „Louisville Anzeiger", die einzige deutsche Zeitung im Staate Kentucky, die 85 Jahre lang als Tageszeitung und die letzten fünf Jahre als Wochenzeitung erschien, hat am 4. März sein Erscheinen eingestellt. Sehr richtig heißt es in den Kommentaren der deutschen Presse dazu: „Das Eingehen einer deutschsprachigen Zeitung stellt immer nicht nur einen nie wieder gutzumachenden schweren Schlag für die Deutschstämmigen dar, sondern auch ein Armutszeugnis, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen."

Im Osten und Mittelwesten der Vereinigten Staaten von Nordamerika trifft man in den Kolonien der Siebenbürger Sachsen bereits Vorbereitungen für den festlichen Empfang der Sängergruppe aus der alten Heimat, die in diesem Sommer zu einer Volkskunstreise herüberkommen wird. Die Reise, die auf eine Anregung des Bischofs Dr. Viktor Glondys zurückgeht, soll die Schicksalsverbundenheit der alten Siebenbürgischen und der neuen Wahlheimat bekunden. Als Brüder und Schwestern desselben Blutes, derselben Art und Sitte, wollen die Siebenbürger Sänger in ihren schönen alten Volksliedern die Grüße der alten Heimat bringen, das Gemeinschafts- und Zusammengehörigkeitsgefühl stärken und die Geistes- und Kulturgüter, wie sie in Kirche und Schule verankert sind, neu beleben und vertiefen. Als Leiter der Volkskunstreise nach Amerika ist der kunstbegabte Prediger von Neppendorf, Mathias Nutz, vorgesehen.

Die 50. Wiederkehr des Tages ihrer Ankunft in Fresno, Kalifornien, wurde von den wolgadeutschen Kolonien im mittleren Teil des Staates Kalifornien festlich begangen. Die Zahl der wolgadeutschen Kolonisten und ihrer Nachkommenschaft in und um Fresno wird auf rund 10 000 geschätzt. Die Kolonisten kamen aus dem Staate Nebraska, in dem ihnen das Klima zu rauh war, nach dem Westen und haben sich durch ihren Fleiß, ihre Tüchtigkeit und Ausdauer schnell emporgearbeitet.

*

Zu neuem Leben, einer beträchtlichen Erweiterung seines kulturellen Programms und Vergrößerung seines Wirkungsbereiches ist auch der Nordamerikanische Schweizerbund, die stärkste Vereinigung der deutschstämmigen Schweizer in

Nordamerika, erwacht. Der Schweizerbund, nebenbei die größte außerhalb der Schweiz bestehende schweizerische Volksgruppe, besitzt heute rund 5000 Mitglieder in 82 sich über das ganze Land erstreckenden Zweigvereinen. Unter neuer Führung will der Bund alle in Nordamerika lebenden Schweizer, Schweizer-Amerikaner und Freunde der Schweiz, vor allem aber die übrigen bereits bestehenden schweizerischen Organisationen erfassen und sie so in einem starken Landesbund vereinigen.

*

Aus einem den Interessen des Deutschtums gewidmeten arbeitsreichen Leben abberufen wurden zwei Pioniere des deutschen Zeitungswesens in USA. John E. Joos, Herausgeber des „Sonntagsboten" in Pittsburg, und Carl Zwanzig, Herausgeber des „La Salle County Herold" in Ottawa, Illinois. John Joos, geboren 1858 als Sohn eines Schulmeisters in Karlsruhe, kam im Alter von 12 Jahren nach Amerika und hat die von ihm begründete Wochenzeitung über 60 Jahre lang herausgegeben. Carl Zwanzig, geboren 1853 in Schleswig-Holstein, kam mit 20 Jahren nach USA. und war 55 Jahre lang in dem später in seinen alleinigen Besitz übergegangenen Wochenblatt tätig.

Noch eines dritten Vorkämpfers soll an dieser Stelle gedacht werden. In Chicago starb unlängst ein Mann, der in der deutschen Arbeiterbewegung Amerikas einmal eine bedeutende Rolle gespielt hat, George A. Schilling. In Baden geboren, kam Schilling im Jahre 1852 mit seinen Eltern nach den Vereinigten Staaten und machte sich in den 80er Jahren in der Arbeiterbewegung einen Namen. Der Gouverneur von Illinois, Peter Altgeld, ernannte ihn im Jahre 1893 zum Leiter des staatlichen Arbeitsamtes. Von 1903 bis 1915 hatte er verschiedene staatliche und städtische Aemter inne, so war er Präsident der städtischen Plankommission. Mit Schilling ist einer der letzten Zeugen der blutigen Geschehnisse des November 1886, des sogenannten „Haymarket-Riot", die ihr Nachspiel in der Hinrichtung der sogenannten deutschen „Anarchisten" hatten, da hingegangen.

Argentinien

Not der deutschen Siedler im Chaco ruft Hilfswerk auf den Plan — Rege Tätigkeit deutscher Verbände — Rußlanddeutsches Liederbuch

Am 20. Februar hat der neugewählte Präsident der Republik, Dr. Roberto M. Ortiz, sein Amt angetreten, das bis zum Jahre 1944 dauern wird.

Dem Flugzeugunglück bei Itacumbú fielen außer dem Sohne des vorhergehenden Präsidenten General Justo weitere sechs argentinische Offiziere zum Opfer. Unter ihnen befinden sich zwei, die uns Deutschen besonders nahestehen. Der Oberst Abraham Schweizer, deutscher Abstammung, geboren am 27. Januar 1886 in Corrientes, einer der fähigsten Offiziere des argentinischen Heeres. Er war 1914 als Oberleutnant nach Deutschland abkommandiert, wo er bei einem Kavallerie-Regiment diente, und wurde später Direktor der argentinischen Kavallerieschule; 1928 war er Militär-Attaché bei der damaligen argentinischen Gesandtschaft in Berlin, wo er sich im deutschen Reichsheer viele Freunde und höchste Achtung erwarb. 1932 wurde er zum Oberst befördert und organisierte zusammen mit Oberst von der Becke die Escuela Superior (Höhere Heeresschule). Von der deutschen Kolonie besonders betrauert wird der Korvettenkapitän Juan Orschnik, der in den Kreisen der deutschen Kolonie Verwandte und viele Freunde hatte.

Die Lage der Siedler in den nordwestlichen Chaco-Gebieten ist immer noch düster genug. Wohl gestatteten in jüngster Zeit niedergegangene Gewitterregen in manchen Gegenden eine neue Aussaat. Aber dies bedeutet noch nicht die Rettung. Es scheint sich doch endgültig beweisen zu wollen, daß dieser Teil des Chacos kein Siedlungsland für deutsche Menschen ist.

Die Not des deutschen Chacobauern hat aber auch das Zusammengehörigkeits- und Gemeinschaftsbewußtsein der Deutschen in Argentinien auf den Plan gerufen. In allen deutschen Kolonien und Organisationen wurde

in vorbildlicher Weise für die Chacohilfe gesammelt und geopfert. Die Wirksamkeit dieser deutschen Chacohilfe beweist folgendes Ereignis: Am 27. Dezember erschienen in Las Breñas 150 Chaco-Kolonisten der verschiedensten Nationalitäten und forderten von den Geschäftsleuten und der Ortsverwaltung Lebensmittel. Sie hatten in glühender Sonnenhitze einen Weg von 20 Kilometer und mehr zurückgelegt und deuteten an, daß noch viel mehr hungernde Kolonisten aus weiter entfernt liegenden Gegenden nachrücken werden. Aus den Nachbarstädten wurden Polizeiverstärkungen herangezogen, um gegen etwaige Unruhen gerüstet zu sein. Dabei machte man die erfreuliche Feststellung, daß unter den Teilnehmern an diesem Hungermarsch kein einziger Deutscher war, da diese durch das Winterhilfswerk und die Chaco-Hilfe ausreichend versorgt waren.

In den vergangenen Wochen führte die Deutsche Arbeitsfront, Landesgruppe Argentinien, verschiedene erfolgreiche „Kraft durch Freude-Fahrten" durch. Auch konnte das neue, schöne Strandheim der DAF. in Quilmes unlängst eingeweiht werden. 2400 Volksgenossen haben an diesem Feste teilgenommen.

Eine bedeutsame Neuerung hat auch das Deutsch-Argentinische Pfadfinderkorps getroffen, indem es den Jungen, die schon 3 bis 4 Jahre dabei sind und auch das Hochlandlager in Cordoba mitgemacht haben, Gelegenheit gibt, eine Art Landjahr abzuleisten. Erstmals wurde Ende Januar ein derartiger Versuch gemacht, indem 20 bis 25 auserlesene Pfandfinder in ein zwischen mehreren Bauernsiedlungen von Entre-Rios zentral gelegenes Landlager gebracht wurden. Sie sollten in etwa vierwöchiger Dienstzeit den Bauern ringsherum bei ihrer Erntearbeit helfen.

Anfang Februar starb Hugo Ströder im Alter von 89 Jahren. Der Verstorbene gilt als einer der bedeutendsten und ehrlichsten Siedlungsunternehmer in den Provinzen Buenos Aires und Santa Fé und im Territorium Pampa. Auf ihn geht die Gründung zahlreicher Kolonien und von 15 „Villas" (geschlossene Ortschaften) zurück. Ströder war deutscher von Geburt und kam als 28jähriger nach Argentinien. Eine Ortschaft zwischen Carmen de Patagones und Bahia Blanca trägt seinen Namen „Ströder".

Zu erwähnen ist auch der unermüdliche Kämpfer für das Ansehen deutscher dramatischer Dichtung und Bühnenkunst in Argentinien, Theodor Burgarth, der unlängst seinen 75. Geburtstag und gleichzeitig sein 50jähriges Bühnenjubiläum begehen konnte. Sein besonderes Verdienst besteht darin, daß er die Werke unserer Klassiker und bedeutendsten Dramatiker durch seine ausgezeichnete Vortragskunst landauf, landab im weiten Südamerika dem letzten und einfachsten deutschen Siedlungsdorfe bekannt macht. Sehr oft stellt er seine Kunst in den Dienst des deutschen Sozialismus. Bewundernswert ist sein erstaunliches Gedächtnis, das es ihm ermöglicht, die wichtigsten Bühnenwerke völlig auswendig vorzutragen.

Im Auftrage des Deutschen Volksbundes für Argentinien hat Thomas Kopp (Santa Teresa, Territ. Pampa) das „Rußlanddeutsche Liederbuch" herausgegeben. Er benützte zu seiner Liedersammlung die Arbeiten zweier Rußlanddeutscher: Johann Spettler und Alexander Holzmann. Das Werk ist volkskundlich wertvoll und bildet einen Versuch, deutsches Musikgut, das bisher nur mündlich überliefert wurde, vor dem Vergessenwerden zu retten. Das Buch ist 260 Seiten stark und in acht Gruppen inhaltlich verschiedener Liedergattungen eingeteilt, die als Ganzes die Wandergeschichte und das Brauchtum der Rußlanddeutschen widerspiegeln. Brecht.

Aus Zeitungen und Zeitschriften

Aus deutschen Zeitschriften und Zeitungen im Ausland

Das Heft 4/1938 (April) der Baltischen Monatshefte enthält beachtliche bau- und kunstgeschichtliche Betrachtungen. Über „Die St. Petri-Kirche zu Riga" berichtet Hans Peter Kügler und stellt ihr wechselvolles Schicksal dar. — Von der engen Verbindung baltischer mit niederdeutscher Kunst gibt Martin Konrad in seiner Betrachtung „Madonnen im spätmittelalterlichen Riga" Kunde. Zwei weitere Aufsätze des gleichen Heftes berichten über Bau und Kunst in anderen deutschen Siedlungsgebieten. Oskar Schürer bringt in seinem Aufsatz „Deutsches Bauschaffen in der Zips" einige Beispiele der deutschen Arbeit im Karpathengebiet. Franz Zangerl gibt eine kurze Übersicht „Volkskunst in Südtirol".

*

Eine neue Zeitschrift „Volk und Heimat" erscheint in Neusatz unter der Herausgeberschaft des Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes mit dem Untertitel „Zeitschrift der Arbeitsgemeinschaft des Deutschtums in Südslawien für Heimatgeschichte, Volkskunde, Familienforschung und Schrifttum". Im Geleitwort heißt es, daß Aufgabe und Ziele der Zeitschrift sehr vielfältig sein sollen, daß neben dem heimat- und volkskundlichen Schaffen die Spalten auch gesundheitspolitischen und bevölkerungspolitischen Forschungen und Arbeiten zur Verfügung stehen. Schließlich sieht „Volk und Heimat" seine Aufgabe darin, „nicht nur uns untereinander zu verbinden, sondern über unser kulturelles Schaffen auch nach außen hin zu berichten". Sie soll gleichzeitig die Sendung fortführen, die der leider eingegangene „Volkswart" übernommen hatte und soll damit dem Deutschtum Südslawiens wieder eine gute, gediegene Zeitschrift geben.

Zwei Aufsätze über Mundarten eröffnen die erste Folge: Philipp Hilkene geht in seinem Aufsatz „Über den Geist unserer Mundarten" auf die Redensarten und sprichwortartigen Wendungen in der Mundart ein. Adalbert K. Gauß behandelt in seinem Artikel „Kennzeichnungen der Mundarten im Lichte unseres Volksgeistes" ein interessantes Kapitel der Sprachforschung. — Eine tiefforschende Arbeit stammt aus der Feder Friedrich Lotz: „Aus der deutschen Vergangenheit der Stadt Temeswar", die geschichtlich und sippenkundlich wertvolle Angaben enthält (u. a. eine Herkunftsliste der ersten deutschen Einwohner der Stadt Temeswar). — Sava Davidovic-Berlin bringt zum Schluß des Aufsatzteils einen Beitrag „Deutsche Urteile über serbische Volksdichtung", in dem er den Einfluß der deutschen Literatur auf die Entwicklung des serbischen Volksliedes aufzeigt.

*

Das erste Heft der Siebenbürgischen Vierteljahrsschrift 1938 (61. Jahrg.) ist als Doppelheft erschienen. Es beginnt mit einer Darstellung der „Mittelalterlichen Verfassungs- und Rechtseinrichtungen der Rumänen des ehemaligen Ungarn", in dem Georg Eduard Müller-Hermannstadt sich mit der von rumänischer Seite erhobenen Behauptung auseinandersetzt, nach der die sächsische Stuhlverfassung eine Übernahme alter rumänischer Rechtseinrichtungen darstelle. — Eine andere Lösung der alten Frage, warum der Deutsche Ritterorden aus dem Burzenland vertrieben wurde, gibt Fritz Schuster, Schäßburg, durch eine neue rechtsgeschichtliche Auslegung der lateinischen Urkunden. — Walter Horwath, Kronstadt, beschreibt in dem Artikel „Katholische Kirchenruinen in der Moldau" die sächsischen Gründungen Kotnar und Baia (Moldenmarkt) in der Moldau. — Aus den kleinen wissenschaftlichen Mitteilungen sei verwiesen auf die Zusammenstellung von Reimesch „Siebenbürger Sachsen in der allgemeinen deutschen Biographie", die für sippenkundliche Forschungen von Interesse sein dürfte. — Erwähnung finden soll hier auch ein Aufsatz Roland Melzers „Zur Schwabeneinwanderung im Jahre 1845", der im Südost, Nr. 687 vom 17. April 1938 erschien. — Die Fachzeitschrift des Siebenbürg. Sächs. Lehrerbundes Schule und Leben veröffentlicht in Heft 2/3, 1937/38, das rumänische Dekretgesetz über die Neuordnung der Landesjugenderziehung vom 8. Oktober 1937 in deutscher Übersetzung.

Die Deutschen Monatshefte in Polen enthalten wieder eine Fülle hervorragender Aufsätze in den Heften 9 (März) und 10 (April) des 4. Jahrgangs. In Heft 9 greift Gerhard Sappok, Berlin, das Thema auf „Das Deutschtum des Veit Stoß in Name, Herkunft und künstlerischer Eigenart". — E. Christmann untersucht in seinem Aufsatz „Von den Ursachen der Auswanderung aus der Pfalz und ihrer Nachbarschaft im 18. Jahrhundert" die Gründe, die zur Auswanderung führten. — L. Schneider gibt eine Betrachtung über „Die Flurnamen in den deutschen Siedlungen Galiziens". — Über ein besonderes Kapitel der deutschen Volksforschung berichtet G. Fittbogen in dem Beitrag „Das Lied der Galiziendeutschen". — Schließlich ist der Aufsatz von F. Scholz „Das wirtschaftliche Leben in den deutschen Kolonien Galiziens" ein wesentlicher Beitrag für die volksdeutsche Wirtschaftskunde. Sinngemäß schließt sich ihm an in Heft 10 die Abhandlung von Johannes Gollar, Kattowitz, „Wirtschaft, Arbeitslosigkeit und deutsche Volksgruppe in Ostoberschlesien". Die Arbeit stellt einmal den Anteil der deutschen Volksgruppe an dem ostoberschlesischen Aufbau heraus und zeigt den Kampf auf, den das Deutschtum heute um jeden Arbeitsplatz zu führen hat. — Im nächsten Aufsatz des gleichen Heftes bringt Walter Krause, Martinau, eine historische Skizze zur „Mittelalterlichen Geschichte der Stadt Loslau in Ostoberschlesien". — Schließlich sei hingewiesen auf den Artikel von Alfred Klose, Hindenburg, „Deutsche Komponisten, Musiker und Musikgelehrte in Polen und ihr Einfluß auf das polnische Musikleben", der in Form der Kurzbiographie das Wirken deutscher Musiker in Polen darstellt. — Einen weiteren Beitrag zur Frage der „Rußlandwanderung des lodzer Deutschtums" gibt Alexander Höetig in der Neuen Lodzer Zeitung Nr. 105 vom 17. April 1938.

*

Wichtig und daher nachzutragen sind einige Aufsätze in der Zeitschrift für Sudetendeutsche Geschichte, deren erster Jahrgang mit Dezember 1937 abgelaufen ist. Prof. Wostry, der die Zeitschrift im Auftrage des Vereins für die Geschichte der Deutschen in Böhmen herausgibt, bringt einen Beitrag „Die Heimatländer der Sudetendeutschen zwischen Ost und West", in dem er die Bedeutung der Sudetenländer als Brücken herausstellt, über die die Kultur des Abendlandes ihren Weg nach Osten genommen hat. (Heft 1, 1937). — Das zweite Heft beginnt mit einer Abhandlung Wilhelm Weizsäckers, Prag, „Sudetendeutsche Rechtsgeschichte und Geschichte des Deutschen Rechts in den Sudetenländern". Es schließt an eine ausführliche Darstellung von Rudolf Schreiber, Prag, „Der Kampf um den Laienkelch in der tschechischen und in der deutschen Reformation". — Ein weiterer Beitrag Weizsäckers erscheint in Heft 3/1937 „Die älteste Urkunde der Prager Deutschen". — Im 4. Heft stehen Fragen der Volkszugehörigkeit im Mittelpunkt der Behandlung. So Heinz Zatschek: „Zur Erforschung der Volkszugehörigkeit nach Stadtbüchern und Urbaren des Spätmittelalters". Derselbe „Die Namengebung der Brünner Bürger nach den Losungsbüchern 1343—1365" und Luise Suß, Prag, „Die Volkszugehörigkeit der Bevölkerung Brünns im Jahre 1348".

Die bisherigen Agrarpolitischen Monatshefte (Prag) erscheinen nunmehr unter dem Titel „Bauer und Volk" in veränderter Aufmachung. In einem Begleitwort an die Leser heißt es, daß nach der äußeren Einigung im Sudetendeutschtum nunmehr die Arbeit „an der inneren weltanschaulichen Vereinheitlichung und der Bildung einer politischen bäuerlichen Elite, ebenso die Schaffung einer wahrhaften Selbstverwaltung des sudetendeutschen Bauerntums" weitergehe. Heft 1/1938 enthält einen eingehenden Aufsatz von Rudolf Raschka (Hauptamtsleiter der sudetendeutschen Bauernschaft) zum Thema „Die Führungsfrage im sudetendeutschen Bauerntum". — In der Deutsch-Mähr.-Schles. Heimat, Heft 1/2 1938, berichtet Dr. Franz J. Beranek über „Die Pardubitzer Deutsche Volksinsel". Bilder und Literaturangabe ergänzen den Bericht. — Schließlich sei auf einen wertvollen Aufsatz Erwin Winklers, des sudetendeutschen Statistikers, in der Folge 91 vom 17. April 1938 der „Zeit" „Die tschechische Binnenwanderung im Sudetenraum" aufmerksam gemacht.

*

Die katholische Monatschrift „Die Heimat", Mühlhausen im Elsaß, bringt ihr Märzheft als zweites soziales Sonderheft heraus. Historisch von Wichtigkeit dürfte hier besonders der Beitrag „Aus den Anfängen des Proletariats im Elsaß" sein.

Oskar Hartung.

Karten und Atlanten

Besprochen von Prof. Dr. E. Wunderlich

1. **Deutschlands Beziehungen** zur Welt; v. Rud. Krone; i. M. etwa 1:30 Mill. Form.: 135 × 100 cm; Mehrfarbendruck; Berlin-Lichterfelde: Columbus-Verl. Paul Oestergaard; 1937; mit Textheft. RM. 18.50

Versuch, Deutschlands Beziehungen zur Welt kartographisch darzustellen, mit erläuterndem Text. Hervorgehoben sind in erster Linie die Verkehrsbeziehungen (Dampfer-, Luftpostlinien usw.), dagegen von den Wirtschafts- und Kulturbeziehungen nur ein kleiner Teil, nämlich die Verbreitung des Deutschtums außerhalb Europas, ferner die Verbreitung der deutschen Auslandschulen und der deutschen diplomatischen Vertretungen. Gegen die Darstellung des Deutschtums bestehen insofern Bedenken, als die Deutschtumssignatur meist an Stellen eingetragen ist, wo das Deutschtum tatsächlich nicht siedelt, zum Beispiel für Brasilien ausgerechnet im Amazonasgebiet, für die Vereinigten Staaten im Westen u. a. m., sodaß bei dem Benutzer der Karte leicht falsche Vorstellungen entstehen können. Ebenso bestehen gegen die Darstellung der deutschen Schulen Bedenken, und zwar sowohl hinsichtlich der grundsätzlichen Begriffsfassung wie auch gegen die einzelnen Zahlenangaben, die deshalb bei einer Neuauflage verbessert werden sollten. Der Karte sind noch verschiedene Diagramme usw. beigegeben, die die Hauptdarstellung ergänzen sollen, aber manchmal nur lose mit dem Thema zusammenhängen und deshalb teilweise entbehrlich sind.

2. **Brockhausatlas:** Die Welt in Bild und Karte; 670 Erdkunde-, Geschichts- und Sonderkarten; 840 Bilder- sowie Namenverzeichnis; Leipzig: F. A. Brockhaus; 1937. RM. 24.—

Überaus reichhaltiger, systematisch und klar aufgebauter Atlas, der neben einer größeren Zahl farbiger, physischer und politisch-geographischer Hauptkarten vor allem eine große Auswahl ergänzender Bevölkerungs-, Wirtschafts-, Verkehrs- und Geschichts-Teilkarten enthält. Außerdem wird die Kartendarstellung durch zahlreiche statistische Diagramme und gute typische Bildausschnitte ergänzt, sodaß der Atlas gerade auch für den Gebrauch weiterer Kreise eine vielseitige geographische Unterrichtungsmöglichkeit bietet, zumal verschiedene Orts- und Sachregister den Gebrauch erleichtern. Wir begrüßen besonders die ausführliche Berücksichtigung des Deutschtums im Ausland. Wünschenswert wäre jedoch bei einer Neuauflage noch eine Verbesserung in der Farbentechnik der einzelnen Hauptkarten. Im übrigen wird der Atlas durch seine Vielseitigkeit und Reichhaltigkeit mit Recht viele Benutzer und Freunde finden.

3. Freytag & Berndt, **Taschen-Atlas;** mit e. geogr. Namenverz. Statist. Angaben über alle Staaten d. Erde (Rückseitenteil) v. Dr. Alois Fischer (Fischer von der Eger). — Wien u. Leipzig: Freytag & Berndt; 1938; 121 S., 121 S. mit Kt. kl. 8° Lw. RM. 2.90

Kleiner handlicher Kartenatlas mit rd. 60 physisch-, bzw. politisch-geographischen Übersichtskärtchen, unter besonderer Berücksichtigung des Deutschen Reiches (und Österreichs), mit einer kurzen statistisch-geographischen Zusammenstellung der wichtigsten Daten für die einzelnen Staaten. Beigegeben ist außerdem ein allgemeiner wirtschafts- und verkehrsstatistischer Teil mit brauchbaren Zusammenstellungen der wichtigsten Zahlenangaben etwa bis 1936/37. Vor allem für den Gebrauch weiterer Kreise.

4. **Atlas** des deutschen Lebensraumes in Mitteleuropa; im Auftrage der Preuß. Akademie der Wissenschaften; hrsg. von Prof. Dr. N. Krebs; Format: 47,5 × 35 cm; 10 Lieferungen mit etwa 50 großen Kartenblättern; Leipzig: Bibliogr. Institut; Gesamtwerk in 10 Lieferungen RM. 19.50, Einzellieferung RM. 3.—, bisher ersch. I. Lieferung; 1937.

Erste Teilblätter des umfassenden und grundlegenden Kartenwerkes, das zum ersten Male bewußt den Gesamtraum des deutschen Volkes in Mitteleuropa (ohne Siebenbürgen) zur Darstellung bringt. — Die vorliegenden Teilblätter enthalten vor allem Übersichten der physischen Gestaltung des Lebensraumes, ferner die wichtige Darstellung über die Verteilung und die Zu- und Abnahme der Bevölkerung sowie eine geschichtliche Darstellung der politischen Einteilung im 10. Jahrhundert. Wir möchten wünschen, daß die wertvolle Veröffentlichung rasch voranschreitet.

5. **Übersichtskarte** von Mitteleuropa; 1 : 300 000; K 54 Oldenburg; Q 52 Lodz; Format: 46,5 × 37 cm; Buntdruck; hrsg. v. Reichsamt f. Landesaufnahme, Berlin (amtl. Vertriebsstelle R. Eisenschmidt) 1936. je Blatt RM. 1.40

Zwei neue Teilblätter des bekannten Kartenwerkes, mit besonderer Berücksichtigung und Hervorhebung des Straßennetzes. Die Blätter enthalten jeweils zugleich größere Ausschnitte niederländischer bzw. polnischer Gebiete.

6. **Neue Eisenbahnkarte** von Zentraleuropa; 1 : 2 000 000; Format: 130 × 94,5 cm; Mehrfarbendruck, mehrsprachig; Wien: Kartogr. Verlag, Mat Freißler; 1938. öst. S. 10.— bzw. 20.—

Gesamtübersicht des mitteleuropäischen Eisenbahnnetzes, südlich bis Spanien und Sardinien, im Norden bis Dänemark und Litauen, im Osten bis Kiew und Konstantinopel. Mit politisch-geographischem Flächenkolorit. Vor allem für praktische Verkehrszwecke.

7. **W. Christaller:** Die ländliche Siedlungsweise im Deutschen Reich und ihre Beziehungen zur Gemeindeorganisation; etwa 1 : 3 Mill. Form.: 39 × 32 cm; Buntdruck; mit einer Nebenkarte; beide Karten in gleichnamigem Buch. Stuttgart-Berlin: W. Kohlhammer; 1937.

Beachtlicher Versuch einer farbigen Übersicht der im Reich vorhandenen Siedlungen nach Einwohnerzahl bzw. Raumgestalt, die die bisherigen siedlungsgeographischen Darstellungen gut ergänzt.

Mit ausführlicher textlicher Erläuterung. Beigefügt ist noch eine Schwarz-Weißübersicht der Verbreitung der Gemeindegrößen. Die Karte ist auch für das Verständnis der deutschen Grenzgebiete wichtig.

8. **Gemeindegrenzenkarte** des Deutschen Reiches. Hrsg. v. Forschungsdienst Reichsarbeitsgemeinschaften der Landbauwissenschaft, bearb. im Institut f. Landwirtschaftliche Betriebslehre der Universität Halle. Schlüsselkarte und Gemeindegrenzenkarte. Maßstab: 1 : 200 000. Mit Übersichtsblatt und Erläuterung; 1936; Form.: 43 × 36,5 cm. Zu beziehen durch den Forschungsdienst Reichsarbeitsgemeinschaften der Landbauwissenschaft, Berlin SW. 11, Dessauer Str. 13.

Wichtige Ergänzung zu der amtlichen Reichskarte 1 : 200 000, die vor allem die Abgrenzung der einzelnen Gemeinden und die Verbreitung des Waldes zur Darstellung bringt und namentlich für Eintragungen aller Art Verwendung finden kann.

9. **30 Karten** zur deutschen Geschichte: Format: 63 × 48 cm; Schwarzweißdruck; Dortmund/Breslau: W. Crüwell; mit Mappe RM. 16.—

Auswahl von 30 kleinen Aushangkarten zur deutschen Geschichte, beginnend mit der Entwicklung des deutschen Landschaftsbildes während der Eiszeit, bis zur Bildung des 3. Reiches. Die Auswahl legt besonderes Gewicht auf die grundlegenden Gestaltungen in der germanischen Zeit, während Mittelalter und Neuzeit verhältnismäßig nur kurz behandelt sind. Erstrebt ist mit Recht eine gute Erkennbarkeit und leichte Faßbarkeit der geopolitisch-dynamisch gehaltenen Darstellungen, doch ist die Wiedergabe vielfach zu roh und primitiv.

10. **Volk an der Arbeit.** H. 6/7. Stuhlfath, W., Prof. Dr.: Deutsches Schicksal. Ein geopolit. Erziehungsbuch. 6 S.; 64 gez. Kt.Skizzen. kl. 8° 9. Aufl. — Langensalza, Berlin, Leipzig: J. Beltz; 1938. RM. 1.40

Weitere neue Auflage des an dieser Stelle bereits mehrfach besprochenen, aus der unmittelbaren Praxis des Arbeitsdienstes erwachsenen und vor allem für dessen Schulungszwecke bestimmten klaren geopolitischen Atlasses. Auch die neue Auflage, die im übrigen keine grundsätzlichen Änderungen bringt, will in gemeinverständlicher Form die Zusammenhänge und ihre Entwicklung sehen lehren.

11. **Ala-Karte** der Verlagsorte aller deutschen Tageszeitungen. — 1 : 800 000; Form.: 114 × 149 cm; Berlin W. 35, Potsdamer Str. 271: Ala, Anzeigen A.-G.; 1937; als Wandkarte etwa RM. 27.50

Eintragung aller Zeitungs-Verlagsorte, mit einfachen Schwarz-Weißsignaturen, die nach der Zahl der an den einzelnen Orten erscheinenden Zeitungen abgestuft sind. Das Gesamtbild ist überaus bezeichnend für den großen kulturellen Gegensatz zwischen Westen und Osten und namentlich für den kulturgeographischen Stand in den östlichen Grenzgebieten. Beigegeben ist auf einer Nebenkarte noch eine entsprechende Übersicht für die NS.-Tagespresse.

12. **Straßenverwaltungskarte;** 1 : 300 000; Q 54 Marienwerder; R 50 Pilsen; O 51 Prag; S 55 Stallupönen; R 55 Stolp; Form.: 53,5 × 37 cm; Mehrfarbendruck; hrsg. v. Reichsamt f. Landesaufnahme (amtl. Hauptvertriebsstelle R. Eisenschmidt) Berlin; 1936; je RM. 1.20

Reihe neuer Teilblätter, deren verkehrsgeographische Angaben wie üblich sich lediglich auf das Reichsgebiet beschränken.

13. **Selk,** Paul: Die sprachlichen Verhältnisse im deutsch-dänischen Sprachgebiet südlich der Grenze. Eine statistisch-geographische Untersuchung; mit **5 Sprachenkt.** v. Hans N. Andresen u. Sprachproben aus d. Grenzgebiet v. Bruno Ketelsen. Textbd., Kartenbd. — Flensburg: Heimat u. Erbe; 1937; 171 S., **5 Kt.** gr. 8°; Beiträge z. Heimatforschung. H. 3. Geh. u. in Mappe RM. 7.—

5 Karten, die die gegenwärtigen Sprachverhältnisse im Grenzgebiet südlich der heutigen deutsch-dänischen Grenze auf Grund besonderer Untersuchungen und Aufnahmen zeigen. Und zwar ist für die einzelnen Gemeindegebiete die Verbreitung des Dänischen, Hochdeutschen, Plattdeutschen und Friesischen dargestellt. Die 5. Karte faßt die Verbreitung der einzelnen Sprachen bei Dialekte regional zusammen. Leider ist das Bild dieser letzten Karte nicht sehr übersichtlich geraten. Als Ergebnis der auch mit ausführlichem Text versehenen Untersuchung zeigt sich die Abnahme des Dänischen und Zunahme des Plattdeutschen, ohne daß für letzteres eine restlose Erklärung gegeben werden kann. Die Karten sind für die Entwicklung der Nordmark wertvoll.

14. **Karte** des Deutschen Reiches: Umdruckausgabe; 128 Bruß; 274 Birnbaum; 1 : 100 000; Form.: 34 × 27,5 cm; Schwarz-Weißdruck; hrsg. v. Reichsamt f. Landesaufnahme Berlin (amtl. Hauptvertriebsstelle R. Eisenschmidt) Berlin; 1936; je RM. —.30

Neuausgaben mit Berichtigungen bzw. Nachträgen bis 1936. Beides charakteristische Landschaftsausschnitte aus dem deutsch-polnischen Grenzgebiet. Sowohl für Studien- wie für Wanderzwecke.

15. **Geomorphologische Karte** des Küddowgebietes nach der geolog. Kt. der Prov. Pommern; 1 : 500 000 und eigenen Begehungen; mit Darstellung der Besiedlung der nördlichen Grenzmark und Südosthinterpommerns in der 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts; 1 : 500 000; bearb. v. H. G. Ost; Zweifarbendruck; Form.: 29 × 21 cm; Beil. z. Aufsatz im: Deutschen Archiv f. Landes- und Volksforschung; Heft 1; 1937; Leipzig: Hirzel.

Auf einer geomorphologischen Übersichtskarte des Küddowgebietes sind die verschiedenen Arten und Formen der Siedlungen aus der 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts sowie die verschiedenen damaligen Grenzen eingetragen. — Ähnliche Übersichten wären auch für andere Teile der deutschen Grenzgebiete sehr erwünscht.

16. **Meßtischblatt** 1 : 25 000; 3086 Guttentag; 3134 Langenbielau; Form.: 47×44,5 cm; Mehrfarbendruck; hrsg. v. Reichsamt f. Landesaufnahme (amtl. Hauptvertriebsstelle R. Eisenschmidt) Berlin 1936. je RM. 1.20

Neuausgaben mit einzelnen Nachträgen und Berichtigungen. Blatt Langenbielau zeigt einen Ausschnitt aus dem Eulengebirge und seinem Vorland, mit den charakteristischen langen Straßensiedlungen, Blatt Guttentag einen Teil des agrarischen Gebiets des oberschlesischen Flachlandes.

17. **Iro-Kraftfahreratlas;** Deutschland; Band IV; Süddeutschland; 1 : 250 000; mit Iro-Autoführer; 37 Karten; Form.: 8°; 6. Ausg. 1937/38; München: Iro-Verlag; Carl Kremmling.
Neuauflage mit 37 Teil-Straßenkarten für das Gebiet von Frankfurt-M. bis Salzburg. Die einzelnen Blätter sind reine Verkehrskarten, mit besonderer Hervorhebung und Charakteristik der Straßenzüge bei farbiger Kennzeichnung der Gewässer- und der Waldgebiete. Beigefügt sind außerdem zahlreiche Schwarz-Weiß-Durchfahrtspläne. Zur Ergänzung ausführliche textliche und statistische Angaben.

18. **Meßtischblatt;** 1 : 25 000; 3526 Merzig; Zweifarbendruck; Form.: 48,5 × 44,5 cm; hrsg. v. Reichsamt f. Landesaufnahme (amtl. Hauptvertriebsstelle R. Eisenschmidt) Berlin; 1937; RM. 1.20
Neuausgabe mit einzelnen Nachträgen bis 1936. Teilausschnitt aus dem Saartal oberhalb der bekannten Schlinge bei Mettlach.

19. **Karte** des Deutschen Reiches; Umdruckausgabe; 523 Trier; 1 : 100 000; Form.: 36 × 28 cm; einfarbig; hrsg. v. Reichsamt f. Landesaufnahme (amtl. Hauptvertriebsstelle R. Eisenschmidt) Berlin; 1936; RM. —.30
Neuausgabe mit Berichtigungen und Nachträgen. Bezeichnende Text-Darstellung aus dem westl. Schiefergebirge und seinem südwestlichen Vorland, mit Einschluß der Randgebiete Luxemburgs.

20. Ravensteins große **Rad- und Autokarte;** Nr. 50. München mit Nordtirol u. Salzkammergut; 1 : 300 000; Form.: 86,5 × 60,5 cm; 8°; Farbendr.; Kopf- u. Fußt.; Frankfurt a. M.: Geograph. Verlagsanstalt Ravenstein; 1937;
auf Lw. RM. 4.50, RM. 2.25
Reine Straßenkarte, für das Gebiet von Augsburg und Passau bis zum Brenner, mit farbiger Hervorhebung und Kennzeichnung der Straßen sowie farbiger Wiedergabe der Gewässer, Wälder und Grenzen. Nur für den praktischen Verkehrsgebrauch.

21. **Topographische Karte** von Bayern: 1 : 25 000; 861 Hochplatte; 877 Schellkopf; 890 Scharnitz; Form.: 37,5 × 37,5 cm; Mehrfarbendruck; hrsg. vom bayr. Landesvermessungsamt München; 1936/37; je Blatt RM. —.60, bzw. —.90
Neuausgabe mit Berichtigungen bis 1936, mit der Darstellung der Grenzbezirke der bayrischen und österreichischen Verwaltungsgebiete.

23. G. Freytag & Berndt. **Autokarte** von Österreich; 1 : 300 000; in 5. Bl.; Nr 223: Zell am See - Klagenfurt - Graz; neue Aufl.; Form.: 106 × 37 cm. 8° RM. 1.75
Weiteres Blatt der 5teiligen Übersichtskarte, mit besonderer farbiger Hervorhebung und zuverlässiger Kennzeichnung der Autostraßen. Nur für den praktischen Verkehrsgebrauch.

24. **Handkarte** des Verwaltungsbezirkes Braunau am Inn. 1 : 150 000; Wien: Freytag & Berndt; 1936; Form.: 32 × 26 cm; Farbendr. Kopf- und Fußt. RM. —.30
Kleine physisch-geographische und administrative Übersicht des Verwaltungsbezirkes, mit farbigen Höhenstufen, Gewässern und Grenzen. Hauptsächlich für den Schulgebrauch.

25. **Verkehrslinienkarte** für Oberösterreich u. Salzburg. Zusammengestellt von V. Wlassics, Linz a. D., 1936. Form.: 118 × 84,5 cm, mit einem Verzeichnis der Reisebüro usw. in Anhang. Gefalzt 8° RM. 3.50
Reine Verkehrskarte, mit farbiger Hervorhebung der regelmäßigen öffentlichen Personen- und Waren-Kraftfahrlinien, deren Verkehrsstärke durch verschieden breite Farbbänder veranschaulicht wird. Mit eingehenden tabellarischen Einzelangaben.

26. **Burgenkarte** der Schweiz (Carte des Chateaux et Ruines de la Suisse) 1 : 400 000; Mehrfarbendruck; Form.: 37,5 × 55,5 cm; Bern: Kümmerly & Frey; 1937. RM. 1.80
Willkommene Übersicht sämtlicher ganz oder teilweise erhaltenen bzw. abgegangenen Burgen, die die Bedeutung des schweizerischen Mittellandes sowie einiger Haupttalzüge für die Verbreitung der Burgen gut erkennen läßt.

27. **Karte** des Glärnischgebietes; 1 : 25 000; in 2 Blättern bearb. von W. Blumer; Mehrfarbendruck; Form.: 52 × 40 cm; hrsg. von W. Blumer, Bern. Verlag: Kümmerly & Frey, Bern. RM. 1.50
Ansprechende farbige Spezialdarstellung des gesamten Glärnischgebietes für Verkehrs- und heimatkundliche Zwecke, zum Teil auf Grund eigener Aufnahmen. Die steilen Felsgebiete sind außer durch Schichtlinien noch durch Vertikalschraffur wiedergegeben. Außerdem ist das ganze Relief von Süden beleuchtet, so daß ein gutes plastisches Gesamtbild entstanden ist. Ferner ist das Gewässernetz und die Pflanzendecke besonders farbig dargestellt; praktisch wertvoll ist auch die getrennte Bezeichnung der ständig bzw. nicht-ständig bewohnten Siedlungen.

28. **Plan** und Führer von Luzern (Orell Füßli Stadtpläne) 1 : 10 000; in deutscher und englischer Ausgabe. Form.: 66,5 × 58 cm; Mehrfarbendruck; 12. bearb. Ausgabe; Zürich: Orell Füßli; 1937. Fr. 1.50
Neuausgabe des gefälligen Stadtplanes mit Höhenlinien, der Wälder und Anlagen, Spielplätze, wichtige Gebäude und Verkehrsmittel farbig klar und übersichtlich hervorhebt. Mit 2 Nebenkarten und ausführlichen textlichen Ergänzungen. — Mit besonderer englischer Ausgabe.

29. **Skitourenkarte:** Silvretta - Sesvenna-Schuls-Tarasp, 1 : 50 000; Mehrfarbendruck; Form.: 71 × 59,5 cm; hrsg. vom Kur- u. Verkehrsverein Schuls-Tarasp; Fr. 2.—
Spezial-Wintersportkarte für das Inntal von der Tirolergrenze bis herauf nach Zernez sowie der beiderseits anschließenden Berggruppen. Mit farbiger Heraushebung aller für den Skilauf wichtigen Daten.

30. **Deutsche** Siedlungsräume im Osten; 1 : 6 Mill.; entw. von Walter Kuhn; Zweifarbendruck; Form.: 30 × 24,5 cm; Karte zum gleichnamigen Aufsatz im Deutschen

Archiv f. Landes- und Volksforschung; Heft 4; Leipzig: Hirzel; 1937.

Willkommener Versuch einer Übersicht der verschiedenen deutschen Siedlungsräume im Osten bis zum Dongebiet, mit Hervorhebung der für die Kolonisation wichtigen physischen und geschichtlichen Gegebenheiten.

31. **Die deutschen Siedlungen** in Karpathenrußland; 1 : 750 000; bearb. v. Franz Stanglica; Form.: 20 × 12 cm; Schwarz-Weiß-Druck.
Die Herkunftsorte der Ansiedler von Deutsch-Mokra; 1:400 000; (gleicher Verf.) Schwarz-Weißdruck; Form.: 12 × 17 cm; zum Aufsatz: Die Ansiedl. v. Oberösterreichern in Deutsch-Mokra i. 18. Jahrh.; Heft 4; Deutsches Archiv f. Landes- und Volksforschung; 1937; Leipzig: Hirzel.

Kleine Schwarz-Weiß-Skizzen der deutschen Siedlungen in Karpathen-Rußland bzw. der Herkunftsorte der Ansiedler von Deutsch-Mokra im Gebiet von Ischl und Gmunden.

32. **A Királyi Magyar** Automobil Club utjelentése (Straßenbericht des Königlich Ungarischen Automobil Clubs) 1:700 000; Form.: 74,5 × 49 cm; Mehrfarbendruck; hrsg. v. Königlich Ungarischen Automobil Club, Budapest, 1937.

Genaue Bezeichnung des Zustandes der einzelnen Straßen mit Eintragung der für den praktischen Verkehr wichtigen Angaben. Die Signaturerklärung mehrsprachig, auch mit deutscher Beschriftung.

33. **Mantnieks,** P.: Latvijas dzelzcelu un Autobusu satiksmes liniju karte; 1:700 000; Riga: P. Mantnieka kartografijas Instituta; 1936. (Karte der lettischen Eisenbahnen und der Autobusverkehrslinien).

Verkehrsgeographische Übersicht für Lettland, ausschließlich für praktischen Gebrauch und nur mit lettischer Beschriftung.

34. **Topographische Karte** von Estland; 1 : 200 000; Blatt 13; Tallinn (Reval); Mehrfarbendruck; Form.: 43 × 55,5 cm; Reval (Tallinn) Kv. st. Topo-hüdrograafia osakond; 1937; Eks. 2.—

Teilblatt der estnischen Übersichtskarte 1:200 000, in der üblichen farbigen Ausführung, mit besonderer Berücksichtigung des Verkehrsnetzes.

35. Jordbruksatlas över **Sverige.** Pa Uppdrag av Kungl. Lantbruksakademiens Ekonomiska Avdelning utarbetad av Olof Jonasson u. a. 164 S., 67 Abb. Stockholm 1937, Lantbrukssällskapets Tidskriftaktiebolag.

Begrüßenswerter kleiner handlicher, vorwiegend wirtschaftsgeographischer Atlas über Schweden, mit kurzem erläuterndem Text zu den einzelnen Karten. Ausschließlich schwedische Beschriftung.

36. **Die Ebene** von Argos; 1 : 50 000; bearb. v. H. Lehmann; Form.: 52,5 × 55 cm; Schwarz-Weiß-Druck; Kartenbeilage zu: Landeskunde der Ebene von Argos und ihrer Randgebiete; v. H. Lehmann; Athen: Deutsches Archäologisches Institut; 1937; Buchpreis: RM. 15.—

Verdienstvolle topographische Aufnahme der Ebene von Argos und ihrer Gebirgsumrandung, mit Formlinien nach eigenen Aufnahmen und Eintragung der Siedlungen, Kulturen, Straßen und Eisenbahnen. Schwarz-Weißdruck mit deutscher Beschriftung.

37. Diercke: **Schulwandkarte** „Afrika" (Staaten); 1:6 Mill.; Mehrfarbendruck; Form.: 158 × 190 cm; Braunschweig: Westermann; 1937. RM. 35.— bzw. RM. 38.—

Politisch-geographische Übersicht von ganz Afrika, mit besonderer Hervorhebung der ehemaligen deutschen Schutzgebiete. Für den Schulunterricht und darüber hinaus für Schulungszwecke aller Art.

38. Deutsche **Siedlungen** in Südwest- und Südafrika; 1 : 10 Mill.; Form.: 24 × 20 cm; Zweifarbendruck; bearb. v. A. Hillen-Ziegfeld; Kartenbeilage zur Deutschen Arbeit; Heft 7; 1937; Berlin: Grenze und Ausland.

Im allgemeinen zuverlässige Übersichtsskizze der Verbreitung der Deutschen in Süd- und Südwestafrika, mit farbigen Ortssignaturen.

39. **Map** of the Dominion of Canada Exclusive of Northern Regions Indicating Main Natural Resources. 1 : 6 336 000; Mehrfarbendruck; Form.: 85 × 58 cm; hrsg. v. Department of Mines and Resources, Ottawa, 1937.

Bietet in übersichtlicher Darstellung teils mit Flächenkolorit, teils mit farbiger Ortssignatur ein gutes wirtschafts- und verkehrsgeographisches Bild Kanadas, mit Angabe der Waldverbreitung, der Verteilung des Anbaus, oder Fischerei, der mineralischen Erzeugung, der Wasserkraft usw. Hauptsächlich zur einführenden Gesamt-Orientierung.

40. **Die Bevölkerung** der Blumenauer Landschaft nach Verteilung und Volkstum.
Der Gang der Besiedlung in der Blumenauer Landschaft; beides Karten-Deckblätter zur **Übersichtskarte** der Blumenauer Landschaft (S. Catharina, Brasilien) 1 : 500 000; entw. v. S. Endreß; Format: 38 × 25 cm; Schwarz-Weißdruck; Kartenbeilagen zu: Blumenau Werden und Wesen einer deutschbrasilianischen Landschaft von Dr. S. Endreß. Schriften des Deutschen Ausland-Instituts Stuttgart, Verlag: Hohenlohesche Buchhandlung Öhringen; 1938. Buchpreis RM. 4.—

Auf der Grundlage einer mit Formlinien versehenen physischen Übersicht werden an Hand von durchsichtigen Deckblättern die historische Besiedlungsentwicklung der einzelnen landschaftlichen Unterteile des Blumenauer Gebietes sowie ihre gegenseitig völkisch-sprachliche Gliederung und zahlenmäßige Verteilung nach der Punktmethode, z. T. auf Grund eigener Aufnahmen übersichtlich dargestellt.

41. **Map** of the Commonwealth of Australia; 1 : 5 900 000; Mehrfarbendruck; Format: 83 × 62 cm; hrsg. v. Department of the Interior, Canberra; 1937.

Politisch- und verkehrsgeographische Darstellung des gesamten Kontinentes, mit Flächenkolorit für die einzelnen Bundesstaaten. Vor allem für Übersichtszwecke.

Aus der Stadt der Auslandsdeutschen

Der Führer in Stuttgart

Der Besuch des Führers in der schwäbischen Gauhauptstadt am 1. April war zugleich der erste Besuch, den er Stuttgart als Stadt der Auslandsdeutschen abstattete. In seinen kurzen Dankesworten, die der Führer bei dem feierlichen Empfang im Rathaus sprach, wies er darauf hin, daß Stuttgart als die Stadt der Auslandsdeutschen ganz besonders aufgeschlossen sei für die Schaffung des großdeutschen Reiches und erinnerte damit an die Aufgaben der Stadt für das gesamte Deutschtum im Ausland.
Ein beredtes Zeugnis dafür war die Begrüßung der volksdeuschen Jugend durch den Führer. Etwa 150 Volksdeufche hatten in den bunten und farbenfrohen Trachten ihrer Heimat vor dem Rathaus Aufstellung genommen, um dort den Führer bei seinem Eintreffen zu begrüßen. Sprechchöre, wie „Wir Volksdeutsche grüßen den Führer", klangen auf und Oberbürgermeister Dr. Strölin machte den Führer auf die untenstehenden Volksdeutschen aufmerksam. Daraufhin beugte sich der Führer über den Balkon und grüßte einige Male freundlich herunter, was mit großem Jubel dankbar aufgenommen wurde.

Der Führer äußerte dann den Wunsch, die jungen Volksdeutschen persönlich zu begrüßen. Sie kamen über die festlich geschmückten Treppen in den Saal, wo eben noch die offizielle Begrüßung durch den Reichsstatthalter und den Oberbürgermeister erfolgt war, und stellten sich dort auf. Der Leiter des Deutschen Ausland-Instituts, Dr. Csaki, meldete: „Mein Führer, ich melde volksdeutsche Jugend aus allen deutschen Volksgruppen Europas". Und nun geht der Schöpfer des großdeutschen Reiches zu jedem einzelnen, begrüßt ihn mit Handschlag und erkundigt sich mit ein paar Worten, wo er zu Hause ist. Viele hatten Tränen in den Augen und schauten in tiefster Ergriffenheit auf den Führer. Zum Schluß stimmten die Mädchen aus der volksdeutschen Mädchenschule im Viktor Köchlhaus ein Lied an, das der Führer, an der Schwelle des Saales verweilend, erfreut anhörte. — Dieses war wohl die bisher schönste volksdeutsche Feierstunde, die die Stadt der Auslandsdeutschen erlebt hat. Und in die stille Ergriffenheit dieser Begegnung des Führers mit seiner volksdeutschen Jugend brandete der brausende Jubel der schwäbischen Jugend, der sich, als der Führer nun das Rathaus verließ, zu ungeheurer Wucht steigerte.

Stuttgart grüßt den Führer

An seinem Geburtstag hat der Führer Adolf Hitler in Berlin vier volksdeutsche Mädchen, die im Viktor Köchl-Haus in Stuttgart ihre berufliche Weiterbildung genießen, empfangen. Sie überbrachten ihm im Namen des Oberbürgermeisters der Stadt der Auslandsdeutschen und des Präsidenten des Deutschen Ausland-Instituts, Dr. Strölin, ein künstlerisch gestaltetes Glückwunschschreiben zu seinem Geburtstag.

Die Glückwunschadresse hat folgenden Wortlaut:

„Mein Führer! Ihnen, als dem Schöpfer des Großdeutschen Reiches, dankt die volksdeutsche Arbeit neuen tiefen Gehalt auf weiteste Sicht. Die Stadt der Auslandsdeutschen, Stuttgart, und das Deutsche Ausland-Institut gedenken an dem Geburtstage, an dem Sie, mein Führer, zum erstenmal Ihre engere Heimat innerhalb des Großdeutschen Staates wissen, des grenz- und volksdeutschen Kampfes in aller Welt und geloben der Berufung durch Sie, mein Führer, doppelt hingebungsvoll nachzukommen!

Heil mein Führer!

(gez.) Strölin.

Stuttgart, den 20. April 1938
Stadt der Auslandsdeutschen".

Dankschreiben für den DAJ.-Kalender 1938

Daß sich der Kalender der Auslandsdeutschen, den das Deutsche Ausland-Institut alljährlich herausbringt, bei unseren Volksgenossen im Ausland einer stets wachsenden Beliebtheit erfreut, zeigen uns die Dankschreiben, die uns aus allen Ländern der Welt zugehen. Aus der Fülle der Zuschriften über den Jahrgang 1938 bringen wir eine kleine Auswahl, die zeigt, welch starkes Band der Kalender zwischen Auslandsdeutschtum und Heimat ist.

Uebersee

„Der Kalender ist auch so herrlich ausgeführt, daß es eine Freude ist, ihn zu besitzen. Er hängt an meinem Schreibtischplatz und ich muß sagen, er verstärkt ganz ungeheuer die Sehnsucht nach der alten Heimat von Tag zu Tag." (Windhuk).

„Der Kalender der Auslandsdeutschen redet mit seinen schön gewählten und drucktechnisch vollendeten Bildern eine eindringliche Sprache von deutschem Können und Schaffen daheim und in aller Welt. Ich werde nicht verfehlen, ihn weiteren Kreisen zugänglich zu machen." (Osaka).

„Welche Freude Sie uns mit dem Jahrweiser bereiten, zeigt Ihnen folgendes Beispiel: Ich kam gerade von einer Serra-Reise zurück. Hocherfreut kam mir ein Kolonist, welcher meine Post während meiner Abwesenheit für mich empfangen hatte, entgegen und berichtete mir: „Es sind drei Kalender aus Deutschland für Sie angekommen, den einen habe ich schon geöffnet." Dies war sein erstes Gespräch, mit dem er mich empfing. Wie gespannt auch der einfachste Bauer auf die herrlichen Bilder aus Deutschland ist, ersehen Sie hieraus. Ihr Kalender wird bei uns stets ein treues Andenken an die alte Heimat sein." (Rio Grande do Sul).

„Wollen Sie überzeugt sein, daß wir Auslandsdeutschen Ihre gewaltige Arbeit sehr zu würdigen wissen. Wir empfinden sie als Fürsorge einer fernen „Mutter" und sie gibt uns Halt und Ansporn für unsere eigene Volkstumsarbeit. Ihr Gruß ist uns stets ein Heimatgruß."
(Bella-Vista, Brasilien).

„Sie schickten mir zwei Kalender des D.A.J. Ich scheue mich nicht zu sagen, daß diese Kalender in Bezug auf ihre Aufmachung und Gesamtwirkung unter allen mir in die Hände gekommenen Kalendern an der Spitze marschieren." (California, Brasilien).

„Mit herzl. Dank erhielt ich Ihren schönen Kalender der Auslandsdeutschen 1938 mit seinen guten Bildern und Texten. Wir freuen uns täglich daran. Er sagt uns von treuem Gedenken der Heimat an uns Auslandsdeutsche. Er zeigt uns, daß wir in unserem Kampf um das Deutschtum nicht allein stehen. Daß der Kampf überall, wo die deutsche Zunge klingt, entbrannt ist, das danken wir dem neuen Reich."
(Esperanza, Brasilien).

„Es ist wirklich ein herzlicher Treuegruß, der die Verbundenheit der Heimat mit den Auslandsdeutschen so treffend zum Ausdruck bringt." (Cordoba, Argentinien).

„Ueber die Kalender haben wir uns sehr gefreut. Sie bilden einen prächtigen Klassenschmuck und erinnern uns täglich an die Heimat und an all die Volksgenossen, die gleich uns, fern von Deutschland leben müssen." (Monterrey, Mexiko).

Marke
Elefant
Auslandsdeutsche trinkt den deutschen Marken-Likör
Carl Mampe, Berlin
Das Originalhaus für Mampe-Halb und Halb
Zu beziehen durch alle namhaften Auslands-Importeure

Europa

„Die einzelnen Kalenderseiten sind eigentlich zu schade, daß man sie abreißt, weswegen wir auch lieber die Kalender als Buchform aufbewahren.

Beim Betrachten der überaus interessanten und zum Nachdenken anregenden Bilder wird man besonders berührt bei solchen Blättern, wo gerade von denjenigen volksdeutschen Gebieten die Rede ist, die heute ganz besonders schwer zu leiden haben, um ihrer Treue zum angestammten Volkstum willen, während man offiziell in Deutschland davon nicht Kenntnis nehmen kann, da nun mal die Zeitverhältnisse jetzt so sind, daß sich Deutschland mit den Peinigern deswegen nicht auseinandersetzen kann. Daß sie aber nicht vergessen sind, ersieht man u. a. auch aus dem Kalender. Unser innigster Wunsch ist, daß für diese unterdrückten Volksgenossen einst eine bessere Zeit kommt."

(Chur, Schweiz.)

„Es ist mir eine aufrichtige Freude, dieses ständige Sinnbild Ihrer Fürsorge in meinem Arbeitszimmer vor Augen zu haben, und es erinnert täglich neu an die große, uns alle tragende Verbundenheit unseres Volkes."

(Cilli, Südslawien.)

„... haben unseren Lehrern und Schülern große Freude bereitet und werden in mancher Hinsicht produktiv in die Unterrichtsgestaltung hineingezogen und dort verwertet."

(Den Haag.)

Volksdeutsches Wahrzeichen im Rathaus der Stadt Stuttgart

Zwei im „Ehrenmal der deutschen Leistung im Ausland" angefertigte Modelle haben nunmehr als Wahrzeichen volksdeutscher Kultur im Vorraum des ersten Stocks im Rathaus Aufstellung gefunden. Es handelt sich dabei um die Kirchenburg Heltau in Siebenbürgen und die Hermannsveste von Narwa in Estland. Die zahlreichen Besucher des Rathauses werden dadurch in sinnfälliger Weise an die Geschichte der deutschen Auswanderung und Kolonisation erinnert.

Prof. D. Dr. Th. Walter, Lund †

Im März starb in Lund Professor Dr. E. Th. Walter, ein unermüdlicher kultureller Mittler zwischen Schweden und seiner Heimat Deutschland. Als Sprachforscher, Lehrer, Vortragender, Künstler, vor allem aber dank seiner unerschütterlichen deutschen Gesinnung war er so recht geeignet, durch den „Schwedisch-Deutschen Akademischen Verein" ein Mittelpunkt der kulturellen Bestrebungen der Deutschtumskunde in der schwedischen Universitätsstadt zu sein. In den Jahren 1890—96 und 1918—25 wirkte er als Lektor der deutschen Sprache an der Universität Lund. In Anerkennung seiner Verdienste als Wissenschaftler und Universitätslehrer erhielt er damals vom Reich den Professortitel. Sein Wirken ging weit über die Stadt Lund hinaus. Er war ein vorbildlicher Vertreter des Deutschtums im Auslande, der in allen Kreisen Schwedens, deutschen und schwedischen, nicht so bald vergessen werden wird. G. S.

Die Oberschlesische Bibliographie

neu bearbeitet und fortgeführt von H. Belleé und Lena Belleé-Vogt, ist eben in zwei Bänden zum Preise von 18.— RM. brosch., 20.— RM. gebd. im Verlag S. Hirzel in Leipzig und Verlag „Der Oberschlesier" in Oppeln herausgekommen.

Der umfangreiche Schriftennachweis ist für die Heimat- und Grenzlandarbeit ein unentbehrlicher und sicherer Berater.

Hauptschriftleiter: Dr. Hermann Rüdiger, Stuttgart-S, Danziger Freiheit 17. Anzeigenleiter: Otto Rau, Stuttgart-S, D.A. I. Vj. 38 4747. Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 8. Herausgeber: Deutsches Ausland-Institut, Stuttgart. Druck und Verlag: Karl Weinbrenner & Söhne, Stuttgart-S, Kolbstr. 4 C.
Zuschriften, welche die Schriftleitung betreffen, sind an diese zu richten, alle übrigen an den Verlag.

STADTBIBLIOTHEK ELBING

In der Heimatstadt der Auslandsdeutschen